

Soziologie

Aus dem Inhalt

- Gerd Arntz:
Otto Neurath, ich und die Bildstatistik
- Ute Volkmann:
Soziologieverlage im Zeitalter der Digitalisierung
- Peter Ullrich:
Prekäre Wissensarbeit im akademischen Kapitalismus
- Richard Münch:
Kapital und Arbeit im akademischen Shareholder-Kapitalismus
- Ronald Hitzler:
Eigenverantwortung?
- Nadine Meidert, Moritz Meidert, Roos Haer:
»Die Umfrage ist anonym ...«

SOZIOLOGIE

FORUM

DER DEUTSCHEN GESELLSCHAFT FÜR SOZIOLOGIE

Heft 4 • 2016

Herausgeber im Auftrag von Konzil und Vorstand der Deutschen Gesellschaft für Soziologie:

Prof. Dr. Georg Vobruba (verantwortlich im Sinne des Presserechts).

Redaktion: Prof. Dr. Sylke Nissen und Dipl. Pol. Karin Lange, Universität Leipzig,
Institut für Soziologie, Beethovenstraße 15, D-04107 Leipzig,

E-Mail: soz-red@sozio.uni-leipzig.de, Tel.: 0341/9735 648 (Redaktion) oder -641
(G. Vobruba), Fax: 0341/9735 669.

Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Soziologie:

Prof. Dr. Stephan Lessenich, Ludwig-Maximilians-Universität München,
Institut für Soziologie, Konradstraße 6, D-80801 München,

E-Mail: stephan.lessenich@uni-muenchen.de.

Vorstands- und Vorsitzarbeit: Dr. Sonja Schnitzler,

Kulturwissenschaftliches Institut NRW, Goethestraße 31, D-45128 Essen,

E-Mail: sonja.schnitzler@kwi-nrw.de, Tel.: 0201/72 04 208, Fax 0201/72 04 111.

Schatzmeisterin: Prof. Dr. Nicole Burzan, TU Dortmund,

Fakultät 12: Erziehungswissenschaft und Soziologie, Emil-Figge-Straße 50,

D-44227 Dortmund, E-Mail: nicole.burzan@fk12.tu-dortmund.de,

Tel.: 0231/ 755 7135, Fax: 0231/755 6509.

Aufnahmeanträge auf der Homepage der DGS: <http://www.sociologie.de>

Soziologie erscheint viermal im Jahr zu Beginn eines Quartals. Redaktionsschluss ist jeweils sechs Wochen vorher. Für Mitglieder der DGS ist der Bezug der Zeitschrift im Mitgliedsbeitrag enthalten. Beiträge in der *Soziologie* werden erfasst in CSA Sociological Abstracts (San Diego) und SOLIS (Bonn).

Campus Verlag GmbH, Kurfürstenstraße 49, 60486 Frankfurt am Main, www.campus.de

Geschäftsführung: Marianne Rübemann

Programmleitung: Dr. Judith Wilke-Primavesi

Anzeigenbetreuung: Stefan Schöpfer, 0 69/97 65 16-32, schoepper@campus.de

Abonnementbetreuung: HGV Hanseatische Gesellschaft für Verlagsservice, Holzwiesenstraße 2,
72127 Kusterdingen, E-Mail: journals@hgv-online.de, Tel: 07071 9353-16, Fax: -3030

Bezugsmöglichkeiten für Nichtmitglieder der DGS:

Jährlich erscheinen vier Hefte. Jahresabonnement privat 70 €;

Jahresabonnement Bibliotheken/Institutionen 110 € print / 177 € digital (nach FTE-Staffel);

Jahresabonnement Studenten/Emerit 30 €.

Alle Preise zuzüglich Versandkosten. Alle Preise und Versandkosten unterliegen der Preisbindung. Kündigungen des Abonnements müssen spätestens sechs Wochen vor Ablauf des Bezugszeitraums schriftlich mit Nennung der Kundennummer erfolgen.

© Campus Verlag GmbH, Frankfurt am Main 2016

Alle Rechte vorbehalten. Kein Teil dieser Zeitschrift darf ohne schriftliche Genehmigung des Verlages vervielfältigt oder verbreitet werden. Unter dieses Verbot fällt insbesondere die gewerbliche Vervielfältigung per Kopie, die Aufnahme in elektronische Datenbanken und die Vervielfältigung auf CD-Rom und allen anderen elektronischen Datenträgern.

Druck: Beltz Bad Langensalza GmbH

ISSN 0340-918X

Inhalt

Editorial 361

Soziologie in der Öffentlichkeit

Gerd Arntz

Otto Neurath, ich und die Bildstatistik 365

Ute Volkmann

Soziologieverlage im Zeitalter der Digitalisierung 371

Forschen, Lehren, Lernen

Peter Ullrich

Prekäre Wissensarbeit im akademischen Kapitalismus 388

Richard Münch

Kapital und Arbeit im akademischen Shareholder-Kapitalismus 412

Ronald Hitzler

Eigenverantwortung? 441

Nadine Meidert, Moritz Meidert, Roos Haer

»Die Umfrage ist anonym ...« 448

Ivo Windrich

Lösungen zu den Mathematikaufgaben für Soziologiestudierende ... 461

DGS-Nachrichten

Veränderungen in der Mitgliedschaft 464

Berichte aus den Sektionen und Arbeitsgruppen

<i>Sektion</i> Arbeits und Industriesoziologie	466
<i>Sektion</i> Kulturosoziologie	468
<i>Sektionen</i> Politische Soziologie und Rechtssoziologie	472
<i>Sektion</i> Religionssoziologie	475
<i>Sektion</i> Wissenssoziologie	478

Nachrichten aus der Soziologie

Habilitationen	485
Call for Papers	486
Vergangene Vertrautheit? Soziale Gedächtnisse des Ankommens, Aufnehmens und Abweisens	
Autorinnen und Autoren	489
Abstracts	491
Jahresinhaltsverzeichnis 2016	495

Mittelbau,

liebe Kolleginnen und Kollegen,

ist ambivalent konnotiert. Einerseits legt er die Vorstellung von Stabilität und einem tragenden Element des akademischen Betriebs nahe. Andererseits denkt man an eine Durchgangsstation, an unsichere Aussichten. Klar, es gibt unbefristete Mittelbaustellen, aber die Sozialfigur des »Mittelbauern« (ein extrem blöder Ausdruck) kennzeichnen Kurzzeitverträge, mehr Arbeit als das vertragliche Pensum, eine unsichere Zukunftsperspektive. Unmut und Protest dagegen gibt es seit langem, mal leiser mal lauter. Ich kann viele Kritikpunkte nachvollziehen. Aber alles verstehe ich nicht.

Bruchteile-Stellen mit extrem kurzen Laufzeiten, die bei Wohlverhalten ein paar Mal verlängert werden, sind inakzeptabel. Dagegen vorzugehen ist Aufgabe von Uni-Leitungen, der DFG und anderen Förderern. Über-Arbeit auf Qualifikationsstellen ist akzeptabel, wenn man die Arbeit wirklich gerne tut, oder wenn sie Investition in die eigene Zukunft ist. Ersteres ist von Dritten nicht zu überprüfen und entzieht sich auch der Selbstprüfung, sobald die Norm internalisiert ist, dass jede Arbeit »Spaß machen« muss. Aber jenseits aller Reflexionen über Selbstoptimierung, fremdbestimmte Selbstbestimmung und Dergleichen: Ich habe Zweifel am Spaß beim Aufbereiten von Datensätzen aller Art und beim Verfassen von Stand-der-Forschung-Texten. Zweitens kann man sich solche Arbeiten als nützliche Übung und als Investition in die eigene Zukunft akzeptabel machen. Nur: Dass Mühen der Gegenwart Zukunftsinvestitionen sind, setzt eine Zukunft voraus. Daran zweifeln viele. Allerdings haben wir es nicht mit einem allgemeinen universitätspolitischen, sondern mit einem fächerspezifischen Problem zu tun. Es gibt ja Fächer, in denen man während der Promotionsphase, wenn nicht schon während des Studiums, in uni-ferne Jobs abgeworben wird. Das aber liegt an Besonderheiten einzelner Studiengänge und Arbeitsmarktsegmente und kann sich überdies rasch ändern. Daraus also lässt sich kein allgemein brauchbares Rezept machen.

Lässt sich die berufliche Zukunftsperspektive des akademischen Mittelbaus verbessern? Ich schließe Selbstverstümmelung der Gesellschaft durch bewusstes Absenken der Akademikerquote als ernst zu nehmende Strategie aus. Dann bleiben zwei Optionen.

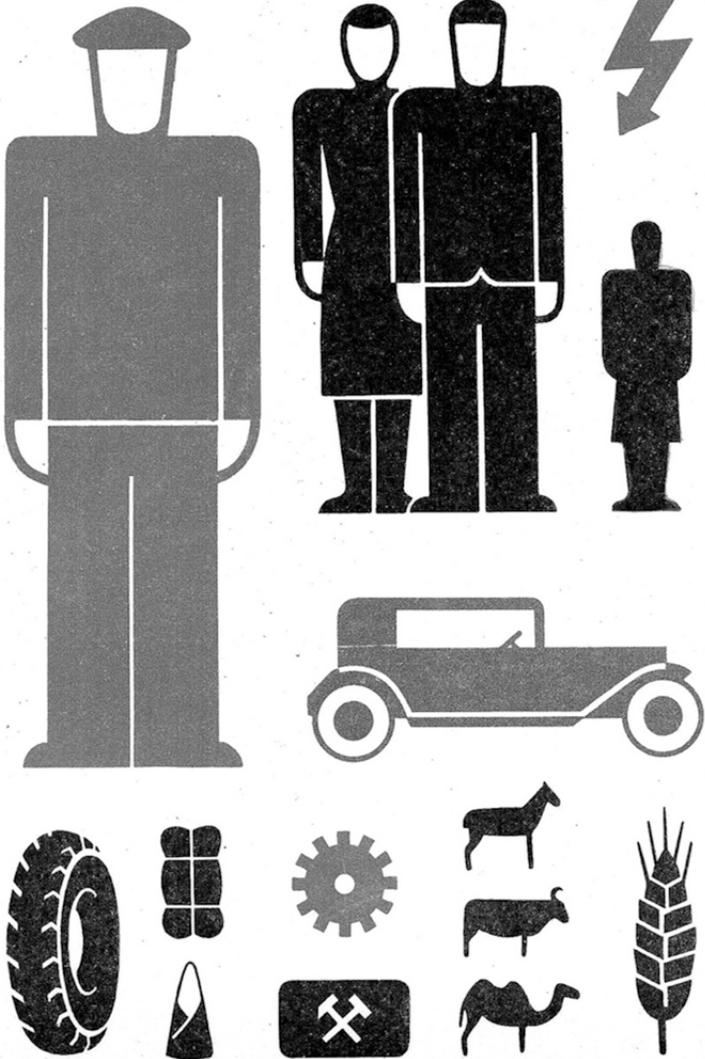
Erste Option. Eine naheliegende Idee ist, mit welchen Mitteln auch immer, Mittelbaustellen zu verstemmen und Übergänge in unbefristete Arbeitsverhältnisse zu erleichtern. Ich kann leicht nachvollziehen, dass dies für jede und jeden Einzelnen eine attraktive Perspektive ist. Ich vermisse aber eine ernsthafte Diskussion des Problems, dass die Erfüllung solcher Forderungen einer Kohorte auf Kosten der Chancen der nächsten Kohorten geht. Darauf mit der Forderung nach mehr Geld (vom Steuerzahler) zu antworten, überzeugt nicht. Dann wären eben nicht nach der ersten, sondern nach der dritten oder vierten Kohorte die Karrierewege verbaut. Die Realisierung dieser Option führt zuerst zu mehr Sicherheit und schafft dann eine harte Insider-Outsider-Problematik, möglicherweise verbunden mit Sklerose-Effekten für das Fach insgesamt.

Zweite Option. Eine andere Idee ist, die exklusive Orientierung des Doktorats auf Wissenschaftslaufbahnen an der Universität aufzugeben. Diese Idee ist wenig zeitgemäß. Denn die gegenwärtigen wissenschaftspolitischen Steuerungsversuche gehen dahin, dass sich nur jene auf das Doktorat einlassen sollen, die wirklich an der Uni etwas vorhaben. Als Standardabschluss für akademisch Ambitionierte mit Karriereplänen außerhalb des Wissenschaftssystems ist der Master vorgesehen. Die Kehrseite dieser Zentrierung des Doktorats auf eine universitäre Wissenschaftskarriere ist das verdeckte Versprechen, dass man tatsächlich an der Uni bleiben kann. Dieses Versprechen ist prekär. Zum einen ist das akademische System nicht in der Lage, all die hochqualifizierten Dr.s zu absorbieren, die individuell, in Projekten und Graduate Schools produziert werden. Das Versprechen lässt sich nicht einlösen. Und zum anderen wird spätestens in der Dr.-Ausbildung das Leistungs- und Vorstellungsvermögen so eingeengt, dass sich die jungen Leute tatsächlich nichts anderes als eine Unilaufbahn vorstellen können – und meist nichts anderes können.

Übrigens: Warum »Selbstverstümmelung der Gesellschaft«? Zahlreiche ungunstige gesellschaftliche Entwicklungen der Gegenwart haben eines gemeinsam: Politiker mit autokratischen Ambitionen, die sich mit schwach Gebildeten gegen den Rest der Gesellschaft verbünden. »I love the poorly educated.« (D. Trump) Dagegen scheinen Akademikerinnen und Akademiker einen gewissen Schutz darzustellen, den ihnen freilich kaum jemand dankt. Ein gewisser Akademikerüberschuss ist schlecht für die Betroffenen und gut für die Gesellschaft, da er unruhige Intellektuelle erzeugt. Ich weiß nicht, was ich von dem Argument halten soll.

Ihr
Georg Vobruba

Signaturen



Quelle: Otto Neurath, *Bildstatistik nach Wiener Methode in der Schule*. Wien 1933, Deutscher Verlag für Jugend und Volk. Mit 24 zum Teil farbigen Tafeln. Tafel XX.

Gerd Arntz: Piktogramm und Gesellschaftskritik

Otto Neurath (1882–1945) war ein bedeutender österreichischer Ökonom und Soziologe. Nachhaltige Wirkung hatte er durch seine Initiativen zu einer soziologisch informierten Volksbildung im »roten Wien«; also in der stark sozialistisch geprägten Wiener Kultur und Politik der Zwischenkriegszeit. Eng mit Neuraths volksbildnerischer Arbeit verbunden war Gerd Arntz. Arntz, geboren 1900 in Remscheid, gestorben 1988 in Den Haag, lebte von 1929 bis 1932 in Wien und arbeitete mit Neurath zusammen. Es war, wie er selbst sagt, »Otto Neurath, sein tieffundiertes Wissen, seine sprudelnde Lebendigkeit im Umgang und seine Besessenheit, die Statistik in die Volksbildung einzubauen, für mich und mein ganzes weiteres Leben von ausschlaggebender Bedeutung.« Arntz setzte die Idee Neuraths, soziologische und vor allem sozialstatistische Informationen allgemein verständlich zu machen, in eine Bildsprache um, die heute maßgeblich zur optischen Ausstattung der ganzen Welt beiträgt: Gerd Arntz ist das Piktogramm zu verdanken.

Neben der Entwicklung der prominenten soziologischen Bildsprache hat Arntz ein reichhaltiges Werk an bildnerischer Gesellschaftskritik hinterlassen, insbesondere Linol- und Holzschnitte. Seine Graphiken beziehen sich auf die Klassengesellschaft und Lebensverhältnisse der Zwischenkriegszeit und im 3. Reich, auf Kapitalismus, Fabrikarbeit, Armut und Militarisierung der Gesellschaft. In manche Blätter ist eine Zeitdimension eingebaut, so dass Bildgeschichten entstehen – »die demokratischste aller Kunstformen, weil jeder sie »lesen« und verstehen kann.« (Text zur Ausstellung »Wo ist der Wind, wenn er nicht weht?« 2009 im Hamburger Kunstverein) Wer will, kann darin eine Vorform der Graphic Novels sehen. Der gesellschaftskritische Gehalt von Arntz' Graphiken erschließt sich, wenn man sie mit den Arbeiten von George Grosz, Frans Masereel oder Konrad Felixmüller in Verbindung bringt. Grosz – hat man etwa seinen großen Zyklus »Ecce Homo« (1922) vor Augen – personifiziert den Kapitalismus: Seine Akteure haben Fratzen, gezeichnet von Emotionen: Gier, Geilheit, Blasiertheit, Leid, Resignation. Die Figuren von Arntz sind gesichtslos, standardisiert. Seine Graphiken machen Strukturen sichtbar.

Georg Vobruba

Otto Neurath, ich und die Bildstatistik*

Gerd Arntz

Im Jahr 1928 berief mich Otto Neurath nach Wien für ein paar Monate Probearbeit an seinem Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum. Schon vorher hatte ich ab und zu per Post kleine Aufträge von ihm auf bildstatistischem Gebiet erfüllt. Das Wien, das ich nun kennenlernte, war ein anderes, als das der viel gepriesenen Walzerstadt. Die von Sozialisten regierte Gemeinde, mit ihrer auffallenden sozialen Bautätigkeit, drückte ihren Stempel sichtbar auf das öffentliche Leben. Wien war mehr Arbeiterstadt, als ich gedacht hatte. Als 1927 dort der Justizpalast wegen eines Fehlurteils von demonstrierenden Arbeitern in Flammen gesetzt wurde, war ich im Düsseldorfer Hofgarten bei einer Sympathiekundgebung gewesen. Die Pferde der Polizei schnoben dabei in die Nacken der Außenstehenden des nur kleinen Haufens, der die Redner anhörte. Nun sah ich vieles selbst und deutlicher. Die 2½. Internationale war weniger eingeschlafen als die 2. in Deutschland. Ich erinnere mich, daß das Museum nebenher eine Ausstellung gegen das faschistische Italien zusammenstellte. Fotos und Statistiken in den Kellerräumen des Renmauerhofes, in denen auch der *Republikanische Schutzbund* seinen Sitz hatte, mitsamt einem Schießstand.

Da die Museumsleitung und ich einander zusagten, zog ich dann im Januar 1929 gänzlich nach Wien in eine städtische Atelierwohnung in der

* *Anm. der Redaktion:* Dieser Text ist zuerst erschienen im Ausstellungsband »Arbeiterbildung in der Zwischenkriegszeit. Otto Neurath und sein Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum in Wien 1925–1934« herausgegeben vom Österreichischen Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum, Wien 1982, Löcker-Verlag, S. 31–34. Wir danken dem Österreichischen Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum für die freundliche Genehmigung zum Wiederabdruck.

Rabenhofsiedlung im 3. Bezirk. Es begannen nun Jahre ganz anderer Tätigkeit als bisher. Die Trennung von den Freunden, vom »freien« Künstlerleben, von der rheinischen Fröhlichkeit der »Lumpenbälle« in Köln war sehr schwerwiegend, noch mehr war es das Einarbeiten in die Probleme der Bildstatistik und das Zusammenarbeiten mit anderen Menschen in geordneter Bürozeit. Ich mußte meine Art der Darstellung der menschlichen Figur durchsetzen, anderen gewissermaßen aufoktroieren, begründen und verteidigen, manches Mal auch gegenüber Otto Neurath. Der täglichen Aufgaben waren viele, wie der folgende Teil über die Bildstatistik zeigt. Für die Köchin, die, nach Lenin, einmal imstande sein könnte, den Staat zu regieren, würde die Bildstatistik nach der *Wiener Methode* von Otto Neurath von großem Nutzen sein. Nicht nur für die Köchin. Das als Bildungsinstitut in Wien 1925 entstandene *Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum* hat in den 20er Jahren eine Darstellungsart für statistische Tatsachen entwickelt, die weit über Österreich hinaus Verbreitung gefunden hat. Neurath umschrieb seine Ziele beim Beginn folgendermaßen:

Die Gegenwart fordert von uns allen verstandesmäßige Erfassung gesellschaftlicher Zusammenhänge. Man kann heute nicht mehr die Allgemeinbildung auf Lesen, Rechnen, Schreiben und einige Kenntnisse auf dem Gebiet der Naturwissenschaften, der Literatur und der Geschichte beschränken; es gilt auch, die gesellschaftlichen Vorgänge zu erläutern und ihr Werden verständlich zu machen. Freilich, die Pädagogik dieses Gebietes steckt noch in den Kinderschuhen [...] Der Moderne Mensch ist durch Kino und Illustrationen sehr verwöhnt. Einen großen Teil seiner Bildung empfängt er in angenehmer Weise, zum Teil während seiner Erholungspausen, durch optische Eindrücke. Will man gesellschaftswissenschaftliche Bildung allgemein verbreiten, so muß man sich ähnlicher Mittel der Darstellung bedienen.

Den Kern der Arbeit des neuen Museums und seiner Veröffentlichungen bildete das Aufzeigen statistischer Tatsachen ökonomischer und gesellschaftlicher Art. Um die abstrakten Kurven verschiedener Größe, die allgemein benutzt werden, zu vermeiden und den Inhalt dem Betrachter näher zu bringen, kam Neurath auf die Idee, die bildliche Darstellung zu benutzen, d.h. nicht etwa Abbildungen von Menschen, Tieren oder Maschinen und ihren Produkten je nach ihrer Masse in verschiedenen Größen vergleichbar zu machen, sondern durch ihre Anzahl.

So entstanden Statistiken, geformt aus aneinander gereihten Symbolen oder Zeichen, abzählbar in ihrer Vielheit und Zusammenstellung, dem Betrachter deutlich machend, fast ohne Text, worum es sich handelt und wie ihre zahlenmäßigen Verhältnisse sind. Die einzelnen Symbole oder Figuren

stehen dabei jeweils für eine bestimmte Zahl, etwa =10.000 oder 100.000 in der Wirklichkeit. Für das Arbeiten mit den Reihungen mit den verschiedenen Symbolen, auch Signaturen genannt, wurden an dem Wiener Institut große Anzahlen von Standardzeichen entwickelt, die in den verschiedensten Kombinationen benutzt werden konnten. Nach vielen Versuchen mit Scherenschnitt und Schablonen ging man auf meine Anregung dazu über, die Grundfiguren und Zeichen in Linoleum zu schneiden und zu drucken und dann in den nötigen Reihen aufzukleben und auch die notwendigen kurzen Texte nicht mehr zu zeichnen, sondern zu drucken und alles zusammen übersichtlich nach dem Prinzip der neueren Typographie zu montieren, zu der vor allem Jan Tschichold in den zwanziger Jahren Anregung gegeben hat. Da ich selbst schon früh in meiner Grafik zu vereinfachten Formen der Darstellung von Menschen und Dingen gekommen war, schien ich prädestiniert, der Bildstatistik des *Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseums* in Wien meinen Stempel aufzudrücken. Eine Frage von Otto Neurath in der ersten Zeit an mich war: Können Sie andere soweit bringen, daß sie in Ihrer Art entwerfen und die individuellen Unterschiede nicht störend im Gesamtbild auftreten? Es hat sich durch Jahre hindurch und in verschiedenen Milieus ergeben, daß mein »persönlicher Stil« so unpersönlich war, daß er übernommen werden konnte, am besten in der Sowjetunion, wo ich am *Institut Isostat* die größten Vollmachten über die mitarbeitenden Grafiker bekam. In späteren Jahren war ich beinahe alleine übrig geblieben und der Grundstock an Symbolen schon so groß, daß das meiste mit nur kleinen Veränderungen übernommen werden konnte. Doch möchte ich einige Namen von Grafikern nennen, die in verschiedenen Zeiten mit mir gearbeitet haben.

In Wien die schon früher erwähnten: Peter Alma und Augustin Tschinkel sowie der Schweizer Erwin Bernath. In Moskau: N.N. Kurganow, Grigorowitsch und Kaplan. In Den Haag war mein langjährigster Mitarbeiter Harry Rutten. Die Linoleumschneider: in Wien vor allem Edith Matzalik, in Moskau eine ganze Reihe guter junger Leute. In Den Haag ich selbst.

Augustin Tschinkel schrieb im Jahre 1970 in einem Aufsatz, *Parallelen und Nachwirken* über die Gruppe der Kölner Konstruktivisten (die *Progressiven*):

Die größte Breitenwirkung, die jemals und nachhaltig vom Kreis der Gruppe auf die formale Gestaltung eines Zweiges der angewandten Grafik ausgegangen ist – ist die auf die Bildstatistik. Es sei auf die umwälzende formale Gestaltung hingewiesen, die diese Bildstatistik aufweist, seitdem im Jahre 1928 Arntz die künstlerische Leitung der Werkstätten des »Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseums« übernommen

hatte. – Hier nun erwies sich die von den Formvorstellungen der »Progressiven« ausgehende Gestaltung der Signaturen als die den Aufgaben einzig adäquate.

Das wäre populär gesagt: *die Kölner in Wien* und *die Wiener in Moskau* in der Formgebung der statistischen Symbole und in der Typografie.

Aber dies ist das Letzte in einer ganzen Reihe von Handlungen beim Anfertigen einer Bildstatistik oder eines Schaubildes. Unter Leitung von Otto Neurath standen zunächst die Statistiker zum Einbringen der Zahlen, die *Transformatoren* zum Aussuchen und Reduzieren auf die Themen, Gegenüberstellungen und Vergleichen, vom Soziologen sprach man damals noch nicht so viel, dann die mit dem Unterrichtswesen Vertrauten. Alle mußten einigermaßen von sozialen Gesichtspunkten ausgehen und einige Vorstellung vom Endergebnis haben, mit dem der Beschauer wirkungsvoll konfrontiert werden sollte.

Für Wien möchte ich als Statistiker Alois Fischer nennen und als *Transformierer* Friedrich Bauermeister und Marie Reidemeister (die spätere Frau Neurath).

Es versteht sich wohl, daß für spezielle Aufgaben Wissenschaftler verschiedener Sparten, so Ökonomen, Historiker und, nicht zu vergessen, ein Kartograf herangezogen wurden.

Die größten Veröffentlichungen waren der Atlas *Gesellschaft und Wirtschaft* Leipzig 1930, *Technik und Menschheit* Wien-Leipzig 1932, O. Neurath *Modern man in the making* New York 1939, *Reconstruction of the Soviet Union under the Five-Year-Plan* Moskau 1933, *Der zweite Fünfjahresplan im Aufbau* Moskau/Leningrad 1934, *Aviacija i vozduchoplavanje* Moskau 1934, weiter die späteren Ausgaben von *Isotype-Institut* London und der *Niederländischen Stiftung für Statistik* Den Haag.

Auch alles dies ist eigentlich: *Erinnern (und Lernen) durch Abbilden!*

Man hat später gesagt: *Der Stil der Kölner Progressiven in der Wiener Bildstatistik*. Das hatte auch seine Ursache darin, daß ich nicht alleine blieb, sondern schon im Sommer 1929 Verstärkung in meiner Art des Zeichnens bekam durch das Engagement zweier Maler, die geeignet waren, im gleichen Stil wie ich an den Aufgaben des Wiener Museums zu arbeiten. Es waren der holländische Maler Peter Alma und der Prager Augustin Tschinkel, die auf meine Anregung hinzugezogen wurden. Mit ihnen freundete ich mich rasch an, besonders weil auch unsere politischen Anschauungen mich enger mit ihnen verband, als mit den anderen Wiener Mitarbeitern und der Direktion des Museums selbst. Doch war die einzigartige Person von Otto Neurath, sein tief fundiertes Wissen, seine sprudelnde Lebendigkeit im Um-

gang und seine Besessenheit, die Statistik in die Volksbildung einzubauen, für mich und mein ganzes weiteres Leben von ausschlaggebender Bedeutung. Nicht alleine, daß ich immer für's Brot habe arbeiten können, hat eine Rolle gespielt, sondern auch, daß ich vor Aufgaben gestellt wurde, auch wenn man sie im Kader des Reformismus sehen will, die mir einen besonderen Blick für unsere Gesellschaftsordnung eröffnet haben und für ihre Darstellung noch ganz anders, als ich es im Alleingang vermocht hätte. Neurath war immer anregend, oft aufregend, im übrigen ein Epikuräer, den ich aber in den 12 Jahren, in denen ich mit ihm verbunden war, keinen einzigen Tropfen Alkohol habe trinken sehen. Nach dem Einleben in Wien und seiner näheren Umgebung, begann für mich und meine Familie auch ein neues Leben in bezug auf Reisen, Ferienaufenthalte und Besuchen von alten Freunden. Im Mai 1930 kam als erster der Fotograf August Sander zu uns auf seiner Rundreise Berlin-Dresden-Linz. Im Herbst 1932 kam F.W. Seiwert. Wir selbst, die wir immer der holländischen Grenze so nahe gelebt hatten, fuhren im Sommer 1930 zum ersten Mal nach Holland, wo wir durch Peter Alma in Amsterdam rundgeführt und mit den Historikern Jan und Annie Romain bekannt gemacht wurden. Es folgte ein Besuch in Köln, das ich dann erst 1945 in Trümmern wiedersah, die Freunde tot oder verschollen. Für die Drucklegung des *Gesellschafts- und Wirtschaftsatlases*, der beim *Bibliographischen Institut* erscheinen sollte, mußte ich mehrmals nach Leipzig, von wo ich dann auch Besuche in Berlin anschließen konnte. Die ersten Wirkungen des New Yorker Börsenkrachs vom September 1929 begannen sich schon abzuzeichnen. Die große Arbeitslosigkeit begann. Im Vergleich zu Wien war Berlin ungeheuer lebendig. Streifzüge durch das alte Berlin, die Kneipen rund um die Münzstraße, die Albertpense, eine stürmische Silvesterfeier bei Theodor Plivier, ließen mich die Stadt nun eindringlicher sehen. Der Verkehr, das Verschwinden der Dampflokomotiven, der Stadtbahn, hatte große Veränderungen im Stadtbild gebracht.

Rückblickend erwies sich die Begegnung mit Otto Neurath in Düsseldorf im Jahre 1926 für mich als ein großer Glücksfall. Erstens brachte mir das Interesse Neuraths an meinen grafischen Arbeiten von 1929 an in Wien eine Tätigkeit in der Bildstatistik und ihren Randgebieten und somit eine feste Lebensgrundlage in der Zeit großer Arbeitslosigkeit ein. Zweitens erhielt ich die Möglichkeit, in meiner eigenen Arbeit des Holzschnittes, von der ich nie leben konnte, das machen zu können, wozu mich die politische Zuspitzung der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg anregte, fast zwang.

Drittens bereicherte die Problematik der Bildstatistik meine Einstellung zur Umwelt: Im besonderen wurden mir durch die vielseitige Persönlichkeit Otto Neuraths neue Gesichtspunkte über Vergangenheit und Gegenwart eröffnet.

Unvergessen bleiben für mich auch die Gespräche außerhalb der Arbeit, z.B. oft beim gemeinsamen Mittagstisch der Mitarbeiter. Neurath, der sich selbst gerne als Elefant charakterisierte, brillant in der Suada, uns geistig und körperlich überragend. Dabei ein gesunder Esser, er fand sich selbst Epikuräer, der nie Alkohol trank, aber nichts gegen meinen Gumpoldskirchner oder Vöslauer hatte. Neuraths umfassendes Wissen, seine Energie und seine immer neuen Anregungen im täglichen Umgang brauche ich wohl nicht extra anführen.

Für ihn machte mich meine Herkunft aus dem rheinischen Industriegebiet wohl zu einem Gewinn für die Aufgaben des *GWM*. Ich war zwischen Fabriken und dem Ruß ihrer Schornsteine aufgewachsen und politisch sehr interessiert. Das Wien, in das ich eingeführt wurde, war nicht das Wien der Operette, für das es weithin galt. Ich sah Wien als eine Stadt der Arbeiter und gerade dafür war ich der Herkunft meiner Grafik nach wohl geeignet.

Die Tätigkeit am *GWM* fand nach dem Februar 1934 ein Ende. Meine Zusammenarbeit mit Neurath wurde in Holland bis zum Überfall durch die Deutschen im Mai 1940 fortgesetzt. Ich hatte schon 1930 ein Angebot nach Deutschland erhalten, und später, 1937, nach den USA, aber ich war viel zu sehr an Neurath gefesselt, um darauf eingehen zu können: Ich hielt ihm und der Sache die Treue, auch später nach meinem Vermögen. Daß ich einem Teil seiner Bemühungen um die *Arbeiterbildung* und die *Bildersprache* die grafische Form habe geben dürfen, erfüllt mich noch heute mit Freude.

Soziologieverlage im Zeitalter der Digitalisierung

Zwischenbilanz eines Strukturwandels

Ute Volkmann

Von den meisten Soziologinnen¹ vermutlich unbemerkt, vollziehen sich in den letzten Jahren gravierende Veränderungen im Feld der für das Fach in Deutschland einschlägigen Verlage.² So mag die eine oder andere Soziologin in ihrer Rolle als Leserin sozialwissenschaftlicher Literatur erfreut feststellen, dass sie über ihren Bibliothekszugang nicht mehr nur auf Bücher und Zeitschriften von *Springer VS* online zugreifen kann, sondern nun auch eBooks von *transcript* zum download bereitstehen. Die aufmerksame Nutzerin registriert dabei vielleicht sogar, dass dieser elektronische Zugriff gar nicht über den Verlag selbst, sondern in Kooperation mit einem anderen Verlag, über die Online Plattform von *De Gruyter*, erfolgt. Aber weitergehende Gedanken wird sich die Soziologin dazu vermutlich ebenso wenig

1 Da die geschlechtergerechte Sprache zu Lasten der Lesbarkeit von Texten geht, verwende ich hier im Sinne ausgleichender Gerechtigkeit ausschließlich die weibliche Form.

2 Als für das Fach einschlägig lassen sich jene Verlage bezeichnen, die als renommierte Publikationsorte gelten. Einen guten Überblick darüber, welche Verlage das sind, bietet alle zwei Jahre der DGS-Kongress. Der Einfachheit halber wird hier von Soziologieverlag gesprochen, wengleich keiner dieser Verlage nur die Soziologie im Programm hat. Aber für jeden dieser Verlage stellt die Soziologie einen disziplinären Schwerpunkt dar, wobei sich folgende Grundtypen unterscheiden lassen: erstens reine (geistes- und sozialwissenschaftliche Verlage wie etwa *transcript*; zweitens reine Wissenschaftsverlage, die neben den (Geistes- und) Sozialwissenschaften andere disziplinäre Schwerpunkte haben, wie etwa die *Nomos* Verlagsgesellschaft; und drittens Verlage, die sich aus einem (geistes- und) sozialwissenschaftlichen und einem Belletristik- oder Sachbuchsegment zusammensetzen, wie der *Subkamp* oder der *Campus* Verlag.

machen wie darüber, dass auf den gedruckten Büchern des *Juventa* Verlags seit 2012 *Beltz Juventa* steht. Und vermutlich wird sich auch die langjährige *Juventa*-Autorin weiterhin ihrem Verlag verbunden fühlen, ganz unabhängig davon, dass dieser seit Ende 2011 kein grundständiger Verlag mehr ist, denn aus der vormaligen Tochtergesellschaft der *Beltz* Verlagsgruppe wurde eines ihrer Imprints, das nur noch aus Programmleitung und Lektorat besteht (Beltz 2016: 58, 72, 90). Was Autorinnen viel eher in Blick bekommen, sind personelle Wechsel in den Lektoraten ihrer angestammten Verlage – seien diese eigenständig oder nicht, Inhaber geführt oder nicht – sowie Neuerungen in den Modi der Manuskripterstellung, etwa durch die Implementation von Editorial Management Systemen in der Organisation des workflows bei Zeitschriften oder auch Sammelbänden.

Nun sind weder Kooperationen von Verlagen im Bereich des Vertriebs noch Übernahmen etwas grundsätzlich Neues im Feld deutscher Soziologieverlage. Man denke bezogen auf Ersteres nur an die 1970 von elf Fachverlagen als Vertriebskooperation gegründete und aktuell von 15 Verlagen getragene *UTB*.³ Hinsichtlich Verlagsübernahmen ist die Fusion des zu *Springer Science+Business Media* gehörenden *Westdeutscher Verlag* mit *Leske + Budrich* im Jahr 2004 – die Geburtsstunde des *VS Verlag* – sicher das spektakulärste Beispiel, an das sich die meisten der Soziologinnen noch gut erinnern werden. Daneben gab es jedoch auch kleinere Übernahmegeschäfte. So übernahm der erst 1996 gegründete Verlag *Lucius & Lucius* im Jahr 1999 das Soziologie-Programm des *Enke* Verlags, verkaufte im Jahr 2011 seine bei *UTB* erschienenen Lehrbücher an *UVK* und Anfang dieses Jahres sein Gesamtprogramm an *De Gruyter*.⁴

Verkäufe aufgrund fehlender Nachfolger hat es ebenso wie Neugründungen in den letzten 70 Jahren immer wieder gegeben. Warum sollten Soziologinnen sich also »einen Kopf machen« über derlei Veränderungen im Feld ihrer Verlage – jedenfalls solange ihre Publikations- und Rezeptionsbedingungen davon nicht negativ betroffen sind, sondern im Gegenteil durch den technischen Fortschritt sogar verbessert werden? Aber es ist

3 Siehe dazu die Selbstdarstellung des Verlags (www.utb.de/wir-ueber-uns/, letzter Aufruf 2. August 2016).

4 Siehe zum Verkauf an *De Gruyter* die Verlagsmitteilung (www.degruyter.com/page/lucius, letzter Aufruf 2. August 2016); die anderen Informationen stammen von der seitdem nicht mehr zugänglichen Website des *Lucius & Lucius* Verlags und sind einer im Rahmen eines DFG-Projekts zu verlegerischem Entscheidungshandeln zur Rekonstruktion des Verlagsfelds durchgeführten Dokumentenanalyse entnommen. Zum Forschungsprojekt siehe FN 5.

genau dieser aus Sicht der Soziologinnen zunächst einmal durchaus begrüßenswerte technische Fortschritt in Gestalt der Digitalisierung, der das gesamte Verlagswesen massiv und seit 2010 verstärkt unter Veränderungsdruck setzt (von Lucius 2014: 69 f.). Es gibt Prognosen, die davon ausgehen, dass das Digitale insbesondere im Bereich wissenschaftlicher Forschungsfront-Literatur das Gedruckte nahezu vollständig ersetzen wird (von Lucius 2014: 307). In den sogenannten STM-Disziplinen (Science, Technology, and Medicine) hat sich dieser Wechsel bereits weitgehend vollzogen. Lediglich Hand- und Lehrbücher werden weiterhin als gedruckte Bücher nachgefragt.

Wie sieht es diesbezüglich in unserem Fach aus? Zu den bereits wahrnehmbaren und möglichen weiteren Effekten, die die Digitalisierung im Feld der Soziologieverlage erzeugt, will ich drei Thesen aufstellen:

1. Die Digitalisierung setzt die Verlage verstärkt unter Ökonomisierungsdruck.
2. Für größere Verlage stellt die Digitalisierung im Zusammenspiel mit den Bibliotheken eine technische Gelegenheitsstruktur für die Modifikation des bis dato im Verlagsfeld vorherrschenden traditionellen Geschäftsmodells dar.
3. Die Digitalisierung mündet im Zusammenwirken mit dem neuen Geschäftsmodell in einen Konzentrationsprozess, der die bis dato für das Verlagsfeld kennzeichnende Heterogenität kleinerer und mittlerer Verlage in Richtung größerer Verlage beziehungsweise Verlagsgruppen oder -konzerne verschiebt.

Diesen drei Thesen werde ich im Folgenden Schritt für Schritt nachgehen. Abschließend wird dann noch einmal der Bogen zu den Soziologinnen und ihren Publikations- und Rezeptionspraktiken zurück zu schlagen sein. Denn Soziologinnen und ihre Verlage befanden sich mit Blick auf die wissenschaftliche Kommunikation – und nur um diese Forschungsfront-Literatur geht es hier – zumindest bis dato in einem Verhältnis wechselseitiger Nutzenverschränkung. Was gut für die einen war, war auch gut für die anderen. Wird das so bleiben?

Die Datenbasis für meine Überlegungen besteht zum einen aus qualitativen Interviews mit Verlegerinnen und Lektorinnen sowie mit Bibliothekarinnen, die in den Jahren 2011 und 2012 im Rahmen eines Forschungs-

projekts geführt worden sind⁵ – also zu einem Zeitpunkt, als die Verlage dem Digitalisierungsdruck nicht mehr länger ausweichen konnten. Zum anderen stützen sich meine Einschätzungen auf eigene Beobachtungen des Verlagsfeldes sowie der eigenen Scientific Community.

Digitalisierung: Ökonomisierungsdruck und Strategien

Die Digitalisierung wissenschaftlichen Publizierens ist für die Verlage zuallererst mit hohen Investitionskosten verbunden, wie die Verlegerin eines mittelgroßen Verlags betont:

»Das ist ein Zukunftsgeschäft, eine Zukunftsindustrie, dieses digitale Publizieren. Und das müssen Sie halt machen. Das spannt die Ressourcen hier im Verlag sehr an. Weil wir einfach sehr begrenzte personelle und finanzielle Ressourcen haben. Die wir nicht zuletzt in den digitalen Bereich investieren müssen, aber es geht nicht anders.« (S5: 256)

Kostenaufwendig ist die Digitalisierung aus mehreren Gründen. Der eine betrifft die Herstellung des Produkts. Wenn ein Buch oder eine Zeitschrift nicht mehr nur wie bisher als gedrucktes Exemplar, sondern parallel dazu als eBook oder eJournal publiziert werden soll, müssen zum einen organisationsinterne Arbeitsabläufe umstrukturiert und Mitarbeiterinnen weitergebildet werden (von Lucius 2014: 315), wie auch Verlegerinnen betonen: »[...] ja, die Digitalisierung hat sehr viel verändert, an Arbeitsabläufen auch [...]« (S12: 1033)

»Also der Herstellerberuf, der wird zunehmend zu einem IT-Beruf, der dann im Stande ist, mit Fragen wie »medien-neutraler Datenhaltung« und dergleichen umzugehen. Und diesbezüglichen Satz auch, diese Kompetenz zu haben; mit XML usw. die ganzen Konvertierungsfragen zu beantworten.« (S5: 352)

5 Das Forschungsprojekt *Verlegerisches Entscheidendehandeln zwischen wirtschaftlicher und wissenschaftlicher Logik: Die Wissenschaftsverlage der deutschen Soziologie und Chemie* wurde unter den Geschäftszeichen SCHI 553/8-1 und SCHI 553/8-2 in den Jahren von 2010 bis 2014 von der Deutschen Forschungsgemeinschaft gefördert und von Uwe Schimank geleitet. Wenn nicht anders angegeben, stammen alle im Text zitierten Interviewpassagen aus diesem Kontext. Das Kürzel S steht für Mitarbeiterinnen von Soziologieverlagen, das Kürzel B für Bibliotheksmitarbeiterinnen. Aus Gründen der Anonymisierung wird auch für die Interviewten Männer und Frauen durchgängig die weibliche Form verwendet.

Aber es geht nicht nur um das Vorhalten verschiedener eBook-Formate wie PDF, Mobipocket, EPUB oder HTML. Schaut man sich bei den Verlagen um, so werden eBooks der soziologischen Forschungsliteratur bevorzugt als PDF angeboten, denn damit entspricht ihr Layout eins zu eins der Printversion. Bei Lehrbüchern kann das schon wieder anders aussehen. Während sich bezogen auf das elektronische Format wissenschaftlicher Kommunikation damit möglicherweise eine Standardisierung abzeichnet, scheint dies hinsichtlich des Vertriebs ganz und gar nicht der Fall zu sein, wie eine Verlegerin klar stellt:

»Ja, also das ist ein Urprinzip im digitalen Bereich, man darf keine Exklusiv-Lizenzen vergeben. [...] Das kann man nicht machen, dann würde man sich ja total von einer Distributionsschiene [abhängig machen, UV], das wäre ja so, wie wenn ich sagen würde, meine Bücher verkaufe ich nur über Hugendubel und nicht über Thalia.« (S9: 502)

Zu solch externen eBook-Anbietern im Buchhandel gehören *Amazon*, *Apple* oder *libreka!*, die sich wie die Online Shops der Verlage an einzelne Soziologinnen als sogenannte Endkunden richten. Darüber hinaus und für die Verlage viel wichtiger sind jedoch jene Anbieter wie *Ebsco*, *MyiLibrary* oder *preselect* mit ihren jeweiligen Plattformen, die für die Verlage als »Schnittstelle« (S6: 135) zu ihren wichtigsten Kunden, den wissenschaftlichen Bibliotheken, fungieren.

»Gerade was das Bibliotheksgeschäft anbetrifft, ist das von sehr großer und sehr zunehmender Bedeutung. Die Bibliotheken sind sehr daran interessiert, elektronische Inhalte zu bekommen, eigentlich fast noch mehr als Print. Und da haben wir das stärkste Wachstum im elektronischen Bereich mit den Bibliotheken.« (S5: 268)

Vor allem mit Blick auf die Bibliotheken gilt es somit, im digitalen Vertrieb breit aufgestellt zu sein. So benennt beispielsweise *transcript* in seiner aktuellen Vorschau acht solcher auf den Vertrieb elektronischer Bücher und Zeitschriften an Bibliotheken spezialisierte Vertriebspartner – deklariert als Auswahl! (transcript Verlag 2016) Und weil die Präsenz der elektronischen Verlagsprodukte auf diversen Plattformen eine jeweils auf den Anbieter passgenau zugeschnittene Aufarbeitung der Bibliographie, der sogenannten Metadaten, erfordert, stellt auch dies einen erheblichen Kostenfaktor im Zuge der Digitalisierung dar.

Neben Herstellung und Vertrieb müssen die Verlage zudem ins Marketing investieren. Eine Verlegerin:

»[...] wir haben letztes Jahr eine neue Stelle geschaffen, Online-Marketing [...] Und verstärkt wollen wir halt jetzt Online-Marketing machen, um einfach auch auf unterschiedliche Plattformen auch zu kommen, ja.« (S12: 84, 250)

Zum digitalen Marketing gehören auch der Aufbau und die Pflege von Adress-Datenbanken – eine Grundvoraussetzung etwa für die Newsletter, die uns Soziologinnen über passgenau aufs eigene Forschungsprofil zugeschnittene Neuerscheinungen informieren. Kurzum: Der Schritt ins »digital age« (Thompson 2005) stellt die Verlage vor große ökonomische Herausforderungen,

»[...] und das können wiederum nur die Größeren; ich sage nicht ausschließlich die ganz Großen, aber die ganz Kleinen oder die Kleinen und Mittleren haben dann ihre Probleme, das kaufmännisch auf die Reihe zu kriegen« (S10: 246),

so die Verlegerin eines anderen Verlags.⁶ Dabei muss man zudem bedenken, dass die Soziologieverlage auch jenseits der Digitalisierung seit geraumer Zeit unter Ökonomisierungsdruck stehen.⁷ Dieser resultiert zum einen aus den seit gut einem Vierteljahrhundert stark rückläufigen Verkäufen einzelner Forschungstitel an Bibliotheken, wie eine Lektorin ausführt:

»[...] also ich glaube, vor 15 oder fast noch vor 20 Jahren, wenn man da eine Dissertation gedruckt hat, dann hat man schon mal mindestens 300, 400 Bibliotheksaufgabe gehabt. Die Bibliotheksaufgabe ist heute vielleicht noch 20.« (S12: 192)

Zum anderen haben sich 2004 mit der Gründung des *VS Verlag* die eingespielten Relationen im Verlagsfeld deutlich verschoben. Sahen sich Soziologieverlage bis zu dieser Zäsur als »im selben Boot« (S6: 231) sitzend, sehen sie sich seitdem mit einer »Ungleichzeitigkeit« (S6: 704) konfrontiert. *Springer VS* entwickelte sich durch eine *Catch-all-Strategie* rasch zum Marktführer – und zwar in einer Größenordnung, die es zuvor im Feld der deutschen Soziologieverlage nicht gegeben hat. Neben *Springer VS* gibt es mit *transcript* noch einen zweiten sozialwissenschaftlichen Verlag, der sich seit

6 Aufgrund nur lückenhaft verfügbarer Umsatzzahlen wurde im Verlagsprojekt auf die Gesamtzahl an Neuerscheinungen pro Jahr sowie auf die Anzahl der Soziologie-Titel zurückgegriffen, um die Verlagsgröße zu bestimmen. Gemessen an der Frontlist zählen Verlage mit weniger als 50 Neuerscheinungen zu den kleinen Verlagen, Verlage mit 50 bis 200 Neuerscheinungen zu den mittelgroßen Verlagen, und Verlage mit mehr als 200 Neuerscheinungen gelten als große Verlage. Der Anteil soziologischer Titel an der Gesamtzahl jährlicher Neuerscheinungen variiert von Verlag zu Verlag.

7 Erste Überlegungen zu den verschiedenen strukturellen Herausforderungen, mit denen sich die deutschen Soziologieverlage seit einigen Jahren konfrontiert sehen, finden sich in Volkmann (2015).

seiner Gründung im Jahr 1999 durch starkes Wachstum auszeichnet. Eine Verlegerin vergleicht die Situation im Jahr 2011 mit der »guten alten Zeit«:

»Man hat viel weniger publiziert, weil man eben auch viel höhere Auflagen verkaufen konnte, und man hatte diesen Druck natürlich weniger, dem wir alle ausgesetzt sind [lacht], [...] sich zu halten; es geht ja gar nicht mal um viel Gewinn, sondern es geht einfach drum, um sich zu halten auf dem Markt [...]« (S12:1033)

Die Digitalisierung erschwert dieses Im-Spiel-bleiben noch einmal. Dabei ist die beschriebene Externalisierung des elektronischen Vertriebs für die Verlage noch die kostengünstigste Variante. Finanziell und personell ungleich aufwendiger stellen sich Entwicklung und Betrieb eigener Online-Plattformen dar. Es wundert daher wenig, dass dies lange Zeit fast ausschließlich den großen internationalen Verlagskonzernen vorbehalten war. Allerdings ging 2008 auch *De Gruyter* mit der Online-Plattform *Global Reference* – seit 2012 *De Gruyter Online* – an den Start, im Jahr 2012 zog *Nomos* mit seiner *eLibrary* nach.⁸ Beides sind reine Wissenschaftsverlage mit disziplinären Schwerpunkten im STM-Bereich beziehungsweise den Rechtswissenschaften, die in jüngster Zeit den Ausbau ihrer Soziologieprogramme mit Nachdruck vorantreiben und so mehr und mehr an Sichtbarkeit in der Scientific Community gewinnen. Die Soziologie profitiert somit davon, von anderen Disziplinen gleichsam huckepack in die digitale Welt mitgenommen zu werden, was im Übrigen auch für *Springer VS* und seine Online Präsenz auf *SpringerLink* gilt. Dass sowohl *De Gruyter* als auch – mit einigem Abstand dahinter – *Nomos* von ihrer Titelzahl und ihrem Umsatz her zu den großen im Verlagsfeld der deutschen Soziologie zählen, bedarf kaum der Erwähnung.

Neben den beiden Vertriebsstrategien Externalisierung versus eigene Plattform gibt es noch einen mittleren Weg: das Mitwirken an der Entwicklung in Kooperation mit einem externen Dienstleister. Die von *preselect.media* betriebene und von der *Beltz* Verlagsgruppe mitentwickelte Plattform *Content-Select* ist ein solches Beispiel. Und weil *Beltz* ebenso wie die Verlagsgruppe

8 Siehe zum Start von *De Gruyter Online* und der *Nomos eLibrary* die Mitteilungen vom 6. Januar und vom 28. Dezember 2012 im Börsenblatt, dem Wochenmagazin des deutschen Buchhandels (www.boersenblatt.net/artikel-neuer_webauftritt_de_gruyter_online__468606.html; www.boersenblatt.net/artikel-fachinformationen.581874.html, letzter Aufruf 2. August 2016), zur Vorläufer-Plattform von De Gruyter eine Mitteilung aus dem Jahr 2008 in der Bibliotheksfachzeitschrift *b.i.t.online* <http://b-i-t-online.de/archiv/2008-03/kurz13.htm>, letzter Aufruf 2. August 2016).

C.H. Beck kein reiner Wissenschaftsverlag ist, rechnen sich Investitionen in eine eigene Online-Plattform nicht.⁹ Aber auch die *Beltz* Verlagsgruppe mit ihrem Gesamtprogramm vom Kinderbuch über Ratgeberliteratur bis hin zu Pädagogik, Psychologie und Sozialwissenschaften zählt zu den großen Verlagen.¹⁰

Zum Zeitpunkt der Interviews mit Verlagsmitarbeiterinnen befand sich die Plattform *Content-Select* ebenso wie die *Nomos eLibrary* noch im Aufbau. Auch die Möglichkeit, als externer Verlag *De Gruyter Online* als Vertriebskanal zu nutzen, wie es *transcript* seit Januar 2014 tut, gab es noch nicht.¹¹ Nicht wenige Soziologieverlage verfolgten im Jahr 2011 die Strategie des Abwartens. Und dafür gab es durchaus gute Gründe, wie die Aussagen von Mitarbeiterinnen dreier Verlage deutlich machen:

»[...] also wir sind natürlich auch vorbereitet auf eBooks und so weiter, aber das ist noch nicht so wirklich richtig angelaufen, also weder hier noch woanders. Andere Verlage machen das, aber [...] unseres Wissen verdient noch niemand damit, also zumindest in der Wissenschaft, Geld. Das ist unbedeutend.« (S4: 812)

»Aber im Augenblick ist es so, ich sehe einen riesigen Hype, was ebook angeht, und meine Vermutung ist – wir müssen überhaupt nicht Marktführer sein, was jetzt die Avantgarde angeht. Das sollen mal die machen, die das große Geld haben, die die großen Entwicklungen anstoßen können, die dann meinetwegen auch Standards setzen, und wenn die Standards gesetzt sind, dann können wir uns darum kümmern, wie wir um diese Standards uns bemühen können.« (S1: 69)

»Die technischen Voraussetzungen haben sich geändert, die softwaremäßigen Voraussetzungen, alles ist rausgeschmissenes Geld noch und noch. Also je später einsteigen, desto wirtschaftlicher.« (S9: 486)

Heute würden die Antworten zum Stichwort Digitalisierung vermutlich sehr viel anders ausfallen, denn zwischenzeitlich sind fast alle Soziologieverlage auf den Zug der Digitalisierung aufgesprungen – in der einen oder anderen Weise. Auch haben sich die Soziologinnen als Leserinnen und die Bibliotheken als Käufer mit ihren Rezeptions- beziehungsweise Anschaffungspraktiken ein ganzes Stück weit mit der Digitalisierung arrangiert. Im

⁹ Diese Informationen gehen auf Vorträge und Gespräche auf dem 8. Bremer eBook-Tag am 28. und 29. April 2016 zurück.

¹⁰ Gemeinsam mit dem Campus Verlag erwirtschaftet die Beltz Verlagsgruppe nach eigenen Angaben einen Jahresumsatz von ca. 40 Millionen Euro (www.beltz.de/service/wir_ueber_uns.html, letzter Aufruf 2. August 2016).

¹¹ Siehe dazu die Mitteilung im Börsenblatt (www.boersenblatt.net/artikel-kooperation_bei_digitalen_inhalten.639554.html, letzter Aufruf 2. August 2016).

Zusammenwirken gerät das bisherige Geschäftsmodell der Verlage ins Wanken – mit dem Effekt einer weiteren Steigerung des Ökonomisierungsdrucks. Damit komme ich zu meiner zweiten These.

Pakete statt Einzeltitel: vom alten zum neuen Geschäftsmodell

Im Jahr 2011 erwirtschafteten nahezu alle Soziologieverlage ihre Gewinne primär über den Verkauf einzelner und zumeist gedruckter Bücher. Hauptkäufer waren die Bibliotheken; »[...] der Privatkundenkauf ist«, wie eine Verlegerin hervorhebt, »ja ganz minimal.« (S9: 570) Das gilt erst recht für Zeitschriften. Dieses Geschäft ist, anders als im STM-Bereich, für Soziologieverlage ökonomisch ohnehin von eher nachrangiger Bedeutung.¹² Zeitschriften dienen vorrangig dazu, symbolischen Gewinn zu erwirtschaften, indem sie das programmatische Profil abrunden; in den Worten einer Lektorin: »Ja, das ist ja nun genau wie bei den Büchern, das ist eben auch ein Programmfeld, wo man präsent sein will, das ist ja klar.« (S9: 826)

Wie eine andere Verlegerin im Interview betont, bildet inhaltliche Profilbildung die Basis dafür, sich vor allem in der Konkurrenz um Autorinnen selbst gegenüber den beiden titelstarken Verlagen zu behaupten:

»Also er [der Marktführer, U.V.] gibt uns vielleicht teilweise eher noch eine Chance, uns mit unserem Profil davon abzuheben und zu sagen: Wir sind nicht die Buchfabrik. Also wir sind nicht der Massenverlag, sondern: Wir sind der innovative Verlag, der versucht, auch in der Soziologie die innovativen Inhalte nach vorne zu bringen und nicht den Mainstream in erster Linie.« (S5:228)

Es gilt, durch programmatische Schwerpunktsetzungen Identitätsarbeit zu betreiben, damit der Verlag von Teilen der Soziologie als bester Publikationsort wahrgenommen wird. Die Strategie zielt mithin auf die Bindung von Autorinnen, denen signalisiert wird, dass ihnen mit ihren ins Verlagsprofil passenden Themen eine größtmögliche Aufmerksamkeit innerhalb der Scientific Community garantiert ist.

Anders als bei breiter verkäuflichen Lehrbüchern oder »Public Sociology«-Titeln sind bei Forschungsfront-Büchern mit ihrer nur kleinen Aufla-

12 Zum Vergleich der Geschäftsmodelle von STM-Verlagen am Beispiel der Chemie und deutschen Soziologieverlagen siehe Volkmann, Schimank, Rost (2014).

genhöhe Druckkostenzuschüsse obligatorisch, die entweder durch die Autorinnen oder durch Institute aufgebracht werden und das unternehmerische Risiko abfedern:

»Das heißt die Auflagen, gerade bei solchen, ich sage jetzt mal, harten Wissenschaftstiteln, wo man früher 400, 500 gedruckt hat, liegen heute zwischen 150 und 200. Und das finanziert man natürlich – ich meine, da sind wir nicht der einzige Verlag – gerade bei Dissertationen über Zuschüsse, und über doch etwas höhere Ladenpreise, weil anders ist das einfach nicht mehr zu machen.« (S12: 192)

Diesbezüglich ist die Digitalisierung sogar der Retter in der Not, denn erst der Digitaldruck macht es möglich, dass sich auch kleine Auflagen für die Verlage rechnen (von Lucius 2014: 165 ff.). Ursache der rückläufigen Auflagenhöhen sind die Verkaufsstrategien der internationalen Verlagskonzerne, die vor gut einem Vierteljahrhundert die sogenannte »Zeitschriftenkrise« auslösten, als sie begannen, die Abonnementpreise der wichtigen und für die Bibliotheken als Hauptkäufer damit unabdingbaren STM-Zeitschriften kontinuierlich und exorbitant zu steigern (Thompson 2005: 61 ff., 99 ff., 116 f.; Boni 2010; Brintzinger 2010: 333 ff.; Taubert 2010: 314). Die jährlichen Preissteigerungen lagen anfangs bei fünf bis acht Prozent, stiegen dann sogar auf bis zu zehn Prozent. Eine interviewte Bibliotheksdirektorin gab 2012 zumindest eine leichte Entwarnung: »Die sind nicht ganz so extrem, [...] aber wir haben immer noch Preissteigerungsraten, die dann vereinbart werden, so zwischen dreieinhalb und sechs, sieben Prozent [...]« (B1: 213)

Dies verweist bereits auf die durch die Digitalisierung ermöglichte neue Praxis der Verlagskonzerne wie *Elsevier* oder *Springer*, eBooks oder eJournals nur noch als Pakete anzubieten, auf deren Zusammensetzung die Bibliotheken keinen Einfluss haben und die manchmal sogar das gesamte Verlagsprogramm umfassen (von Lucius 2014: 338). Das neue Geschäftsmodell der Verlagskonzerne besteht darin, mit den Bibliotheken – zumeist haben sich diese zu Konsortien zusammengeschlossen – für alle paar Jahre erneut einen je individuellen Preis für die Lizenzierung der Nutzungsrechte der im Paket enthaltenen elektronischen Bücher oder Zeitschriften auszuhandeln. Basis der Preisverhandlungen sind in der Regel die erfolgten und auch die versuchten Zugriffe auf die Online-Plattform des Verlags.¹³ Noch einmal die Bibliotheksdirektorin:

¹³ Derzeit können im digitalen Geschäft mit den Bibliotheken drei Grundmodelle des Vertriebs unterschieden werden: erstens vom Verlag vorkonfigurierte Pakete, zweitens *Pick and Choose* – vom Einzeltitel bis zu individuell zusammengestellten Paketen – und

»Das ist eine Frage der Preiselastizität der Nachfrage. Wenn Sie etwas unbedingt haben wollen und haben müssen, dann haben Sie auch direkt eine schlechte Verhandlungsposition, und das ist unser Problem, und das wissen die Verlage. [...] Wenn wir einen großen Verlag nicht mehr lizenzieren würden, ich weiß nicht, wie viele Wochen wir das durchhalten, und das wissen die Verlage, und deswegen stehen Sie unter Druck. [...] Das ist das große Problem: Wir sind erpressbar.« (B1: 385, 393)

Zusammen mit der fortdauernden Zeitschriftenkrise führt dieses neue Geschäftsmodell der Big Player dazu, dass immer größere Teile des für die Literaturversorgung insgesamt zur Verfügung stehenden Bibliotheksbudgets gebunden sind. »Das Verlagsprogramm kleiner, insbesondere geisteswissenschaftlicher Verlage droht unsichtbar zu werden, weil es die einzig verbliebene freie Kündigungsreserve der Bibliotheken geworden ist.« (Boni 2010: 300) Und zumindest für die kleineren Soziologieverlage sieht es nicht viel besser aus.

Hinzu kommt, wie Bibliotheksleiterinnen betonen, dass für Bibliotheken sowohl der Kauf von Paketen als auch eine generelle Umstellung auf e-only durchaus attraktiv ist. Ersteres löst das Legitimationsproblem der Literaturbeschaffung gegenüber den Wissenschaftlerinnen, Letzteres das Platzproblem der Bibliotheken. Die kleineren Verlage stehen hier mit dem Rücken zur Wand, da sie keine Chance haben, ihr traditionelles Geschäftsmodell um den Verkauf von eBook-Paketen zu erweitern, wie eine Verlegerin deutlich macht: »Ich versuche immer mal wieder unsere Produkte im Bündel anzubieten. Aber nicht mal das ist gewollt. Dazu sind wir zu klein.« (S1: 694)

EBooks oder eJournals in Paketen zum Kauf, geschweige denn zur Lizenzierung anzubieten, erfordert eine gewisse Mindestgröße des Verlagsprogramms, gemessen sowohl an Buchtiteln beziehungsweise Zeitschriften als auch an thematischen Schwerpunkten. Ein gutes Anschauungsbeispiel für diese Notwendigkeit ist der *transcript* Verlag. Umfasste allein das Soziologieprogramm nach Angaben des Verlags im Jahr 2010 insgesamt 393 Titel, waren im Frühjahr 2015 bereits 542 Titel lieferbar, weitere 56 Titel waren angekündigt und 102 Titel wurden als vergriffen geführt. Im selben Zeitraum erweiterte sich das soziologische Themenspektrum von acht auf

drittens die *Patron Driven Acquisition*, bei der der Kauf erst unmittelbar über die Nutzung erfolgt. Und unabhängig davon, ob es um Kauf oder um Lizenzierung geht: Stets fließt die potentielle oder gemessene Nutzung in die Bemessung des Preises ein (von Lucius 2014: 337 ff.), was für gedruckte Bücher nicht möglich ist.

21 Bereiche.¹⁴ Allein das Soziologieprogramm des Verlags ist somit sowohl von den Titeln als auch von den Themen deutlich gewachsen, was im Übrigen und sogar ausgeprägter auch auf *Springer VS* zutrifft. Im Jahr 2013 erfolgte der Schritt ins Geschäft mit eBooks und eJournals.¹⁵ Und über seine Zusammenarbeit mit einer Vielzahl externer Anbieter nutzt *transcript* die gesamte Bandbreite an digitalen Vertriebsmodellen, was den Bedürfnissen unterschiedlicher Bibliotheken entgegen kommen und so die Verkaufs- oder Lizenzierungschancen erhöhen dürfte.¹⁶

Um als Soziologieverlag aus der Digitalisierung letztlich ökonomischen Profit erwirtschaften zu können, scheint die Größe des Verlagsprogramms notwendige Bedingung zu sein. Das leitet über zu meiner dritten These.

Konzentration: Strukturwandel im Verlagsfeld

Die Befürchtung, dass die im Jahr 2011 noch vorhandene Vielfalt des Verlagsfelds der deutschen Soziologie im Zuge der Digitalisierung verloren gehen könnte, war bereits damals in Verlegerinnenkreisen durchaus zu vernehmen:

»Ich halte das zwar nicht intentional, aber in der abschließenden Wirkung eben doch für einen Mechanismus, dass diese ganze E-Book- und Elektronisches-Publizieren-Bewegung zur – merklich zur Konzentration beiträgt im akademischen Verlagssektor.« (S10: 250)

Und ohne dies zum jetzigen Zeitpunkt überbewerten zu wollen: Die jüngsten Entwicklungen im Verlagsfeld lassen sich durchaus als erste Anzeichen eines solchen Konzentrationsprozesses deuten:

- 2005 übernahm die Verlagsgruppe *Beltz* zunächst alle Gesellschafteranteile des *Juventa* Verlags, 2011 folgte dann, wie einleitend bereits erwähnt, die Überführung der bisherigen Tochtergesellschaft in ein Im-

14 Die Angaben basieren wiederum auf der im Rahmen des Verlagsprojekts durchgeführten Dokumentenanalyse.

15 Siehe dazu die Selbstbeschreibung des Verlags (www.transcript-verlag.de/ueber-uns, letzter Aufruf 3. August 2016).

16 Einen Einblick in die unterschiedlichen Bezugsoptionen für Bibliotheken bietet der Verlag auf seiner Website (www.transcript-verlag.de/bezugsoptionen, letzter Aufruf 3. August 2016).

- print. Juventa gehört mit heute ca. 120 Neuerscheinungen einschließlich Neuauflagen zu den mittelgroßen Verlagen (Beltz 2016: 90).
- Anfang 2013 wurde der *Oldenbourg* Wissenschaftsverlag von *De Gruyter* erworben.
 - Im Januar 2015 ging der bis dato mit ca. 30 Neuerscheinungen zu den kleinen in der Branche gehörende inhabergeführte Verlag *Edition Sigma* als Imprint in die *Nomos* Verlagsgesellschaft ein.
 - Im Februar 2015 zog sich Thomas Carl Schwoerer, langjähriger Inhaber-berverleger von *Campus*, aus dem Verlagsgeschäft zurück und übergab seine Gesellschafteranteile – und mit ihnen die Geschäftsführung – an die *Beltz* Verlagsgruppe. Als stiller Teilhaber hielt *Beltz* ohnehin seit der Verlagsgründung im Jahr 1975 Gesellschafteranteile; 50 Prozent waren es in den letzten Jahrzehnten (Beltz 2016: 112). *Campus* zählt mit aktuell ca. 180 Neuerscheinungen, von denen das Gros wissenschaftliche Titel sind, zu den mittelgroßen Verlagen (Beltz 2016: 112 ff.).
 - Anfang 2016 wird, wie ebenfalls schon erwähnt, das Verlagsprogramm eines weiteren kleinen Verlags, *Lucius & Lucius*, aufgrund fehlender Nachfolger an *De Gruyter* verkauft – eine zukunftsweisende Entscheidung, wie die von Wulf D. von Lucius gegebene Begründung deutlich macht: »Ausschlaggebend für unsere Wahl war, dass sich das Programm von *Lucius & Lucius* sehr gut in das bestehende Programm von *De Gruyter Oldenbourg* integrieren lässt und hier die besten Bedingungen für das Programm gegeben sind, sich in einem zunehmend internationalen wie digitalen Umfeld weiter zu entwickeln.«¹⁷

Zwar gehört *De Gruyter* mit derzeit insgesamt rund 1.300 Neuerscheinungen pro Jahr in den Bereichen Sozial- und Geisteswissenschaften, STM sowie Rechtswissenschaften längst nicht wie *Springer* zu den ganz großen Playern im internationalen Feld der Wissenschaftsverlage, verfolgt aber seit etwa zehn Jahren eine offensive Wachstums-, Digitalisierungs- und Internationalisierungsstrategie.¹⁸

Auf Wachstumskurs waren vor fünf Jahren nur die wenigsten Soziologieverlage. Dies bringt auch eine Lektorin zum Ausdruck, die erläutert,

17 Das Zitat von Wulf D. von Lucius ist der Pressemitteilung von *De Gruyter* vom 15. Oktober 2015 entnommen (www.degruyter.com/dg/newsitem/151/de-gruyter-bernimmt-die-lucius-lucius-verlagsgesellschaft, Hervorhebungen UV, letzter Aufruf 30. Juli 2016).

18 Das News-Archiv des Verlags bietet einen profunden Überblick über diese Aktivitäten (www.degruyter.com/news).

dass der Verlag seit Jahren eine stabile Zahl an Neuerscheinungen publiziere und auch nicht vorhabe zu wachsen (S6: 197).

Den kleineren und mittleren Verlagen reichten moderate Gewinne – bis sie der Digitalisierung nicht mehr ausweichen konnten. Heute haben sich die Relationen im Verlagsfeld deutlich in Richtung weiter wachsender Verlagsgruppen beziehungsweise größerer Verlage verschoben. Wie die Entwicklung weitergeht, bleibt abzuwarten. Ob *Campus* auf Dauer als Verlag mit Herstellung, Marketing und Vertrieb weiter geführt wird oder denselben Weg gehen wird wie *Juventa*, ist eine offene Frage. Offen ist auch, ob Kooperationen zum Vertrieb des eigenen Verlagsprogramms über externe Verlags-Plattformen, wie sie 2014 von *transcript* mit *De Gruyter* für die Nutzung von *De Gruyter Online* abgeschlossen wurde und für dieses Jahr für *Velbrück Wissenschaft* mit Blick auf die *Nomos eLibrary* angekündigt wird, erste Schritte in Richtung späterer Verlagsübernahmen darstellen.¹⁹ In Gesprächen mit Verlagsmitarbeiterinnen werden derlei Vermutungen durchaus geäußert. Was könnte das für Soziologinnen als Leserinnen und Autorinnen bedeuten?

Ausblick

Das Verhältnis von Soziologinnen und ihren Verlagen lässt sich analytisch als eine Konstellation wechselseitiger Nutzenverschränkung beschreiben. Soziologieverlage brauchen Soziologinnen sowohl in ihrer Rolle als Autorinnen als auch in ihrer Rolle als Leserinnen. Umgekehrt brauchen die Soziologinnen Verlage zur Sicherstellung der für ihre Scientific Community konstitutiven Kommunikationserfordernisse der Distribution, der Selektion und der Strukturierung.

Als Autorinnen sind Soziologinnen auf eine »widest possible distribution« (de Vries 2007: 198) angewiesen, die gewährleistet, dass ihre Forschungsergebnisse von anderen interessierten Soziologinnen zeitnah gut sichtbar wahrgenommen werden können. Als Leserinnen müssen Soziologinnen also Zugang haben zum für sie relevanten wissenschaftlichen

19 Siehe zu beiden Kooperationen die Mitteilungen im Börsenblatt vom 7. Oktober 2013 und vom 9. Februar dieses Jahres (www.boersenblatt.net/artikel-kooperation_bei_digitalen_inhalten.639554.html; www.boersenblatt.net/artikel-wissenschaftsplattform.1097539.html, letzter Aufruf 2. August 2016).

Wissen. In ihrer Rolle als Leserinnen sind Soziologinnen zudem auf eine Art von »knowledge control« (Parsons 1989: 14 ff.), also auf Selektion nach Qualität angewiesen, denn nicht jedes Manuskript bringt den wissenschaftlichen Erkenntnisfortschritt voran. Um als Leserinnen möglichst rasch an relevantes neues Wissen zu gelangen, brauchen Soziologinnen zudem Orientierung über die horizontale und vertikale Strukturierung der Publikationslandschaft durch thematische Felder und die Reputationsordnung der Autorinnen (Morris 2008). Auch in ihrer Rolle als Autorinnen profitieren Soziologinnen davon, denn es ermöglicht ihnen Community Building und damit verknüpft Reputationserwerb.

Bis vor ein paar Jahren konnten alle Verlage im Feld diese drei Kommunikationserfordernisse der Soziologinnen im Großen und Ganzen zufriedenstellend erfüllen. Das hat sich im Zuge der Digitalisierung geändert. Wer die elektronischen Vertriebskanäle an die Bibliotheken nicht erfolgreich bespielen kann, wird als Rezeptions- und Publikationsort zunehmend unattraktiver.

So verschiebt sich das vormals herrschende Gleichgewicht zwischen Distributions-, Selektions- und Strukturierungsfunktion in Richtung Distribution. Die Digitalisierung verlagert das Augenmerk der Verlage auf Marketing und Vertrieb. Die Soziologinnen profitieren davon sowohl als Autorinnen mit einer größeren Sichtbarkeit ihrer Publikationen als auch als Leserinnen, denn für Letztere stellt der Zugang zu Online-Plattformen mit ihren zusätzlichen Recherche-Tools zeitlich einen deutlichen Effizienz- und Effektivitätsgewinn dar. Das Distributionserfordernis der soziologischen Scientific Community wird auch von den digitalisierten Verlagen offenbar sehr gut, wenn nicht sogar besser bedient.

Zum Problem könnte demgegenüber das Strukturierungserfordernis werden, denn die Digitalisierung bewirkt eine Verlagerung der Strukturierung aus dem Feld in den einzelnen Verlag hinein. Je größer die Verlage werden, desto weniger zeichnen sie sich durch ein spezifisches inhaltliches Profil aus. Doch bei näherer Betrachtung scheint sich die Digitalisierung der Verlage auch nicht auf Kosten der horizontalen Strukturierung nach Themen zu vollziehen, wie ein Blick auf die differenzierten Suchoptionen in Datenbanken und Online-Portalen zeigt. Und im Zeitalter der Datenbankrecherche scheint ein Wissen über programmatische Schwerpunkte einzelner Verlage auch gar nicht mehr erforderlich zu sein. Was die vertikale Strukturierung angeht, so könnte der seit einigen Jahren auch in der Soziologie herrschende Publikationsdruck dazu führen, dass sich Reputa-

tion mehr und mehr an – möglichst internationaler – digitaler Sichtbarkeit in High Impact-Journals (Schimank 2010) und immer weniger an bestmöglicher Passung in das Buchprogramm eines Profilverlags bemisst.

Als wirklicher Prüfstein könnte sich jedoch das Selektionserfordernis erweisen, denn forciertes Verlagswachstum bedarf einer Steigerung des Outputs an Publikationen, und dies geht zwangsläufig zu Lasten der Qualität. In ihrer Rolle als Autorinnen legen Soziologinnen auf der einen Seite großen Wert darauf, dass ihr Werk das Siegel des Ausgewählten erhält. Auf der anderen Seite geht mit einem hohen Qualitätsstandard das Risiko einher, aussortiert zu werden. Gerade vor dem Hintergrund des erhöhten Publikationsdrucks dürften Autorinnen – wenn auch uneingestanden – eine Präferenz für eine schwächere Qualitätskontrolle haben. Ähnlich ambivalent stellt sich die Situation für Soziologinnen in der Rolle als Leserinnen dar. Zentrales Kriterium für Qualität von Forschungsliteratur ist der soziologische »Erkenntnissprung« (S17: 401). So gesehen dürfte gerade eine strenge Qualitätskontrolle im Interesse der Leserinnen sein. Allerdings begünstigt diese Mainstream-Themen, was zu Lasten unorthodoxer Perspektiven geht, die als Pool wenn auch noch unausgereifter Überlegungen mit Blick auf den wissenschaftlichen Erkenntnisfortschritt mindestens ebenso relevant sind. Letztere würden von einer schwächeren Qualitätskontrolle profitieren, wie sie in den auf Wachstum setzenden Verlagen gängige Praxis ist. Die Kehrseite dessen ist, dass die Leserinnen mit immer mehr Lesestoff von ungesicherter Qualität überhäuft werden und dadurch nicht nur ein Mehr an Lesezeit investieren müssen – was die Vorteile der schnellen digitalen Recherche rasch zunichte machen könnte –, sondern verstärkt auf ihr eigenes Urteil zurückgeworfen sind.

Mit Blick auf die Publikations- und Rezeptionspraktiken könnte sich der Weg der Verlage ins Zeitalter der Digitalisierung somit als gemischter Segen herausstellen. Die Scientific Community täte daher gut daran, sich die hier dargelegten Perspektiven vor Augen zu führen und zu prüfen, was sie mit ihrer zwar begrenzten, aber nicht völlig unbedeutenden kollektiven Handlungsfähigkeit tun kann. Angesprochen sind damit in erster Hinsicht diejenigen, die als Herausgeberinnen von Buchreihen und Zeitschriften nicht nur maßgeblich an Publikationsentscheidungen mitwirken, sondern die zentrale Schnittstelle zwischen der Scientific Community und ihren Verlagen darstellen.

Literatur

- Beltz 2016: 1841–2016. 175 Jahre Beltz. Tradition und Perspektiven. Weinheim.
- Boni, M. 2010: Analoges Geld für digitale Zeilen: der Publikationsmarkt der Wissenschaft. *Leviathan*, 38. Jg., Heft 3, 293–312.
- Brintzinger, K.-R. 2010: Piraterie oder Allmende der Wissenschaften? Zum Streit um Open Access und der Rolle von Wissenschaft, Bibliotheken und Markt bei der Verbreitung von Forschungsergebnissen. *Leviathan*, 38. Jg., Heft 3, 331–346.
- de Vries, S.C.J. 2007: From Sailing Boat to Steamship: The Role of the Publisher in an Open Access Environment. *Learned Publishing*, 20. Jg., Heft 3, 196–201.
- Morris, S. 2008: What Is Quality In Journals Publishing? *Learned Publishing*, 21. Jg., Heft 1, 4–6.
- Parsons, P. 1989: *Getting Published. The Acquisition Process at University Presses*. Knoxville: University of Tennessee Press.
- Schimank, U. 2010: Reputation statt Wahrheit: Verdrängt der Nebencode den Code? *Soziale Systeme*, 16. Jg., Heft 2, 233–242.
- Taubert, N. 2010: Open Access. In D. Simon, A. Knie, S. Hornbostel (Hg.), *Handbuch Wissenschaftspolitik*. Wiesbaden: VS, 310–321.
- Thompson, J.B. 2005: *Books in the Digital Age. The Transformation of Academic and Higher Education Publishing in Britain and the United States*. Cambridge: Polity Press.
- transcript Verlag 2016: [transcript] Vorschau Herbst 16. Bielefeld.
- Volkman, U. 2015: Soziologieverlage unter multiplem Veränderungsdruck. In S. Lessenich (Hg.), *Routinen der Krise – Krise der Routinen. Verhandlungen des 37. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Trier 2014*. http://publikationen.sozioologie.de/index.php/kongressband/article/view/108/pdf_105.
- Volkman, U., Schimank, U., Rost, M 2014: Two Worlds of Academic Publishing – Chemistry and German Sociology in Comparison. *Minerva*, 52. Jg., Heft 2, 187–212.
- von Lucius, W.D. 2014: *Verlagswirtschaft. Ökonomische, rechtliche und organisatorische Grundlagen. Unter Mitwirkung von H. Huck und M. Ulmer*. 3., neu bearbeitete und erweiterte Auflage, Konstanz: UVK.

Prekäre Wissensarbeit im akademischen Kapitalismus*

Strukturen, Subjektivitäten und Organisationsansätze
in Mittelbau und Fachgesellschaften

Peter Ullrich

1. Vom Leiden des »Nachwuchses«

Kaum ein Tag vergeht, an dem nicht eine der großen Zeitungen oder andere Medien das Leid der akademischen Beschäftigten thematisieren. Herzzerreißende Geschichten erzählen von höchstqualifizierten Spezialist_innen im Alter zwischen 35 und 50, die sich mit Kettenverträgen und Teilzeitstellen kürzester Laufzeit herumschlagen oder in der Blüte ihres Berufslebens gezwungen sind, aus der Wissenschaft auszusteigen und – eigentlich viel zu spät – beruflich noch einmal von vorn zu beginnen. Sie erzählen vom ewig aufgeschobenen Kinderwunsch, der sich mit der völlig unsicheren Einkommenssituation und der geforderten Mobilität schlecht verträgt, von unbezahlter Arbeit, von Stress, kurz: von hochgradig prekären Beschäftigungsverhältnissen. Und doch erzählen sie zugleich von nicht enden wollendem Engagement und grenzenloser Begeisterung der »Betroffenen«, die mit Leib und Seele Wissenschaft betreiben (wollen).

Die paradoxe Situation dieser oft als »Nachwuchs« infantilisierten, aber ansonsten durchaus sehr erwachsenen prekär-mobilen Wissens- und Bildungsarbeiter_innen¹ spitzt sich im Prozess der Ökonomisierung der

* *Anm. der Redaktion:* Leicht überarbeitete und erweiterte Version des Beitrags zum DGS-Blog vom Mai und Juni 2016 (<http://soziologie.de/blog/2016/>).

1 Der Begriff der Wissensarbeit wird gewählt, um den in diesem Zusammenhang entscheidenden Lohnarbeitscharakter wissenschaftlicher Tätigkeiten zu betonen (unabhängig

Hochschulen zum »akademischen Kapitalismus« (Münch 2011) zu. Diese Situation soll eingangs umrissen und hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf die Beschäftigten und die Wissenschaft generell befragt werden (2), um auf dieser Basis zu erörtern, welche Möglichkeiten der Erringung kollektiver Handlungsmacht für nichtprofessorale Forscher_innen bestehen (3). Die dabei auftretenden Herausforderungen, insbesondere die gering ausgeprägte Konfliktfähigkeit und die niedrigen Anspruchsniveaus, sowie die genau darauf abgestimmten Organisationsansätze sollen vor allem am Beispiel der Initiative »Für Gute Arbeit in der Wissenschaft« in der DGS und weiteren Organisationsansätzen im akademischen Mittelbau dargestellt und problematisiert werden.² Es geht also um die Frage, wie sich das akademische Prekariat unter widrigen Umständen organisiert.

2. Die feudale Hochschule im akademischen Kapitalismus³

2.1 Politisch geschaffene Reservearmee

Dass wir in einer Wissensgesellschaft leben, in der Wissen und Bildung zu den herausragenden normativen Bezugsgrößen und wichtigsten Produktivkräften gehören, ändert nichts daran, dass zu den faktischen Produktionsbedingungen dieses Wissens eine institutionalisierte Prekarität der Beschäftigung gehört. Akademische Tätigkeit ist geprägt von personalisierter Abhängigkeiten, Beschäftigungsunsicherheit, mangelnder Planbarkeit und feh-

vom thematischen Inhalt der Tätigkeit) und die Wissenschaft zu entmystifizieren. Er macht zugleich deutlich, dass wissenschaftliche Tätigkeit viel mit dem Handwerk gemein hat. Dies betonte Peter Streckeisen auf der Tagung »Soziologie als Beruf« am 26. Februar 2016 im Berliner WZB. Nur der geringste Teil besteht in der Findung genialer neuer Einsichten, während in Forschung wie Lehre andauernd bodenständige, solide, aber eben nicht Aufsehen erregende Tätigkeiten vollzogen werden.

2 Dieser Aufsatz ist also keine umfassende Würdigung aller relevanten Handlungsoptionen (insbesondere die im engeren Sinne gewerkschaftlichen Initiativen müssen an dieser Stelle außen vor bleiben). Er konzentriert sich auf eine (bewegungs-)soziologisch informierte Reflexion aktueller praktischer Ansätze im Engagement für Gute Arbeit, die aus der Wissenschaft selbst kommen.

3 In Bezug auf die Darstellung der Karriereperspektiven des Mittelbaus, insbesondere der Wissenschaftlichen Mitarbeiter_innen, folge ich in diesem Abschnitt in weiten Teilen der sehr guten und kompakten Darstellung von Rogge (2015b). Für einen umfassenderen Blick auf die Hintergründe und Entwicklungstendenzen der Transformation des Wissenschaftssystems zum »akademischen Kapitalismus« vgl. Münch (2011) und Demirović (2015).

lenden Perspektiven. Etwa 80% der akademischen Stellen gehören zum sogenannten Mittelbau. Dauerstellen gibt es unterhalb der Professur – im Gegensatz zu Daueraufgaben – an den Hochschulen aber fast nicht mehr, ihr Anteil ist in den vergangenen Jahren immer mehr gesunken. Im Jahr 2011 hatten nur noch etwa 13% der wissenschaftlichen und künstlerischen Mitarbeiter_innen eine unbefristete Vollzeitstelle (Brugger, Threin, Wolters 2013: 29 ff.). Die Hälfte der Beschäftigten hat Verträge mit einer Laufzeit bis zu einem Jahr. Verträge die länger als zwei Jahre laufen (11% an Hochschulen, 18% an außeruniversitären Forschungseinrichtungen), stellen mittlerweile schon Ausnahmen dar (Jongmanns 2011: 73). Viele dieser Verträge sind nicht nur befristet, sondern zugleich – oft unfreiwillig – auch noch geteilt. Bei manchen Gruppen, wie Doktorand_innen wird als Standard eine halbe oder eine 2/3-Stelle als angemessen empfunden. Doch auch Postdoc-Stellen und mittlerweile sogar Professuren werden befristet und als Teilzeitstellen ausgeschrieben. Reguläre Stellen sind aber immerhin noch sozialversicherungspflichtig oder führen zu Rentenanwartschaften; das gilt jedoch nicht für die sich mehr und mehr durchsetzenden Stipendien. Daneben etablieren sich Hochdeputatsstellen wie die »Lehrbeauftragten für besondere Aufgaben«, die von einer exzessiven Lehr- und Prüfungsbelastung erdrückt werden und daneben keinerlei Zeit für andere Tätigkeiten wie Forschung haben. Noch schlechter geht es vielen Lehrbeauftragten, die häufig gänzlich unbezahlt tätig sind, weil sie Lehrerfahrungen sammeln wollen oder sich diese Ausbeutung als Eintrittsbillet oder »Fuß in der Tür« schönreden.⁴ Ähnlich verhält es sich mit der in Deutschland wohl einmaligen Titellehre, die jährlich abzuleisten Privatdozent_innen in der Regel verpflichtet sind, wenn sie ihre Lehrerlaubnis und ihren Titel behalten wollen. Sie geht nicht mit einer Anstellung einher, erfolgt ohne Bezahlung und infrastrukturelle Unterstützung. Nur manche Hochschulen gewähren eher symbolische Aufwandsentschädigungen (ca. 150 €); an anderen muss alles selbst getragen werden.

Die Hauptursache für diese Misere ist die strukturelle Unterfinanzierung der Hochschulen, deren Budgets und Stellenkontingente mit den ste-

⁴ Es gibt durchaus auch bezahlte Lehraufträge. Ein attraktives Einkommensmodell bieten sie jedoch nicht (außer für diejenigen, die Lehraufträge quasi nebenbei abhandeln können). Zwischen 25 und 45 € Stundenlohn werden meist nämlich nur für die reine Unterrichtszeit gezahlt. Bezieht man Vorbereitung, Aufgabenkorrekturen, Besprechungen/Beratung und Prüfungen mit ein und bedenkt, dass noch Steuern und Sozialabgaben fällig werden, bleibt wenig übrig. Zu den Honorarpraxen in der Wissensarbeit vgl. die Honorartabelle des Netzwerks »Prekäres Wissen« (2016).

tig wachsenden Studierendenzahlen⁵ nicht annähernd mithalten. Die Auswirkungen sind völlig unzureichende Betreuungsrelationen und eine entsprechende Belastung von Studierenden und Lehrenden.⁶ Lehre und Forschung fallen auseinander, weil finanzielle Aufwüchse vor allem im Bereich der außeruniversitären Forschung zu verzeichnen sind (Münch 2011: 50). Auch die Abhängigkeit der Hochschulen von externen Fördergeldern (»Drittmittel«) steigt.

Auf der Ebene der Beschäftigung sorgt eine fest institutionalisierte Struktur extremster Konkurrenz für hohe Kosten für die Beschäftigten und damit zugleich für ihre maximale Ausbeutung. Ein Kernproblem dieser Beschäftigungsstruktur ist neben der Unterfinanzierung das Wissenschaftszeitvertragsgesetz (WissZeitVG). Dieses gliedert einen großen Teil wissenschaftlicher Tätigkeiten aus dem Geltungsbereich des Teilzeit- und Befristungsgesetzes aus, welches in der Regel Befristungen über den Zeitraum von zwei Jahren hinaus nicht gestattet. Stattdessen erlaubt es längere Befristung (zweimal sechs Jahre) und beschränkt dadurch paradoxerweise reguläre wissenschaftliche Tätigkeit,⁷ abgesehen von wenigen Ausnahmen, auf diese zwei Phasen nach dem Studienabschluss und der Promotion. Wer länger bleibt, müsste entfristet werden – doch das vermeiden die Einrichtungen.⁸

5 Die Studierendenzahlen steigen kontinuierlich. Allein im Zeitraum zwischen Wintersemester 2000/2001 und dem Wintersemester 2012/2013 ist Zahl der Studierenden um 38,9% gestiegen. Mittlerweile beginnt etwa die Hälfte eines Jahrgangs ein Studium (www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/Indikatoren/LangeReihen/Bildung/lrbil01.html; www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/soziale-situation-in-deutschland/61669/studierende, letzter Aufruf 19. Juli 2016). Grundsätzlich verschränken sich im deutschen Bildungssystem die beiden gegensätzlichen Tendenzen einer sozialen Öffnung bei gleichzeitiger vertikaler Differenzierung (Krüger et al. 2012).

6 Auch auf den Aspekt der Lehre kann hier nicht vertieft eingegangen werden, obwohl die vor allem mit dem Bologna-Prozess verbundenen Transformationsprozesse des Hochschulstudiums zu tiefgreifenden Einschnitten führen. Sehr eindrücklich beschreibt Alex Demirović (2015: 20 f.) das gegenwärtige Verhältnis zwischen Lehrenden und Studierenden als »eine Art pädagogischen Krieg«, in dem die Studierenden dem wachsenden Druck vor allem mit Findigkeit in der Aufwandsminimierung zu entfliehen versuchen und die Lehrenden dies als narzisstische Kränkung erfahren und darum die Neigung zum polizeilichen Denken entwickeln.

7 Drittmittel-finanzierte Stellen unterliegen in der Regel nicht dieser 12-Jahres-Regelung. Dies eröffnet die Beschäftigungsoption einer auf Drittmittelleinwerbung zur Selbstfinanzierung orientierten Quasi-Solo-Selbständigkeit. Auch diese Variante ist hochgradig prekär und insbesondere geprägt von immensem Konkurrenzdruck, da die Bewilligungsquoten der großen Förderer seit Jahren sinken.

8 Auch die aktuelle Reform des WissZeitVG hat an diesem Grundproblem wenig geändert. Besser geworden ist zwar, dass nun kurze Befristungen begründet werden müssen.

Das einzige dadurch verbleibende Karriereziel mit Perspektive ist die Professur. Doch die ist realistischer Weise für die meisten Aspirant_innen schlichtweg nicht erreichbar. Der Wissenschaftsforscher Jan-Christoph Rogge dazu:

»Von 2003 bis 2013 ist der akademische Mittelbau an deutschen Universitäten [...] von 120.545 auf 171.037, d. h. um 50.492 Personen (42%) angewachsen. Die Zahl der ordentlichen Professuren hingegen ist im gleichen Zeitraum nur um 1054 (8%), von 21.129 auf 22.183, gestiegen. Zum Vergleich: 1995 gab es 104.721 Beschäftigte im Mittelbau und 20.429 Professuren. Während immer mehr Personen eine wissenschaftliche Karriere beginnen können, die Basis der Pyramide sich also beständig verbreitert, wird die Zahl der Stellen an ihrer Spitze nahezu konstant gehalten.« (Rogge 2015b: 693)

Zur Verstärkung der Problematik dieses äußerst engen Flaschenhalses beim immer späteren Übergang zur Dauerbeschäftigung hat neben dem Wiss-ZeitVG als Grundstruktur auch die Exzellenzinitiative gehörig beigetragen, wie kürzlich die Imboden-Kommission feststellte (Internationale Expertenkommission zur Evaluation der Exzellenzinitiative 2016). Die Anzahl der Stellen und Stipendien für Graduierte und Postgraduierte explodiert förmlich, während Anschlussoptionen für die meisten nicht vorgesehen sind. Dieses Missverhältnis von befristeten und Dauerstellen, welches in keinem vergleichbaren Land so stark ausgeprägt ist wie in der Bundesrepublik (Konsortium Bundesbericht wissenschaftlicher Nachwuchs 2013: 82), schafft eine Situation extremster Konkurrenz, in der Rogge den Arbeitsmarkt für Wissenschaftler_innen auf dem Weg zum »Winner-take-all-Markt« sieht. Nur wenige können sich am Ende durchsetzen und erhalten den Gewinn: die Lebenszeitprofessur.⁹ Den anderen, die im Wettbewerb »aussortiert« werden, verbleibt nur der Exit, allerdings in einer Lebensphase, in der man als hochgradig spezialisierte_r Experte_in oft schon zu alt für einen beruflichen Neubeginn ist.

Allerdings sind viele Hochschulen auch schon rege dabei, neue Qualifikationsziele zu (er)finden (beispielsweise »Lehrerfahrung«, die man auch in einem Semester gewinnen kann). Andererseits sind durch die Neuregelung nun kurzfristige Anstellungen zur Überbrückung, die gerade in Drittmittelforschungseinrichtungen eine große Rolle spielen, deutlich erschwert.

⁹ Wobei zu fragen wäre, wie viel Freude bei einem solchen »Gewinn« angezeigt ist, da die substanzielle Attraktivität vieler Professuren angesichts sinkender Besoldung, hoher Lehr- und Verwaltungsbelastung sowie damit faktisch sehr geringer Zeit für Forschung, massiv abgenommen hat.

Diese Situation der radikalen Ökonomisierung der Wissenschaft durch Inszenierung eines verschärften Wettbewerbs, mithin der »akademische Kapitalismus« (Münch 2011), verdankt sich nicht dem Wirken einer unglückseligen unsichtbaren Hand, sondern wissenschaftspolitischer Steuerung, die alles auf die Etablierung von konkurrenzvermittelten Marktmechanismen als Motor der Wissenschaft setzte. Folgenreich, auch und gerade für die Beschäftigten ist, dass ein solcher Markt nur ein »Quasi-Markt« ist. Es gibt im Grunde nur einen Abnehmer (den Staat) und zugleich ein von eben diesem künstlich geschaffenes Überangebot an Verkäufer_innen in diesem Marktsegment (Münch 2011: 17; Rogge 2015b). Die Überlagerung dieses problematischen Stellenmarktes mit der hierzulande unklar geregelten Qualifikationsbetreuung führt zu einer gewissen Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen. Denn die Probleme des akademischen Kapitalismus, also des verschärften Wettbewerbsmodells, überlagern sich hinsichtlich der Qualifikationsverläufe mit dem alten, durch personalisierte Abhängigkeit geprägten Patronagemodell der wissenschaftlichen Karriere (Münch, Beyer, Massih-Tehrani 2016), welches man wohl eher einem akademischen Feudalismus zurechnen müsste (Bérubé, Ruth 2015: 116). Das äußert sich beispielsweise in der Befürchtung, »Doktoreltern« oder wichtigen Fachvertreter_innen durch eigenständige Positionen oder berufspolitisches Engagement zu missfallen. Die Folgen dieser Doppelbelastung, insbesondere die Belastungen für den Mittelbau, sind immens.

2.2 Folgen für die Wissenschaft(ler_innen)

An den Hochschulen zeigt sich die Transformation im Wandel des Selbstverständnisses und im Umbau der Organisationsstrukturen zur »unternehmerischen Universität« (Münch 2009; Münch 2011: 68 ff.). In dieser wird die wissenschaftsimmanente Steuerung (Kritik) durch Ansätze verdrängt, die sich am *New Public Management* orientieren. Die unternehmerische Universität ist vor allem am Erreichen und Überbieten nicht-inhaltlicher Kennziffern interessiert (im Blick auf Studierende, Drittmittel, Patente, Preise, Publikationen usw.), die eine »Herrschaft der Zahlen« (Münch 2011: 13) etablieren. Wichtiger als Erkenntnis ist – im globalen Wettbewerb der Universitäten und außeruniversitären Forschungseinrichtungen wie auch auf Ebene des global konkurrierenden Personals – der objektivierbare numerische Erfolg im Audit, der permanenten statistischen Qualitätssicherung (»Audit-Universität«; Münch 2011: 94 ff.). Diese Situation etabliert Tempo-

ralstrukturen, die mit wissenschaftsinhärenter Argumentation nicht begründbar sind, stattdessen auf schnelle, planbare und überschaubare Resultate hin orientieren. Die paradoxen Auswüchse dieser Entwicklungen kommen deutlich in der dadurch notwendig gewordenen und weiter wachsenden Simulation wissenschaftlicher Tätigkeit durch bloße Geschäftigkeit (die aber quantitativ objektivierbare Resultate zeitigt) zum Ausdruck.¹⁰ Zuge-spitzt verdeutlicht sich dieses Paradox in der bei Wissenschaftsförderern in den vergangenen Jahren aufgekommenen und bei Wissenschaftler_innen beliebten (weil in der Regel gut dotierten und mit großen Freiheitsgraden versehenen) Förderkategorie »risikoreiche Forschung«. Während einigen wenigen das Privileg zuteilwird, in den gut dotierten und begehrten Förderlinien eine große forschersische Freiheit zu genießen und Risiken einzugehen, muss die »Normalwissenschaft« genau das ausschließen. Sie muss, da streng projektförmig organisiert, berechenbar und vorhersagbar sein und läuft damit Gefahr, geistig eng und streng instrumentell ausgerichtet an den Bedarfen der Geldgeber, nur in ausgetretenen Pfaden zu wandeln.

Wissenschaft als Beruf wird in dieser Transformation immer mehr zu einer harten Auseinandersetzung auf einem eng umkämpften Terrain, zum »Karrierejob«, in dem Stressresistenz und letztlich der Nachweis quantifizierbarer, äußerlicher Erfolgsindikatoren mehr zählt als die Suche nach Wahrheit (Rogge 2015a). Für den Karriereerfolg (also die Berufung auf eine Professur) ist die Durchsetzung des »Impact-Faktor-Fetischismus« (Fleck 2013) besonders folgenreich. Da die Anzahl der im *Social Sciences Citation Index* gelisteten Publikationen mittlerweile, beispielsweise in der Soziologie, den höchsten Prädiktor für Berufungen darstellt (Jungbauer-Gans, Gross 2013; Lutter, Schröder 2014), richtet sich die »CV-Arbeit« an diesen Erfordernissen aus. Die Wissenschaftler_innen ähneln in vielerlei Hinsicht Solo-Selbständigen; ihre Subjektivität ist die von Selbstunternehmer_innen (Bröckling 2007). Sie setzen auf »individuelle Optimierungsstrategien« (Fleck 2013: 616), die sich allerdings praktisch als wenig individuell oder originell erweisen, wie die Orientierung an besonders hoch gelisteten Publikationsorganen und das Verfolgen einer kaskadischen Einreichungspraxis (Rogge 2015a: 209 f.). Der immense Publikationsdruck trägt zum weiteren Aufblühen des akademischen Zeitschriftenmarktes bei, dessen Produkte

10 So muss immer mehr Zeit für die Entwicklung von Anträgen, deren Anpassung an Ausschreibungen und wissenschaftsfremde Formalkriterien (beispielsweise Anzahl zu beteiligender Länder) aufgewendet werden. Diese werden dann teilweise noch von Beratungsfirmen optimiert.

mehrheitlich weder gelesen¹¹ noch zitiert werden. Ziel ist für viele der Verbleib in einem System, das sie ausgebildet, weitergebildet, promoviert, habilitiert, zu Wissenschaftler_innen *par excellence* gemacht hat, allerdings nur auf Zeit und um – äußerst spät – die meisten doch wieder auszuschließen.¹² Betroffen davon sind vor allem diejenigen, die nicht auf exzellente Unterstützungsnetzwerke in der Hochschule und im privaten Bereich setzen können. Denn »die Verschärfung des Wettbewerbs und die künstliche Inszenierung von Markteffekten [führt] nicht zu mehr Effizienz, sondern zu einem Bedeutungsgewinn sozialer Faktoren im Ausleseprozess« (Rogge 2015b: 703).

3. Handlungshindernisse und Handlungsansätze im Mittelbau

3.1 Konfliktfähigkeit und Anspruchsniveaus – Herausforderungen in der Organisation des wissenschaftlichen Prekariats

Die beschriebene Situation ist also wissenschaftsfeindlich, da sie die akademische Freiheit und die wissenschaftliche Rationalität durch einen Fassadenwettbewerb um das Erreichen von Kennziffern ersetzt (Münch 2011; Demirović 2015); sie ist beschäftigtenfeindlich, weil sie inakzeptablen Fle-

11 Ein Paradebeispiel für diese Praxis (hier allerdings mit dem Fokus auf die Anbieterseite akademischer Periodika) gibt der jüngste Wissenschaftshoax ab. Eine anonyme Gruppe kritischer Forscher_innen, die insbesondere die Totalitarismusforschung und aus ihrer Sicht ebenso problematische, antihumanistische Tendenzen in den *Human-Animal Studies* skandalisieren wollte, hat eine Doktorandin und deren Promotionsprojekt komplett inszeniert sowie einen zugehörigen Vortrag und eine Publikation frei erfunden (Schulte 2015; Schulte und Freund_innen 2016). Die trotzdem ernstgenommene Satire über den »deutsch-deutschen Schäferhund«, die vorgebliche Abstammung der DDR-Grenzhunde von KZ-Wachhunden und den ersten Mauertoten »Rex« [|] zeigte mit Bezug auf Phantasiaquellen und -archive (»Rasse- und Zuchtarchiv Umpferstedt«), wie leicht politisch passende Tendenzliteratur wissenschaftliche Qualitätskriterien obsolet machen kann. Der Aufsatz wurde in der Zeitschrift »Totalitarismus und Demokratie« des irreführender Weise nach Hannah Arendt benannten Dresdner Instituts, betreut von Herausgeber Uwe Backes, publiziert, was in den sozialen Netzwerken für viel Häme und bei einigen Beteiligten für auffallend lautes Schweigen gesorgt hat. Unabhängig von der Unachtsamkeit (Unredlichkeit?) der durch den Fall Düpierten, macht er auch deutlich, welche Auswirkungen der stumme Zwang des *Publish or Perish* haben kann und wie leicht das Peer-Review-Verfahren in solchen Situationen zum Papiertiger werden kann.

12 Dies analysierte Max Weber in seinem berühmten Vortrag von 1919 schon damals als den »Hazard« in der »Wissenschaft als Beruf« (Weber 2002).

xibilisierungsdruck und hochgradig prekäre Beschäftigungsperspektiven zur Grundlage des Funktionierens der deutschen Wissenschaft macht.¹³ Und sie ist ein Problem für die Handlungsfähigkeit der betroffenen Bildungs- und Wissensarbeiter_innen und damit für den akademischen Mittelbau, das beim Organisieren dieser Interessen Berücksichtigung finden muss. Dieses Problem besteht in der äußerst geringen Konfliktfähigkeit¹⁴ der Beschäftigten, die sowohl in der strukturellen Situation als auch in den Subjektivitäten, die diese produziert, begründet liegt.

Die wohl wichtigste strukturelle Bremse für den Aufbau von Gegenmacht auf Seiten der Beschäftigten ist ihre prekäre Mobilität. Kurzzeitverträge an stetig wechselnden Einrichtungen in Verbindung mit der häufigen Doppelbelastung von Job und eigener Qualifikationsarbeit erschweren effektiv die Mitarbeit in Gremien der akademischen Selbstverwaltung, in Mittelbauinitiativen oder Betriebsräten. Diejenigen, die sich doch engagieren, sind auch durch ihr geringeres symbolisches Kapital in den entsprechenden Einrichtungen benachteiligt: Kurzzaufenthalte implizieren starke Wissensasymmetrien zuungunsten der Prekär-Mobilen und schwächer ausgeprägte Beziehungsnetzwerke. Die Strukturfaktoren stabilisieren zudem Abhängigkeiten, insbesondere von den mächtigen Lehrstuhlinhaber_innen und anderen Vorgesetzten, die nicht nur über Beschäftigungsmöglichkeiten, sondern häufig auch über Qualifikationsarbeiten befinden. Selbst gute und kollegiale Beziehungen an Instituten sind, wo gegeben, zumindest ambivalent, da sie konflikthafte Auseinandersetzungen (Streik usw.) erschweren.

Dies verbindet sich mit »passenden« Subjektivitäten, die teilweise noch stark von der *illusio* innerer akademischer Freiheit und dem merkwürdig »interesselosen Interesse« (Bourdieu 1998: 27), mithin dem Ideal von Wissenschaft als Berufung oder »innerem Beruf« geprägt sind, welcher im »wilden Hazard« des Gelehrtenlebens unendliche Hingabe zur Sache ebenso fordert wie hohe Leidenschaft hinsichtlich ihrer materiellen Bedingungen (Weber 2002: 481, 477). Die hohe intrinsische Motivation, eine erfüllende und sinnvolle Tätigkeit auszuüben, wird durch die Vielzahl von

13 Mit Bezugnahme auf die allgemeine Prekarisierungsliteratur charakterisiert Neis die ungünstige Kombination von Flexibilisierung und verstärkter Ausbeutung auch an den Universitäten als »Flexexploitation« (Neis 2009: 86).

14 Unter Konfliktfähigkeit wird hier keine psychische Konstitution oder Charaktereigenschaft im Sinne von Konfliktlösungs- und Verarbeitungskompetenz verstanden, sondern die tatsächliche Chance, in Auseinandersetzungen eigene Forderungen mit Nachdruck zu vertreten, insbesondere durch die Möglichkeit, Interessen anderer wirksam zu tangieren (beispielsweise durch Unterbrechung von Abläufen, Streik u.ä.).

Ausschreibungen von Stipendien, Kollegs, Förderprogrammen und Preisen immer wieder in die Illusion transformiert, dass sie gleichzeitig einen Karriereweg darstellt. Diese vage Aussicht sowie der Arbeit und Leben völlig entgrenzende Lebensstil, der zu ihrer Realisierung vonnöten ist, zugleich aber durchaus hohe Freiheitsgewinne beinhaltet, lassen die Wissenschaftler_innen einiges ertragen. Sie laufen, so Neis (2009), wie der Esel vor dem Wagen »immer der Karotte nach«. Auch das große Ziel der Akkumulation *relativer* Reputation fördert eher Individualisierungstendenzen. Der organisierte Einspruch, gemessen am gewerkschaftlichen Organisationsgrad, ist entsprechend gering.¹⁵ Und vor allem: Die Freude über jede Verlängerung, jeden Anschluss und jede Übergangsfinanzierung erscheint angesichts der allgemeinen Lage als jeweils so rosige Option, dass sie begeistert auf- bzw. hingenommen wird. Auch unbezahlte Lehraufträge sind keine Seltenheit. Egal ob Wissenschaftler_innen auf fatalistische Hinnahme, auf Exit oder auf Ellenbogenkarrierismus setzen (Rogge 2015b: 696 ff.) – nichts davon stärkt die kollektive Handlungs- und Konfliktfähigkeit, ebenso wenig wie die personalisierten Abhängigkeiten angesichts der Persistenz feudaler Patronagestrukturen.

Die Position des Mittelbaus im »akademischen neofeudalen Kapitalismus«¹⁶ und seine (begrenzte) Handlungsmacht bedingen einander also gegenseitig. Eine zentrale Aufgabe im *Organizing* und der Interessenvertretung für prekäre Bildungsarbeiter_innen besteht dementsprechend in der Stärkung der Handlungsfähigkeit, auch hier wiederum auf struktureller¹⁷ und subjektiver Ebene. Insbesondere die weit verbreitete Bereitschaft, diese Situation trotz starker Unzufriedenheit auszuhalten, mithin das geringe An-

15 Obwohl genaue Zahlen fehlen, liegt er nach mündlicher Auskunft der GEW jedenfalls deutlich unterhalb anderer Bildungsberufe und auch unterhalb der sogenannten »sonstigen Beschäftigten« an den Hochschulen.

16 Münch nennt es neuerdings das »feudal-wettbewerbliche Regime« (Münch, Beyer, Massih-Tehrani 2015).

17 Strukturen der Hochschulpolitik versuchen beispielsweise die Bildungsgewerkschaften GEW und ver.di zu beeinflussen. Sie entwickeln konkrete Gesetzesvorlagen oder Handlungsanweisungen, wie Selbstverpflichtungen der Wissenschaft aussehen können. Sie versuchen durch lokales *Organizing* und konkrete Arbeitskämpfe örtliche Erfolge zu erzielen und Mitglieder zu gewinnen. Die größte Öffentlichkeit dieser Initiativen hat das von der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft initiierte Templiner Manifest erreicht, aus welchem der Herrschinger Kodex als Leitfaden für Gute Arbeit an Hochschulen und Forschungseinrichtungen hervorgegangen ist (GEW 2010; 2012). Beide Dokumente sind zentrale Referenzpunkte der hier skizzierten aktuellen Auseinandersetzungen.

spruchsniveau der wissenschaftlichen Beschäftigten hinsichtlich basaler Beschäftigungsstandards, erweist sich als Mobilisierungshemmnis.¹⁸ Zugleich steht man vor der eingangs erwähnten Situation, dass es ja nicht an grundlegender öffentlicher Zustimmung zur Problemdiagnose »Prekäre Wissenschaftskarrieren« mangelt (was zunächst eine förderliche Gelegenheitsstruktur für Mobilisierung darstellt), sondern vor allem an verfügbaren Machthebeln, die entsprechende Änderungen umsetzbar erscheinen lassen.

Eine entscheidende Entwicklung der jüngeren Vergangenheit ist, dass sich trotz dieser ungünstigen Voraussetzungen an verschiedenen Hochschulen neue Mittelbauinitiativen gegründet haben. Diese arbeiten vor allem standortbezogen auf Mindeststandards für Beschäftigung hin, was an mehreren Forschungseinrichtungen die Einführung von Selbstverpflichtungen zur Folge hatte.¹⁹ Zugleich ermöglichen sie über Erfahrungsaustausch, Solidarisierung, Diskussion und Aktion die Herausbildung einer gemeinsamen Mittelbau-Identität, eine wichtige symbolische Voraussetzung für die Gewinnung von Konfliktmacht. Die verschiedenen Initiativen sind bisher aber – auch dies strukturbedingt – über die jeweiligen Hochschulen hinaus kaum vernetzt. Ein anderer Ansatz, wenn man so will ein anderer *kleiner* Machthebel, wird derzeit von Initiativen innerhalb der wissenschaftlichen Fachgesellschaften vorangetrieben. Die Fachgesellschaften unterscheiden sich sehr stark in der Frage, ob und wie sie Fragen von Beschäftigung thematisieren und den Mittelbau repräsentieren. Manche Fachgesellschaften folgen noch sehr stark einem elitären Honoratiorenideal. Sie nehmen Mitglieder nur mit Nachweis einschlägiger fachlicher Aktivitäten und ausschließlich auf Empfehlung der bisherigen Mitglieder auf.²⁰ Andere haben sich für jüngere Kolleg_innen und sogar Studierende geöffnet, die Mitglieder werden und Ämter übernehmen können.²¹ Eine Initiative von Sozio-

18 Diese niedrigen Anspruchsniveaus finden sich in alternativen, selbstorganisierten Wissenschaftsstrukturen außerhalb der Universitäten institutionalisiert. Zugleich zeigen die Erfahrungen im *Organizing*, dass durchaus auch die Bereitschaft verbreitet ist, die prekären Bedingungen entweder als relativ privilegiert wahrzunehmen oder noch mehr zu prekarisieren, um so mehr Beschäftigte wenigstens etwas partizipieren zu lassen.

19 Selbstverständlich bleibt eine Selbstverpflichtung unterhalb dessen, was an Verbindlichkeit möglich ist. Aber als transformatorischer Schritt sind Selbstverpflichtungen von Relevanz, wenn sie nicht als bloße »Beruhigungspillen« fungieren, also Wandlungsprozesse nicht zum Erliegen bringen.

20 So die Deutsche Gesellschaft für Publizistik und Kommunikationswissenschaft DGPK, www.dgpuk.de/uber-die-dgpuk/satzung/, letzter Aufruf 28. Februar 2016.

21 So gibt es im erweiterten Vorstand (Beirat) der Deutschen Vereinigung für politische Wissenschaft immer »Nachwuchsvertreter_innen«. Die Österreichische Gesellschaft für

log_innen innerhalb der DGS hat einige Aufmerksamkeit und Wirkungen in ihrem Fach und darüber hinaus entfaltet.²² Auf deren Ansatz, Erfolge und Probleme, welche die eingangs beschriebene Situation widerspiegeln, soll nun im Einzelnen eingegangen werden.

3.2 Die Initiative »Für Gute Arbeit in der Wissenschaft« in der Soziologie

Der Ansatz der Initiative, die Soziolog_innen in unterschiedlichen Positionen umfasst (Promovierende, Postdocs, Juniorprofessor_innen, freiberuflich Forschende, außerakademisch Tätige), lässt sich als Versuch der Politisierung und »Indienstnahme« der Fachgesellschaft beschreiben (Amelung, Edinger, Rogge et al. 2015; Amelung, Edinger, Keil et al. 2015). Sie ist eines der möglichen Foren für eine Politisierung der Auseinandersetzungen über Beschäftigung in der Wissenschaft, das bisher in dieser Sache nicht in Erscheinung getreten ist. Somit handelt es sich um einen Versuch, eine Arena zu finden, in der angesichts der Abschottung der struktursetzenden Bundes- und Landespolitik Zwischenschritte zur Verbesserung der Lage des Mittelbaus erreicht werden könnten.

Im Rollenverständnis der DGS, das stark vom Verständnis inhaltlicher »Treuhänderschaft« (Münch 2011: 44 ff.) der Fachgesellschaften für das jeweilige Fachwissen geprägt ist und sich insofern von Berufsverbänden mit deutlicher professionspraktischen Zielstellungen unterscheidet, gab es bisher wenig Aufmerksamkeit für die Beschäftigungsseite der Soziologie. Aus zwei Gründen liegt es jedoch nahe, dass die DGS sich mit dieser Thematik befasst. Zunächst einmal sind alle ihre Mitglieder in allen Statusgruppen von den skizzierten Entwicklungen betroffen, besonders jedoch der die Mehrheit der Mitgliedschaft stellende Mittelbau (was allerdings für verschiedene Fachgesellschaften gilt). Zugleich fallen die beschriebene Situation, ihre strukturellen Hintergründe in der neoliberalen Transformation des Kapitalismus und die Auswirkungen auf die Wissensproduktion auch in den genuinen Bereich ihrer Expertise.

Soziologie hat sogar zwei studentische Vorstandmitglieder. Die Deutsche Gesellschaft für Soziologie hat zwar studentische Mitglieder und außer dem Mitgliedsbeitrag keine formellen Zugangsbarrieren, allerdings bisher ausschließlich professoral besetzte Gremien (Vorstand und Konzil).

²² <https://prekaereswissen.wordpress.com/soziologie-ini-fur-gute-arbeit-in-der-wissenschaft/>, letzter Aufruf 28. Februar 2016.

Die Initiative, gegründet von Soziolog_innen aus Berlin, aber später um Mitstreitende in andere Städte des deutschsprachigen Raumes erweitert, wandte sich zunächst in einem offenen Brief an die eigene Fachgesellschaft. Darin wird das Grundanliegen wie folgt formuliert:

»Die massiven gesellschaftlichen Umwälzungsprozesse der letzten Jahrzehnte haben weder vor der Wissenschaft im Allgemeinen noch vor der Soziologie im Besonderen Halt gemacht. Deregulierung, Aktivierung und Wettbewerbsorientierung haben hoch problematische Entwicklungen nach sich gezogen, nicht zuletzt eine zunehmende Prekarisierung von Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen.

Wir, eine status- und generationenübergreifende Gruppe wissenschaftlicher Mitarbeiter/innen, fordern mit diesem offenen Brief die Deutsche Gesellschaft für Soziologie und ihre Mitglieder auf, sich aktiv und kritisch mit diesen Entwicklungen auseinanderzusetzen und sich zukünftig für gute Arbeits- und Beschäftigungsverhältnisse ebenso einzusetzen wie für die bereits bestehenden wissenschaftlichen und forschungsethischen Standards. Wir fordern dazu auf, einerseits bestehende Handlungsspielräume zu nutzen, und sich andererseits langfristig für die Verbesserung von Beschäftigungsverhältnissen hochschulpolitisch konsequent einzusetzen.

[...] Wir sind der Auffassung, dass Kooperation die grundlegende Bedingung für wissenschaftliches Arbeiten darstellt, nicht aber verschärfte Konkurrenzverhältnisse und berufliche Existenzangst. Ein ausreichendes Maß an Planbarkeit muss im Wissenschaftssystem gegeben sein, um den Zugang und Verbleib für alle engagierten Wissenschaftler/innen sicherzustellen und besonders verletzbaren Personengruppen gute Bedingungen einzuräumen und Benachteiligungen auszuräumen.«²³

Der Ansatz hatte neben seiner generellen Kritik an der Ökonomisierung der Bildung und dem verschärften Wettbewerbsdruck zwei strategische Stoßrichtungen. Es galt erstens, die strukturellen Entwicklungen zu reflektieren und zu kritisieren sowie dazu im Fach einen Diskussionsprozess in Gang zu setzen, der im besten Fall in alle Richtungen wirken soll (in die Politik, in das Fach, in die sozialwissenschaftlichen Institute, die Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen). Zum zweiten wurde auf bestehende Handlungsspielräume *innerhalb* existenter Strukturen verwiesen. Die Verfasser_innen benennen beispielsweise die konkreten Gestaltungsmöglichkeiten von Arbeitsverträgen durch Soziolog_innen als Vorgesetzte und deren Möglichkeit, diese unterschiedlich lang zu befristen und (nicht) zu stückeln. Um auf dieser Ebene wenigsten kleine Erfolge hinsichtlich einer besseren Praxis zu erreichen, schlug die Initiative vor, Mini-

23 www.openpetition.de/petition/online/fuer-gute-arbeit-in-der-wissenschaft, letzter Aufruf 28. Februar 2016.

malstandards Guter Arbeit²⁴ in den Ethikkodex der Fachgesellschaft aufzunehmen (der zugleich für den »Berufsverband Deutscher Soziologinnen und Soziologen« gilt). Als weitere Forderung, die auch als Weg zum Erreichen der anderen zu verstehen ist, fordert die Initiative eine bessere Repräsentation des akademischen Mittelbaus und der studentischen Mitglieder in den DGS-Gremien, um deren Problemsichten organisationsstrukturell besser zu verankern.

Nach fast zwei Jahren lässt sich aus Sicht der Initiative vorsichtig ein positives Zwischenfazit der Arbeit ziehen. Den offenen Brief haben 2.751 Personen unterzeichnet. Er wurde zugleich beispielgebend für Initiativen anderer Fachgesellschaften.²⁵ Mitglieder der Initiative haben das Anliegen unter anderem auf der Mitgliederversammlung der DGS, auf einer Sonderveranstaltung beim DGS-Kongress in Trier 2014 und bei einer von ihr in Zusammenarbeit mit der DGS und verschiedenen DGS-Sektionen organisierten Tagung zum Thema »Soziologie als Beruf« 2016 vorgestellt. Überall haben sie plebiszitäre Unterstützung erfahren: Beifall, unterstützende Worte und kaum grundlegenden Widerspruch. Die Initiative hat ihre Forderungen und den Fortgang des Diskussionsprozesses in Fachzeitschriften vorgestellt, sie wurde vom Fachportal *Soziopolis* interviewt und zum »Projekt des Monats« gekürt. Darüber hinaus gab es massenmediale Berichterstattung. Die DGS hat als Reaktion den Ausschuss »Mittelbau in der DGS/Beschäftigungsbedingungen in der Wissenschaft« eingerichtet (zusammengesetzt aus Vorstandsmitgliedern und Mittelbauvertreter_innen), der über die Forderungen und Umsetzungsmöglichkeiten diskutiert und konkrete Vorschläge erarbeitet hat. Es gibt mittlerweile einen Entwurf für einen erweiterten Ethikkodex, in den unter anderem Qualifizierungsvereinbarungen und ausreichende Zeit für Qualifikation aufgenommen wurden. Vor allem aber hat die DGS als Fachgesellschaft nach Vorbereitung im Ausschuss eine Erklärung veröffentlicht, die im Grundtenor der Analyse des offenen Briefes folgt (DGS 2016). Auch der im offenen Brief schon deutlich

24 Zu den leicht direkt umsetzbaren Anliegen zählt beispielsweise die Bindung von Arbeitsverträgen an die Projektlaufzeit bei Drittmittelstellen oder an die tatsächlich benötigte Zeit für die Promotion/Habilitation bei Qualifikationsstellen, die Bevorzugung voller Stellen, der Verzicht auf Lehraufträge, insbesondere unbezahlte, zur Sicherstellung regulärer Lehre. Im Bereich der Qualifikation, die eng mit der Stellensituation zusammenhängt, gehört dazu die Sicherstellung von Betreuung und die Gewährung von ausreichend Zeit für die Qualifikation (zum Beispiel durch eine verbindliche und realistische Betreuungsvereinbarung).

25 Siehe Kapitel 3.3.

gewordene Konnex zwischen der Beschäftigungsprekarität und der soziologischen Wissensproduktion wird in der Stellungnahme aufgegriffen.

Zugleich widmete sich diesem Thema eine vom Ausschuss initiierte Tagung mit dem Titel »Soziologie als Beruf«.²⁶ Hierbei zeigte sich allerdings, dass es zwar viele Einschätzungen (und Reformvorschläge) zur Hochschulpolitik und zur Beschäftigungsentwicklung gibt, aber Forschung zu deren epistemologischen Folgen, also zu den Auswirkungen der analysierten Transformationen auf das soziologische Wissen, fast nicht vorhanden sind.

Auch das Wahlprozedere der Fachgesellschaft soll überarbeitet werden. Bei den letzten Wahlen zum Konzil wurden ad hoc auch drei Mittelbauvertreter_innen nominiert. Diese konnten sich allerdings nicht durchsetzen, was wenig überrascht, da sie kaum bekannt waren und nicht explizit als Mittelbauvertreter_innen ausgewiesen wurden. Doch genau das ist Ziel der Initiative: Eine feste Quote für den Mittelbau in den Gremien und eine Kenntlichmachung der Statusgruppe, aus der man kommt und für deren Interessen oder Problemsichten man antritt, in den Wahlunterlagen.

Man sollte sich jedoch von dieser (fragilen) Erfolgsbilanz nicht täuschen lassen. Die öffentliche Unterstützung konnte nicht ganz überdecken, dass es durchaus auch Widerstände gab und gibt, die sich eher informell artikulierten. Teile der Professor_innenschaft würden wohl lieber am Honorationenmodell einer Fachgesellschaft festhalten. Auch waren die Zusammenarbeit und vor allem das Zusammenkommen auf Augenhöhe nicht immer ganz unkompliziert. Und während, wie als Grundproblem eingangs beschrieben, in der generellen Problemdiagnose hinsichtlich der Beschäftigungssituation des Mittelbaus durchaus eine gewisse Einmütigkeit besteht, ist insbesondere der Aspekt individueller Verantwortung hoch umstritten. Sich mit konkreten Optionsbescheidungen persönlich in die Pflicht nehmen zu lassen, behagt einigen Professor_innen nicht. Dies ist jedoch einer der wichtigen Hebel im Ansatz der Initiative. Denn die konkrete Erfahrung gesteigerter Verlässlichkeit ist die Basis für Forderungen nach mehr und vor allem für die Ausbreitung des Glaubens an die Realisierbarkeit von mehr in einem insgesamt eher antiutopisch eingestellten Feld. Das Ziel, Anspruchsniveaus zu erhöhen, wird über erlebte Einlösung von Ansprüchen erreicht.

26 Vgl. den Tagungsbericht von Eva-Christina Edinger, veröffentlicht am 28. April 2016 auf *Soziopolis*, www.sozipolis.de/vernetzen/veranstaltungsberichte, letzter Aufruf 19. Juli 2016.

In Zukunft muss sich auch noch beweisen, welche programmatischen Effekte oder sogar konkreten Steuerungswirkungen die umgesetzten Schritte zeitigen. Weder Wahlreform noch Ethikkodex-Erweiterung (die man sich durchaus auch noch weitgehender hätte vorstellen können) sind bisher umgesetzt. Sollte die Umsetzung erfolgen, ergeben sich Folgeprobleme. Dies betrifft zum einen die bewusste und umstrittene Fokussierung der Initiative auf die Ethikkodex-Reform. Es ist unklar, welche Verbindlichkeit von einem solchen nur mittelbar verpflichtenden Leitbild ausgehen kann und wie sich die Arbeit der Ethikkommission ändern wird, welche Sanktionen verfügbar sind und ob Verstöße überhaupt angezeigt werden oder doch die informellen Abhängigkeiten in der Wissenschaft über diesen formalen Weg siegen. Der zweite Problemkomplex betrifft die angestrebte, aber bisher nicht erprobte Gremienmitarbeit durch den Mittelbau in der Fachgesellschaft. Die Prekarität der Beschäftigung ist eingangs schon als gremienfeindlich analysiert worden; dies gilt selbstverständlich auch für die Gremien der Fachgesellschaften. Die Möglichkeiten, über längere Zeiträume verlässlich zu planen, sind so begrenzt.²⁷ Für diese Problematiken gibt es Lösungen, die im weiteren Reformprozess institutionalisiert werden müssen.

Denkbar sind für nicht-professorale Gremienmitglieder beispielsweise Rotations- oder Nachrückenmodelle, um so Arbeit und Engagement breiter zu verteilen. Für Vorstandstätigkeiten könnte man über Vorstandsmitglieder ohne gesonderten Zuständigkeitsbereich nachdenken, wenn durch demokratische Entscheidungsstrukturen sichergestellt wird, dass diese nicht zu Vorständen zweiter Klasse werden. Denkbar ist auch, dass für Sitzungen oder Ähnliches Aufwandsentschädigungen geleistet werden. Dies muss keine Regelleistung sein, sondern kann bedarfsorientiert entschieden werden. Es wäre auch keine Entwertung des Ehrenamts, sondern die Reflexion der sehr unterschiedlichen materiellen Voraussetzungen, Ehrenämter wahrnehmen zu können (wobei diese Art »Ehrenamt« ohnehin sehr starken beruflichen Charakter hat und nicht nur Aufwand, sondern auch Quelle symbolischer Gratifikationen ist).

27 Die Entwicklung des Aktivenstamms innerhalb der Initiative versinnbildlicht die aus der mobilen Prekarität resultierenden Fährnisse. Einige Mitglieder sind in der Zeit des Bestehens der Initiative arbeitslos geworden, haben die universitäre Forschung an den Nagel gehängt, sind in eine andere Stadt oder ins Ausland gezogen, sind berufen worden oder haben Phasen extremer Prekarität bzw. unvorhersehbarer Arbeitsbelastung durchgemacht, die kontinuierliches Engagement erschwerten.

3.3 Impulse und Initiativen über die Soziologie hinaus

Einer der größten Erfolge der Initiative neben oder wegen der medialen und fachinternen Resonanz ist sicherlich, dass ihr Beispiel in anderen Fachgesellschaften aufgegriffen wurde. Mittlerweile gibt es mehrere vergleichbare Initiativen, die sich teilweise explizit am Beispiel der Soziolog_innen orientieren.

Aus der Deutschen Vereinigung für politische Wissenschaft (DVPW), die schon länger in Sachen Mittelbau aktiv ist,²⁸ gab es einen ähnlichen offenen Brief unter explizitem Bezug auf die DGS-Initiative.²⁹ In der Petition, die für ein Wissenschaftsthema beeindruckende 14.000 Unterstützer_innen fand, wird für bessere Beschäftigungsbedingungen und planbare Perspektiven der Beschäftigten geworben. Adressat des Briefes ist vor allem die Politik, doch die Politikwissenschaftler_innen nehmen auch die Hochschulen und die Professor_innenschaft in die Pflicht und betonen deren Gestaltungsmöglichkeiten.

Diese beiden Adressatenebenen, Öffentlichkeit/Politik und wissenschaftsinterne Akteure, werden auch in einer Initiative von Erziehungswissenschaftler_innen fokussiert,³⁰ die zunächst weniger Resonanz erfuhr (etwa 600 Unterzeichnende der Petition), aber in der Erziehungswissenschaft mit zur Etablierung der Debatte beitrug. Auf dem Kongress der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft (DGfE) gab es in der Folge ein Vernetzungstreffen von und für »WissenschaftlerInnen in Qualifikationsphasen«. Parallel zu der Petition entstanden Pläne für einen Workshop auf dem DGfE-Kongress – nachträglich zu einem prominent platzierten Symposium aufgewertet – zum Thema »Kein Raum, keine Zeit? Aktuelle Politiken des akademischen Mittelbaus als Bezugspunkt erziehungswissenschaftlicher Reflexionen«. Netzwerktreffen wie Symposium waren überlaufen. Doch mit ihren Erwartungen an die Fachgesellschaft waren die DGfE-Qualifikand_innen nicht so erfolgreich. Ihre nur assoziierte Mitgliedschaft (bis zum Erringen des Dokortitels) beispielsweise bleibt weiter erhalten. Allerdings wurde auf ihre Initiative hin eine Kommission zur Befassung mit den Beschäftigungsbedingungen und zur Erarbeitung eines Leitbilds für Gute Arbeit ins Leben gerufen.

28 www.dvpw.de/fileadmin/docs/Stellungnahme%20zur%20Nachwuchsf%F6rderung%20Oktober2010.pdf, letzter Aufruf 28. Februar 2016.

29 www.openpetition.de/petition/online/wissenschaft-als-beruf-fuer-bessere-beschaeftigungsbedingungen-und-planbare-perspektiven, letzter Aufruf 28. Februar 2016.

30 www.openpetition.de/petition/online/fuer-gute-arbeits-und-beschaeftigungsbedingungen-in-der-erziehungswissenschaft, letzter Aufruf 28. Februar 2016.

In der Gesellschaft für Medienwissenschaft (GfM) hat sich eine zur DGS gleichnamige Initiative (»Für Gute Arbeit in der Wissenschaft«) gebildet, »deren Ziel es ist, innerhalb der GfM [...] eine Diskussion über die herrschenden Arbeitsbedingungen befristet angestellter Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler anzustoßen«³¹ und sich politisch bei Bundes- und Landesregierungen für Verbesserungen für die Beschäftigten einzusetzen. Die Mitgliederversammlung der GfM hat eine von der Initiative entworfene Resolution verabschiedet, die unter anderem einen massiven Ausbau von Laufbahnstellen und Dauerstellen für Daueraufgaben fordert.³² Die aus der Initiative hervorgegangene Kommission beim Vorstand führt 2016 in allen GfM-Gliederungen einen Diskussionsprozess, dessen Ziel die Verankerung eines Kodex für Gute Arbeit an medienwissenschaftlichen Instituten ist.

In der Germanistik fungiert die Zeitschrift *undercurrents*³³ einerseits als Forum für die textförmige Auseinandersetzung mit den Beschäftigungsverhältnissen als Teil der Produktionsbedingungen von Wissenschaft. Mit einem regelmäßigen »Jour Fixe zu prekären Arbeitsverhältnissen in der Literaturwissenschaft« schafft man andererseits einen Raum für Diskussion und Aktion.³⁴ Auch diese Initiative bereitet Interventionen in die Fachgesellschaft vor, die mit einer Podiumsdiskussion auf dem sogenannten *Germanistentag* im Herbst 2016 (»Wie wollen wir arbeiten? Germanistik zwischen Prekariat und Exzellenz«) in Bayreuth ein größeres Forum finden sollen.

Um einen Eindruck von dem weiteren Feld zu vermitteln, in dem sich derzeit Bewegung gegen die Prekarität in der Wissens- und Bildungsarbeit entfaltet, sollen weitere exemplarische Akteure und ihr Aktivitätsspektrum abschließend zumindest noch kurz Erwähnung finden. Schon seit 2012 organisieren sich Honorarlehrkräfte in der Bundeskonferenz der Sprachlehrbeauftragten (BKSL), die unter anderem darauf aufmerksam macht, dass Lehrbeauftragte, obwohl sie einen großen Teil des universitären Fremdsprachenunterrichts sicherstellen, deutlich schlechter gestellt sind als ihre hauptamtlichen Kolleg_innen, die inhaltlich die gleiche Arbeit leisten. Mit gewerkschaftlicher Unterstützung organisierte die BKSL 2014 einen bun-

31 www.gfmedienwissenschaft.de/gfm/start/index.php?TID=1762, letzter Aufruf 28. Februar 2016.

32 www.gfmedienwissenschaft.de/webcontent/files/GfM_-_Resolution_Gute_Arbeit.pdf, letzter Aufruf 28. Februar 2016.

33 <http://undercurrentsforum.com/>, letzter Aufruf 28. Februar 2016.

34 <http://undercurrentsforum.com/category/action/>, letzter Aufruf 28. Februar 2016.

desweiten Aktionstag und 2015 eine Aktionswoche der Lehrbeauftragten. An vielen Hochschulen bilden sich derzeit auch wieder neue Mittelbauinitiativen, die auf Ebene ihrer Einrichtung streiten. Auf Facebook gibt es erfolgreiche Gruppen wie »25% akademische Juniorpositionen«,³⁵ die sich für die Erweiterung des Karriere-Flaschenhalses engagieren. Es gibt auch Initiativen von Privatdozent_innen, die mit Lobbying bei Bildungspolitik_r_innen auf ihre Lage aufmerksam machen.³⁶ Eine Gruppe von Wissenschaftler_innen fordert im »Marbacher Manifest«,³⁷ bei den aktuellen wissenschaftspolitischen Weichenstellungen, Quotierungen gegen die Geschlechterungleichheiten. Gleich mehrere Initiativen (eine in Hamburg und eine bundesweit) fordern ein Ende der Exzellenzinitiative und ihrer bildungspolitischen Umverteilung von unten nach oben.³⁸ Konferenzen und Workshops mit Titeln wie »ReClaim University«, »Akademischer Frühling« oder – eine besonders prägnante Zuspitzung – »Die Verschrottung des Nachwuchses und die Zukunft der Wissenschaft«³⁹ bringen immer wieder Interessierte und Wütende zusammen und konstituieren aktivistische Netzwerke. Vor allem aber gab es weitere fachungebundene Petitionen, besonders erwähnenswert die breite Aufmerksamkeit erzielende Petition an die Bildungsministerin »Perspektive statt Befristung«.⁴⁰

Von besonderem Interesse ist das Netzwerk »Prekäres Wissen« (ein Kooperationspartner der DGS-Initiative), weil es als einzige der kleineren Initiativen seine Anstrengungen auf einen *sektorübergreifenden* Austausch unter Wissens- und Bildungsarbeiter_innen lenkt, der sich nicht um Statusgruppen oder organisationale Zugehörigkeiten schert, sondern nach handhabbaren Wegen sucht, die schwer Organisierbaren trotz ihrer teils widersprüchlichen Lagen übergreifend zusammen zu bringen. Die Aktiven des Netzwerkes arbeiten an Hochschulen ebenso wie an Volkshochschulen oder bei freien Trägern schulischer und außerschulischer Bildung. Die Verbindung zwischen diesen Gruppen und die Herstellung von Solidarisie-

35 www.facebook.com/akademischeJuniorposition/, letzter Aufruf 20. April 2016.

36 <https://privdoz.wordpress.com/>, letzter Aufruf 28. Februar 2016.

37 <https://marbachermanifest.wordpress.com/eine-seite/>, letzter Aufruf 20. April 2016.

38 Eine Gruppe von etwa 100 Wissenschaftler_innen formulierte »Argumente gegen die Exzellenzinitiative« und konnte weit über 2000 weitere Unterzeichner_innen gewinnen (<https://exzellenzkritik.wordpress.com/>, letzter Aufruf 19. Juli 2016).

39 Die Organisator_innen dieser Dresdner Tagung haben auch einen überaus lesenswerten Tagungsbericht verfasst (Heim, Weber, Wöhrle 2015).

40 www.openpetition.de/petition/online/perspektive-statt-befristung-fuer-mehr-feste-arbeitsplaetze-im-wissenschaftsbereich, letzter Aufruf 28. Februar 2016.

rungseffekten gelingt durch die Betonung – bei aller konkreten Differenz – von Gemeinsamkeiten *des Erlebens von Prekarisierung als Prozess*. Damit ist ein Deutungsmuster verfügbar, das auch die konkreten Einkommens- und Statusunterschiede transzendiert. Praktisch gelingt es unter anderem durch ein kollektiv betriebenes Weblog (das Austausch ohne räumliche Kopräsenz ermöglicht) und durch eher informelle Treffen in größeren Abständen, die mehrere Funktionen erfüllen: Neuigkeiten- und Erfahrungsaustausch, öffentliche Skandalisierung belastender Beschäftigungspraxen, gegenseitige Unterstützung und Bestärkung, kommunikative Reflexion der eigenen Rolle im System, inhaltliche wie strategische Diskussionen und die Möglichkeit »uns mal so richtig auszukotzen«.⁴¹ Niedrige Zugangsschwellen und begrenzte Verbindlichkeit werden hier als situationsadäquate Strategie begriffen, Funktionen von Bewegungsorganisationen (Herstellung von Solidarität, »Bewegungsgedächtnis«) sicherzustellen, ohne die Organisierungsfähigkeiten der Zielgruppe zu überfordern.

4. Wer und was genau ist hier eigentlich prekär?

Manchen der bis hierher getätigten und bewusst zugespitzten Darstellungen insbesondere in der Problemdiagnose könnte man Gleichmacherei vorwerfen. Denn trotz allgemeiner Tendenzen *der Prekarisierung* als Prozess kann die je konkret erfahrene *Prekarität* sehr unterschiedlich ausfallen. So sind Frauen ohnehin in leitenden akademischen Funktionen stark unterrepräsentiert. Beim gegenwärtigen Stand der Geschlechterbeziehungen ist anzunehmen, dass sie, aber auch andere weniger dominante Gruppen, unter Bedingungen der Beschäftigungsmisere gesondert benachteiligt werden. In der extremen Konkurrenz kann jeder kleine »Nachteil in der Ausstattung mit symbolischem, sozialem oder kulturellem Kapital für Ein- oder

41 <https://prekaereswissen.wordpress.com/uber-uns/>, letzter Aufruf 28. Februar 2016. Ein aufschlussreiches Projekt des Netzwerks aus der Kategorie *Naming and Shaming* ist eine vergleichende Sammlung von Bildungsarbeiter_innenhonoraren. Auf Basis konkreter Honorarverträge, die die Netzwerkmitglieder und ihr Umfeld gesammelt haben, wurden Honorarpraxen offengelegt. Die Tabelle zeigt die hohe Varianz der Vergütungspraxen und verdeutlicht vor allem, welche realen Stundenlöhne den vereinbarten gegenüberstehen, wenn man die oft unbezahlte Vorbereitungs-, Nachbereitungs-, Beratungs- und Prüfungszeiten mit einberechnet. Oft genug liegen sie weit unter dem Mindestlohn (Netzwerk »Prekäres Wissen 2016).

Ausschluss entscheidend sein: Geschlecht, Familie, Beziehungsnetzwerke, sozialer oder »ethnischer« Hintergrund. Hinsichtlich der Fächer sieht Rogge vor allem Geistes- und Sozialwissenschaftler_innen in der Spezialisierungsfalle (Rogge 2015b: 695), während manche Natur- und Ingenieurwissenschaftler_innen wegen des für sie günstigeren Arbeitsmarktes auch schon während der Promotion volle Stellen bekommen und dann als Postdocs noch größere außeruniversitäre Beschäftigungsoptionen haben. Diese Diversität und der Mangel an Kommunikationsräumen können sich zusätzlich zu den Statusgruppendifferenzen⁴² als Solidarisierungshemmnis erweisen.

Mit der besonderen Situation der Geistes- und Sozialwissenschaften hängt eine weitere Problemdimension zusammen: Ganz sicherlich bedroht ist im »akademischen Kapitalismus« die Kritik (Demirović 2015), die ihren Ort eher in diesen Fächern hat. Wenn alles sich der messbaren Zweckorientierung unterwirft, ist Muße nicht vorgesehen, ist zwangloser Austausch nur Ablenkung. Wenn Ausbildung die Bildung komplett verdrängt, wird Verwertbarkeit zum Mantra. Das bedeutet nicht, dass im Hochschulsystem kritische (im emphatischen Sinne) Forschung keinen Platz mehr hätte. Der flexibilisierte Kapitalismus war bislang in der Lage, noch jede Subkultur zu kommodifizieren (Fisahn 2009); auch radikale Kritik verkauft Bücher und muss entsprechend eher mit Vereinnahmung als mit Verfolgung rechnen. Es reicht ihre Verbannung in Nischen und ihr Verpuffen in Irrelevanz.

Es geht also tatsächlich noch um mehr als nur das Leiden an Beschäftigungsbedingungen. Doch die Frage nach der Möglichkeit von Kritik und der Art und Weise des Umgangs der Hochschule als Institution mit ihren Mitgliedern sind eng miteinander verwoben. Damit sich hier etwas grundlegend ändern kann, sind Anstrengungen nötig, die weit über die Möglichkeiten der dargestellten Initiativen hinausgehen. Diese zeigen aber Ansätze auf. Sie liegen in der Organisation gruppenübergreifender Solidarität, in der Politisierung neuer Arenen für diese Auseinandersetzung, in der Erhöhung des Organisationsgrades und damit der Konfliktfähigkeit der Beschäftigten und in der Wiederanhebung ihrer Anspruchsniveaus. Ihnen stehen Strukturmerkmale entgegen, die von personaler Abhängigkeit, verschärftem Wettbewerb, Subjektivierung, Vereinzelung und Wissenschafts-

⁴² Diese bestehen nicht nur zwischen Mittelbau und Lehrstuhlinhaber_innen. Dazu kommen Differenzen innerhalb der Mittelbaupersonalkategorien (LFBA, Qualifikationsstellen, Drittmittelstellen, akademische Räte) und auch institutionell besonders randständige Beschäftigtengruppen (Lehrbeauftragte, wissenschaftliche Hilfskräfte).

feindlichkeit geprägt sind. Allerdings zeigen die bisherigen Kämpfe und Debatten, dass zumindest kleine Handlungsspielräume und konkrete Konzepte für das Hier und Jetzt auch unter diesen Rahmenbedingungen bestehen. Dazu gehören neben den analysierten Fachgesellschaftsprozessen Selbstverpflichtungen von Universitäten für Beschäftigungsstandards oder lokale Enthierarchisierungs-Initiativen, Institute vom Lehrstuhlprinzip weg hin zu einer weniger feudalen Departmentstruktur zu entwickeln. Sie alle sind eine Voraussetzung, um letztlich deutlich mehr zu erreichen und dieses vor allem zunächst wieder *denkbar* erscheinen zu lassen.

Literatur

- Amelung, N., Edinger, E.-C., Keil, M., Rogge, J.-C., Sommer, M., Ullrich, P., Weber, T. 2015: Die Fachgesellschaften politisieren und mobilisieren! Ein Beispiel aus der Soziologie. *Forschungsjournal Soziale Bewegungen*, 28. Jg., Heft 3, 101–105.
- Amelung, N., Edinger, E.-C., Rogge, J.-C., Sommer, M., Ullrich, P., Weber, T. 2015: Für gute Arbeit in der Wissenschaft. *Soziologie*, 44. Jg., Heft 2, 226–230.
- Bérubé, M., Ruth, J. 2015: *The Humanities, Higher Education, and Academic Freedom. Three Necessary Arguments*. Basingstoke: Palgrave Macmillan.
- Bourdieu, P. 1998: *Vom Gebrauch der Wissenschaft. Für eine klinische Soziologie des wissenschaftlichen Feldes*. Édition discours 12. Konstanz: UVK.
- Bröckling, U. 2007: *Das unternehmerische Selbst. Soziologie einer Subjektivierungsform*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Brugger, P., Threin, M., Wolters, M. 2013: *Hochschulen auf einen Blick*. Ausgabe 2013. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.
- Demirović, A. 2015: *Wissenschaft oder Dummheit? Über die Zerstörung der Rationalität in den Bildungsinstitutionen*. Hamburg: VSA.
- DGS 2016: *Stellungnahme der DGS zu Beschäftigungsverhältnissen in der Wissenschaft*. *Soziologie*, 45. Jg., Heft 2, 188–191.
- Fisahn, A. 2009: *Überwachung und Repression. Logiken der Herrschaftssicherung*. In *Leipziger Kamera* (Hg.), *Kontrollverluste. Interventionen gegen Überwachung*. Münster: Unrast-Verlag, 40–54.
- Fleck, C. 2013: *Der Impact Faktor-Fetischismus*. *Leviathan*, 41. Jg., Heft 4, 611–646.
- GEW 2010: *Templiner Manifest. Traumjob Wissenschaft. Für eine Reform der Personalstruktur und Berufswegen in Hochschule und Forschung*. www.gew.de/wissenschaft/templiner-manifest/templiner-manifest-text/, letzter Aufruf 19. Juli 2016.
- GEW 2012: *Herrschinger Kodex. Gute Arbeit in der Wissenschaft. Ein Leitfaden für Hochschulen und Forschungseinrichtungen*. Frankfurt am Main: Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft.

- Heim, T., Weber, A., Wöhrle, P. 2015: Nachwuchs bis zum Tod im Traumjob Wissenschaft. Tagungsbericht. Dresden: Mittelbauinitiative Dresden. <http://mittelbau-dresden.de>, letzter Aufruf 19. Juli 2016.
- Internationale Expertenkommission zur Evaluation der Exzellenzinitiative 2016: Endbericht. www.gwk-bonn.de/fileadmin/Papers/Imboden-Bericht-2016.pdf, letzter Aufruf 19. Juli 2016.
- Jongmanns, G. 2011: Evaluation des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes (WissZeit-VG). Gesetzesevaluation im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung. Forum Hochschule 4. Hannover: HIS.
- Jungbauer-Gans, M., Gross, C. 2013: Determinants of Success in University Careers. Findings from the German Academic Labor Market. Zeitschrift für Soziologie, 42. Jg., Heft 1, 74–92.
- Konsortium Bundesbericht wissenschaftlicher Nachwuchs (Hg.) 2013: Bundesbericht wissenschaftlicher Nachwuchs 2013. Statistische Daten und Forschungsbefunde zu Promovierenden und Promovierten in Deutschland. Bielefeld: Bertelsmann.
- Krüger, H.-H., Helsper, W., Sackmann, R., Breidenstein, G., Bröckling, U., Kreckel, R., Mierendorff, J., Stock, M. 2012: Mechanismen der Elitebildung im deutschen Bildungssystem. Ausgangslage, Theoriediskurse, Forschungsstand. Zeitschrift für Erziehungswissenschaft, 15. Jg., Heft 2, 327–343.
- Lutter, M., Schröder, M. 2014: Who Becomes a Tenured Professor, and Why? Panel Data Evidence from German Sociology, 1980–2013. MPIfG Discussion Paper, 14/19. Köln: Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung.
- Münch, R. 2009: Unternehmen Universität. Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 45, 10–16.
- Münch, R. 2011: Akademischer Kapitalismus. Zur politischen Ökonomie der Hochschulreform. Berlin: Suhrkamp.
- Münch, R., Beyer, S., Massih-Tehrani, N. 2016: Soziologie als Beruf. Akademische Karrieren zwischen globalem Wettbewerb und nationalen Traditionen. Keynote auf der Tagung »Soziologie als Beruf. Wissenschaftliche Praxis in der soziologischen Reflexion«, Berlin, 26. Februar 2016.
- Neis, M. 2009: Immer der Karotte nach. Ist die Wissenschaft eine prekäre Profession? Zeitschrift für Nachwuchswissenschaftler, Heft 1, 84–89.
- Netzwerk »Prekäres Wissen« 2016: Honorare in der Bildungsarbeit und tatsächliche Stundenlöhne. Daten und Erläuterungen zur Honorartabelle des Netzwerks »Prekäres Wissen«. <https://prekaereswissen.files.wordpress.com>, letzter Aufruf 19. Juli 2016.
- Rogge, J.-C. 2015a: Soziale Bedingungen und Effekte der quantitativen Leistungsmessung. Soziale Welt, 66. Jg., Heft 2, 205–214.
- Rogge, J.-C. 2015b: The winner takes it all? Die Zukunftsperspektiven des wissenschaftlichen Mittelbaus auf dem akademischen Quasi-Markt. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 67. Jg., Heft 4, 685–707.

-
- Schulte, C., 2015: Der deutsch-deutsche Schäferhund – Ein Beitrag zur Gewaltgeschichte des Jahrhunderts der Extreme. *Totalitarismus und Demokratie*, 12. Jg., Heft 2, 319–334.
- Schulte, C. und Freund_innen. 2016: Kommissar Rex an der Mauer erschossen? Telepolis. www.heise.de/tp/druck/mb/artikel/47/47395/1.html, letzter Aufruf 19. Juli 2016.
- Weber, M. 2002: Wissenschaft als Beruf. In M. Weber, *Schriften 1894–1922*, herausgegeben von Dirk Kaesler. Stuttgart: Kröner, 474–511.

Kapital und Arbeit im akademischen Shareholder-Kapitalismus*

Fatale Allianzen auf dem deutschen Sonderweg zur wissenschaftlichen Exzellenz

Richard Münch

Bund und Länder werden also die Exzellenzinitiative zur Förderung der Spitzenforschung an den deutschen Universitäten mit einer »Exzellenzstrategie« fortsetzen. Schon das aus dem Management-Sprech entlehnte Vokabular lässt unmissverständlich erkennen, dass es mehr um Marketingerfolge als um den tatsächlichen wissenschaftlichen Fortschritt geht. Die von Politikern und Wissenschaftsfunktionären meist gebrauchte Formel der Lobpreisung dieses Programms ist ja ganz auf dieser Linie die medial inszenierte Erhöhung der internationalen Sichtbarkeit der Forschung in Deutschland. Wer etwas von dem Geldfluss von jährlich 533 Millionen € abbekommt, kann sich freuen und in den Lobgesang der Forschungspolitik einstimmen. Es scheint ja auf der Hand zu liegen, dass 533 Millionen € mehr auch um genau diesen Betrag mehr neue Erkenntnisse pro Jahr hervorbringen werden.

Wer will sich ob dieser Großzügigkeit der Politik beklagen? So einfach ist es allerdings nicht. Die Exzellenzinitiative ist nämlich Teil einer globalen Entwicklung, die man als Transformation des Wissenschafts- und Hochschulsystems in einen akademischen Shareholder-Kapitalismus deuten kann. Am weitesten ist diese Entwicklung in den USA vorangeschritten. Deutschland hinkt ihr etwa 20 Jahre hinterher. Da die USA eine hegemoniale Stellung im globalen Feld der Wissenschaft einnehmen, sehen sich alle anderen Regionen und Länder der Welt gezwungen, ihre eigenen System-

* *Anm. der Redaktion:* Leicht überarbeitete Version des Beitrags zum DGS-Blog vom Mai und Juni 2016 (<http://soziologie.de/blog/2016/>).

strukturen an das hegemoniale Modell anzugleichen, ohne dass dadurch eine Verbesserung der eigenen Leistungsfähigkeit und Stellung im globalen Feld garantiert ist. Es ist auch leicht möglich, dass nicht die Vorteile des globalen Modells mit den Vorteilen der eigenen Strukturen verbunden werden, sondern dessen Nachteile mit den Nachteilen des alten Systems eine fatale Allianz eingehen.

In Deutschland zeigen sich deutliche Merkmale einer solchen fatalen Allianz. In den USA sehen wir eine exorbitant gewachsene Stratifikation des Hochschulsystems mit der Errichtung eines Oligopols der privaten Elite-Universitäten. Es zeigt sich ein verschärfter Gegensatz zwischen akademischem Kapital und akademischer Arbeit. Die Fakultäten mit ihren genuin wissenschaftlichen Kriterien guter Arbeit in Forschung und Lehre werden durch ein übermächtig gewordenes Hochschulmanagement entmachtet. Dieses Management überträgt die eigenen Kontrollbedürfnisse auf Forschung und Lehre und stellt die eigenen Karrierechancen über die akademische Freiheit der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. Diese in den USA weit fortgeschrittene Entwicklung verbindet sich jetzt in Deutschland mit der feudalen Tradition der Lehrstuhlstrukturen. Zugleich erodieren die Vorteile eines Hochschulsystems, das bewusst auf die Bildung einer sich fortlaufend selbst reproduzierenden, von der breiten Masse abgesetzten Elite verzichtet, horizontal breit ausdifferenziert ist und durch den föderalen Pluralismus ausgeprägt multipolar ohne Zentrum/Peripherie-Differenzierung strukturiert ist.

In der folgenden Analyse wird diese Tendenz zu einer fatalen Allianz neuer und alter Strukturen näher beleuchtet, indem die Entwicklung in den USA in den letzten 20 Jahren als Modell dient und reflektiert wird, was für Deutschland im Fahrwasser der Exzellenzstrategie zu erwarten ist. Dabei erweist sich das Milliardenenspiel der Champions League im europäischen Fußball als hilfreiches Modell für die Analyse der globalen Champions League der Wissenschaft, die von internationalen Rankings wie dem Shanghai-Ranking und dem Times-Higher-Education-Ranking in die Welt gesetzt wurde. Vier Entwicklungstrends werden diskutiert:

- (1) *Brain gain* für wenige auf Kosten des *brain drains* für viele,
- (2) ein sich verschärfender Gegensatz von Kapital und Arbeit im akademischen Betrieb und das Entstehen eines neuen akademischen Proletariats,

- (3) Forschung und Lehre im Dienst der Profitmaximierung einer wuchernden universitären Administration,
- (4) Differenzierung in Eliten- und Massenbildung.

Zwei Faktoren erklären, warum diese Entwicklung trotz ihrer unüberschaubaren negativen Konsequenzen für Wissenschaft und Gesellschaft von Politikern und Wissenschaftsfunktionären unbeirrt vorangetrieben wird:

- (1) die Narrative der erhöhten Ansprüche an *Accountability* und der Knappheit öffentlicher Finanzen,
- (2) Forschungs- und Hochschulpolitik im Zirkel politischer Selbstreferenz.

Abschließend wird gezeigt, dass die Orientierung an den USA die für die Entwicklung der Wissenschaft als globales System eher hinderliche Seite der Differenzierung in Elite und Masse zum Vorbild nimmt, dagegen genau diejenigen Strukturen, die deren Dynamik ausmachen, ignoriert.

1. Vier Entwicklungstrends

1.1 *Brain gain* für wenige, *brain drain* für viele. Wer hat den Nutzen davon?

Geld an sich bringt ja noch keine neuen Erkenntnisse hervor. Es kann ja einfach nur mehr vom Gleichen produziert werden. Dann sind die jährlich 533 Millionen € der Exzellenzstrategie für die Katz. Dass das nicht geschieht, soll genau dadurch erreicht werden, dass das frische Geld nicht nach dem »Gießkannen-Prinzip« verteilt wird, sondern nur an wenige Standorte fließt, wo schon genug Forschungspotenz vorhanden ist, die dann mit der Exzellenz-Förderung materiell und symbolisch aufgeladen wird. Das Modell dafür sind Harvard, Stanford & Co. Es sollen nur die »Besten« gefördert werden, auf dass sie noch besser werden, vor allem aber besser gesehen werden. Das ist dasselbe wie bei der europäischen Fußball-Champions-League. Die besten Teams haben inzwischen durch Fernseh-, Sponsoren-, Investoren- und Eintrittsgelder und entsprechende millionenschwere Aufrüstung ihres Personals einen so großen Abstand zum restlichen Fußballvolk geschaffen, dass der Wettbewerb de facto auf die letzten drei Spiele – zwei Halbfinalspiele und ein Finale – in den Monaten April und Mai beschränkt ist. Da nur einer gewinnen kann, war die Aufrüstung für die anderen am Ende nutzlos, siehe FC Bayern München in den letzten

drei Jahren mit Pep Guardiola. Die Monate davor wird das sündhaft teure Personal nur zu Showzwecken benötigt, wenn sich die Spitzenteams auf Werbetour durch die Provinz befinden, ohne ernsthaft gefordert zu werden.

So wie sich der FC Barcelona einen Messi, einen Neymar und einen Suarez, Real Madrid einen Ronaldo, einen Bale und einen Benzema und Bayern München einen Lewandowski, einen Müller, einen Ribéry (und Costa) und einen Robben (und Coman) mit Ablösesummen bis zu 100 Millionen € und Gehältern bis zu 25 Millionen € pro Jahr im Sturm leisten können, so können auch Harvard, Stanford & Co. jeden Spitzenwissenschaftler einkaufen und damit sicherstellen, dass sie bei der Vergabe der Nobelpreise erfolgreicher als alle anderen Universitäten abschneiden. In diesem sehr einseitigen Sinn schießt Geld dann doch Tore, allerdings nur für diejenigen, die genug davon haben.

Der akademische Kapitalismus erzeugt einen *brain gain* an wenigen Standorten und an vielen anderen Standorten einen *brain drain*, ein Phänomen, das den Gewinn der Wenigen mit einem Verlust der Vielen erkaufte und im Allgemeinen als unerwünscht gilt. Dem Überfluss der Wenigen steht eine intellektuelle Ödnis der restlichen Welt gegenüber. Es ist erstaunlich, wie wenig Sensibilität dafür im gegenwärtigen Hype der »Exzellenz-Förderung« aufgebracht wird. Dabei wäre es eigentlich völlig gleichgültig, wo in der Welt neue Erkenntnisse entstehen, solange wissenschaftliches Wissen noch als Kollektivgut gilt. Das ist allerdings im akademischen Kapitalismus zunehmend gefährdet, weil die Technologie-Transfer Offices darüber wachen, dass die Forscherinnen und Forscher erst einmal ihre Erkenntnisse in renditeträchtige Patente oder Lizenzen umsetzen, bevor sie der wissenschaftlichen Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden (Slaughter, Rhoades 2004). Das führt de facto zu einer Verlangsamung der Wissensrevolution, weil viel Zeit vergeht, bis eine neue Erkenntnis von anderen Forscherinnen und Forschern geprüft, reflektiert und weiterentwickelt werden kann (Ginsberg 2011: 187 f.).

Es zeigen sich deutlich die Züge eines akademischen Shareholder-Kapitalismus, für den symbolische Gewinne zur bestmöglichen Positionierung in Ratings und Rankings wichtiger sind als reale Fortschritte der Erkenntnis und der Persönlichkeitsbildung der Studierenden (Brown 2015a). Der Schein ist wichtiger als das Sein. Es kommt auf die richtige Fassade des Qualitätsmanagements an, um in diesem Spiel bestehen zu können. Die Finanzabteilungen der Universitäten werden ausgebaut, nehmen das Heft in die Hand und unterwerfen alle akademischen Tätigkeiten einer an der Stei-

gerung des Shareholder-Value im Sinne der Ranking-Position der Universität orientierten strikten Kontrolle (Engelen, Fernandez, Hendrikse 2014).

Im akademischen Shareholder-Kapitalismus werden WissenschaftlerInnen, ManagerInnen, Studierende und Geldgeber zu Investoren, die insbesondere darauf setzen, dass der symbolische Wert ihrer Investitionen gesteigert wird, indem die Universität, das Department, das Forschungszentrum oder der Studiengang, in die sie investieren, symbolische Gewinne im Sinne der positiven Nennung in den Medien, der Bewertung durch Evaluatoren, durch Ratings und Rankings und durch andere Investoren erzielen. Mit ihrer Wirkung der Verstetigung von Rangplätzen übernehmen Rankings in diesem Spiel die Funktion, für die Investoren Sicherheit darüber zu gewähren, dass ihre aktuellen Investitionen auch in der weiteren Zukunft noch die erwartete Rendite abwerfen. Dafür sorgt die »Reaktivität« von Rankings: Alle orientieren sich daran, sodass sie sich im Sinne einer *self-fulfilling-prophecy* immer wieder selbst bestätigen (Espeland, Sauder 2007). Was sich hinter den symbolischen Gewinnen verbirgt und mit welchen Methoden sie erreicht werden, ist sekundär im Verhältnis zur primären virtuellen Realität der Symbolik. Dementsprechend sind alle Aktivitäten des Hochschulmanagements auf den Fassadenbau – »image polishing« (Ginsberg 2011: 52 ff.) – ausgerichtet, der für eine erfolgreiche Selbstdarstellung in der von den Medien beherrschten Öffentlichkeit notwendig ist, heutzutage natürlich einschließlich der Sammlung von »Likes« in den sozialen Medien (vgl. Goffman 1971). Über den Erfolg im Wettbewerb entscheidet die zirkuläre Akkumulation von symbolischem und materiellem Kapital, dabei profitieren die Erfolgreichen vom *brain gain*, während die Erfolglosen durch *brain drain* noch weiter abgehängt werden.

Wer dieses Spiel gut findet, argumentiert, dass die Konzentration so vieler Milliarden – bei Harvard waren es 37,6 Milliarden \$ Stiftungsvermögen im Jahr 2015 – auf wenige, dadurch herausgehobene Standorte »funktional notwendig« ist, um überhaupt neue Erkenntnisse hervorbringen zu können. Das ist dasselbe, wie wenn man behaupten würde, dass es tatsächlich besser für den Fußball weltweit ist, wenn wenige Vereine ein unermesslich hohes Budget haben und alle anderen mit einem viel geringeren Budget auskommen müssen, die einen Weltklasseur horten und die anderen mit dem Mittelmaß auskommen müssen, sowie viele Weltklasseur die meiste Zeit gar nicht spielen, sondern in Barcelona, Madrid oder München auf der Reservebank sitzen. Mit Sicherheit würde der Fußball davon profitieren, wenn das Geld gleichmäßiger verteilt wäre und Welt-

klassemann nicht die Bank drücken, sondern auf dem Feld stehen und in vielen Vereinen das Spiel bereichern würden. Dasselbe gilt für die Verteilung von Stiftungsvermögen und Spitzenwissenschaftlern auf Universitäten. Die Harvard-Milliarden und die Spitzenwissenschaftler weltweit auf zehn Universitäten verteilt, würden für mehr Dynamik im System sorgen als ihre Konzentration auf nur einen Standort. Das ist so, weil es auch in der Wissenschaft eine optimale Größe gibt, jenseits derer jeder weitere investierte Euro dem Gesetz des sinkenden Grenznutzens unterworfen ist.

Wie bei der Fußball-Champions-League führt der Kampf um die bestmöglichen Rangplätze in den Rankings zu immer größerer Ungleichheit, zur Überinvestition in der Spitze und zur Unterinvestition bei der breiten Masse. Nach dem von Robert Merton (1968) identifizierten Matthäus-Effekt werden Erfolge kumulativ in immer größere Erfolge umgesetzt. Das globale System der Wissenschaft ist in diesem Fall weniger leistungsfähig als bei einer gleichmäßigeren Verteilung von Personal- und Sachmitteln, weil sich ein kurvilinearere, umgekehrt u-förmiger Effekt von Investitionen und Ertrag bemerkbar macht. Die breite Masse hat zu wenig Mittel, um leistungsfähig zu sein, die Spitze hat mehr als benötigt wird, um effektiv arbeiten zu können (Jansen et al. 2007; Münch 2014: 223 ff.). Die extrem ungleiche Verteilung der Mittel wird nicht für die Leistungssteigerung des gesamten Systems benötigt, sondern für die symbolische Absetzung einer im akademischen Luxus lebenden Elite von der mäßig ausgestatteten Masse. Die Protagonisten der Exzellenzstrategie erhoffen sich allerdings vergeblich, dass eine jährliche Finanzspritze von 30 Millionen € die TU München zum ernsthaften Konkurrenten von Harvard, MIT & Co. macht, so wie auch ein größerer Anteil des FC Bayern München an den Fernsehgeldern der Bundesliga diesem Verein ermöglichen würde, dem FC Barcelona, Real Madrid oder Manchester United die größten Fußballtalente auf dem Weltmarkt wegzuschnappen. Nur leider ist der Abstand der TU München zu Harvard, MIT & Co. auch mit Exzellenzgeldern viel größer als derjenige des FC Bayern München zu seinen Konkurrenten in der Fußball-Champions-League. Deshalb ist der logische weitere Schritt in die Richtung des akademischen Shareholder-Kapitalismus der Ruf nach der Förderung einer Sponsoren-Kultur durch kräftige Steuersenkungen, sodass es genügend Philanthro-Kapitalisten gibt, die ihr überflüssiges Geld lieber in »ihre« Universität stecken, statt es einem »ineffizient« wirtschaftenden Staat für Bildungs- und Sozialausgaben zu überlassen.

1.2 Der Gegensatz von Kapital und Arbeit und das neue akademische Proletariat

Zum akademischen Kapitalismus gehört ein sich zunehmend verschärfender Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit, ganz im Sinne der Kapitalismusanalyse von Karl Marx. Die symbolischen und materiellen Gewinne der mit immer größerem Kapitaleinsatz betriebenen Forschung beruhen auf einem hohen Maß der Ausbeutung von jungen Forscherinnen und Forschern in prekärer, befristeter Beschäftigung auf Projektstellen ohne echte Karrierechancen in entfremdeter Arbeit. Man kann dazu mit Marx sagen: »Der Gegenstand, den die Arbeit produziert, ihr Produkt, tritt ihr als ein *fremdes Wesen*, als eine von den Produzenten *unabhängige Macht* gegenüber.« (Marx 1968: 511) Diane Reay, Professorin für Bildungssoziologie an der Universität Cambridge, hat dieses Los der Projektmitarbeiterinnen und Projektmitarbeiter im akademischen Kapitalismus prägnant auf den Punkt gebracht:

»There is now an even wider gulf between academic labour and academic capital. Subordinate workers, overwhelmingly women, service those who generate academic capital, overwhelmingly men. The appropriation of one's intellectual labour remains a constant hazard for research staff, becoming a normative, routine practice within the academy. Junior research staff are vital to the professional status and career advancement of grant holders (academics on stable contracts). There is a clear process of intellectual extraction in which the labours of research staff both in the field and outside of it are converted into both academic and symbolic capital, which accrue to the project directors rather than the researcher.« (Reay 2014)

Unter den ausgebeuteten Projektmitarbeiterinnen und Projektmitarbeitern des akademischen Shareholder-Kapitalismus sind viele Juwelen, die ihre Kreativität gar nicht zum Wohle der Wissenschaft entfalten können, weil sie erstens viel zu lange in die wissenschaftliche Massenproduktion ohne eigenen Gestaltungsfreiraum eingezwängt sind und zweitens im Kollektiv und in vorauseilendem Gehorsam Aufsatz für Aufsatz nach demselben standardisierten Strickmuster produzieren müssen, um im *peer review* der High Impact Journals ja nicht anzuecken. Für Paul Feyerabends (1993) Plädoyer »Against Method« gibt es hier keinen Platz. Unter dem Kontrollregime neoliberaler Gouvernamentalität (Foucault 2006) werden sie frühzeitig und dauerhaft zu einem Habitus der subalternen Konformität erzogen. Dem in ihnen steckenden Potenzial für Kreativität wird von vornherein der Garaus gemacht. In diesem Wettbewerb wird Konformität im höchsten Maße prämiert und so dem Erkenntnisfortschritt systematisch das Wasser abgegraben. Die Imboden-Kommission zur Evaluation der Ex-

zelleninitiative hat das sogar erkannt, hat sich aber offensichtlich nicht dazu durchringen können, daraus auch den Schluss zu ziehen, dass die Exzellenzinitiative kein Programm zur Förderung der Innovationskraft der Wissenschaft und des wissenschaftlichen Fortschritts ist, sondern ein Programm zur Errichtung von wettbewerbsverzerrenden Oligopolstrukturen, das nur dem Oligopol nutzt, aber nicht der Wissenschaft, denn der Fortschritt der Erkenntnis steht und fällt mit den eigenständigen Entfaltungsmöglichkeiten jeder neuen akademischen Generation.

Der akademische Shareholder-Kapitalismus hat inzwischen auch zunehmend ein akademisches Lehrproletariat geschaffen, das im Schatten des wissenschaftlichen Starkults und der Lehrdeputatsreduktion der gestressten Forschungsmanager von Exzellenzclustern und Sonderforschungsbereichen den Studienbetrieb aufrechterhält. In den USA und in Großbritannien ist das inzwischen zu einem viel beklagten Problem geworden. Das Hochschulmanagement kalkuliert dort eiskalt, dass sich mit wenigen hoch bezahlten Stars und erfolgreichen Einwerbbern von Drittmitteln einschließlich lukrativem Overhead, die sich kaum in der Lehre engagieren, am meisten Prestige gewinnen lässt, während man die Lehre billigeren Teilzeitkräften überlassen kann, am besten sogar einfach auf Abruf auf der Basis von *Zero-Hours Contracts*. Für die USA stellt Ginsberg (2011: 136) fest, dass in den 1970er Jahren noch 67% des akademischen Personals *Tenure* oder *Tenure Track Faculty* waren, inzwischen aber nur noch 30%. Der Großteil der Lehre wird jetzt von den Lehrbeauftragten der sogenannten *Adjunct* oder *Contingent Faculty* erbracht. Sie machen in Ginsbergs Augen die Arbeit, während das in der Zahl explodierte Verwaltungspersonal, das als treibende Kraft der Kapitalakkumulation wirkt, kaum etwas Sinnvolles zu tun hat und deshalb auch abwesend sein könnte, ohne dass es bemerkt wird:

»Generally speaking, a million-dollar president could be kidnapped by space aliens and it would be weeks or even months before his or her absence from campus was noticed. Indeed, if the same space aliens also took all the well-paid deanlets and deanlings, their absence would also have little effect on the university. It would simply be assumed that they were all away on retreat. The disappearance of the contingent faculty, on the other hand, would have a real impact on students' lives.« (Ginsberg 2011: 164).

1.3 Forschung und Lehre im Dienst der Profitmaximierung einer wuchernden universitären Administration

Wie der Kapitalismus den Fußball als Sport erledigt und durch ein Milliarden-Spiel ersetzt hat, so ist auch der freie Wettbewerb um Erkenntnisfortschritt unter Bedingungen der Chancengleichheit einer idealen Sprechsituation (Habermas 1971) in der Wissenschaft ein Opfer des Milliarden-Spiels des akademischen Shareholder-Kapitalismus geworden. Forschung wird zu einer Sache strategischer Allianzen einschließlich wachsender Beteiligung industrieller Großinvestoren (Cooper 2009; Vallas, Kleinman 2009), Bildung eine Sache der Humankapital-Produktion. Unter den Erfolgsbedingungen dieses Spiels muss der kritische Geist aus den akademischen Hallen vertrieben werden, um dem kalten Geschäft der akademischen und symbolischen Profitmaximierung Platz zu machen. Dazu gehört auch der massive Ausbau eines administrativen Marketing- und Kontrollapparats zur Selbstdarstellung und Positionierung nach außen und zur Kontrolle durch das Panoptikum (Foucault 1977) eines minutiösen »Qualitätsmanagements« nach innen. Unter der gewachsenen, auf Profitmaximierung ausgerichteten Kontrolle der Universitätsadministration leiden in den USA insbesondere die Professorinnen und Professoren der breiten Masse staatlicher Universitäten, während sich die selbstbewussten Fakultätsmitglieder der Eliteuniversitäten noch mehr Freiräume bewahren können (vgl. Vallas, Kleinman 2008: 305), zum Beispiel noch genug Platz für Kurse in den Liberal Arts im Bachelor-Studium haben. Akademische Freiheit bleibt der Elite vorbehalten. An den mittel- und nachrangigen Colleges haben dagegen die Administratoren das Heft in der Hand und ersetzen Kurse in Liberal Arts durch jede Menge an Kursen mit direktem Praxisbezug, einschließlich Kursen zum Erlernen von »life skills« (Ginsberg 2011: 170 ff.), zum Entsetzen der Professorinnen und Professoren der Humanities, die sich als eine aussterbende Spezies sehen, »the last professors« (Donoghue 2008).

Der Ausbau des administrativen Apparates erfolgt auf Kosten einer angemessenen Grundausstattung der Universitäten mit wissenschaftlichem Personal für Forschung und Lehre. In den USA wird beklagt, dass in den 20 Jahren zwischen 1985 und 2005 die Zahl der BA-Absolventen um 47% gestiegen ist, die Professorenschaft um 50%, die Zahl der höherrangigen Administratoren jedoch um 85% und die Zahl ihrer administrativen Mitarbeiter um exorbitante 240% (Ginsberg 2011: 28). Dabei bedeutet das Wachstum der Administration offensichtlich in erster Linie, dass die Universität zum Opfer einer Menge von Parasiten wird, die – wenn sie nicht gerade mit

»image polishing« oder »fund raising« (natürlich auch zum eigenen Wohl) beschäftigt sind (Ginsberg 2011: 52 ff.) – sich die Zeit mit allerlei zweckloser Beschäftigung vertreiben:

»To fill their time, administrators engage in a number of make-work activities. They attend meetings and conferences, they organize and attend administrative and staff retreats, and they participate in the strategic planning processes that have become commonplace on many campuses.« (Ginsberg 2011: 41).

Die mächtigste Position ist diejenige des Provost (oder auch Vice-Chancellor), die es in Deutschland (noch) gar nicht gibt. Die am ehesten vergleichbare Position des Kanzlers ist nach wie vor rein administrativer Natur. Beim amerikanischen Provost handelt sich um den strategischen und operativen Leiter der Hochschuladministration in allen akademischen Angelegenheiten von Forschung und Lehre. Er ist die starke Hand des Präsidenten in diesen Angelegenheiten, der wie dieser auf der eigenen Karriereleiter in erster Linie den Aufstieg in die nächst höhere Liga im Auge hat. Die Gehälter sind dementsprechend hoch, deutlich über den Professorengehältern. Sie können bei den Präsidenten in der Spitze jährlich bis über eine Million \$ reichen, bei den Vizepräsidenten und den Provosts bis 200.000 \$. Im Vergleich zum professionellen Management einer amerikanischen Universität handelt es sich deshalb selbst bei den inzwischen per Gesetz und mit dem Segen des Wissenschaftsrats gestärkten Hochschulleitungen in Deutschland noch um ziemlich machtlose Instanzen. Von ihnen wird erwartet, was sie überhaupt nicht leisten können, weil ihnen dazu (noch) die Macht fehlt.

Das Ziel des Provost einer amerikanischen Universität ist nichts anderes, als seine Universität im Ranking von *US News & World Report* ein paar Ränge nach oben zu bringen, damit er sich nach vier bis fünf Jahren erfolgreich auf die Provoststelle an einer etwas höherrangigen Universität bewerben und dort ein höheres Gehalt beziehen kann. Dasselbe Ziel verfolgen die über zahlreiche Mitarbeiterinnen bzw. Mitarbeiter verfügenden Vice-Provosts und Associate Provosts, um im nächsten Karriereschritt die Stelle eines Provost zu ergattern. Provosts kommen, um die Professorenschaft mit neuen, natürlich auch an vielen anderen Orten eingesetzten – das heißt vielfach kopierten – Instrumenten der Indikatorensteuerung zu drangsalieren, um schon bald wieder einem Nachfolger Platz zu machen, der das Spiel von vorne beginnt (Tuchman 2009: 69 ff.).

Größte Bedeutung hat die Steigerung des Budgets durch Forschung, die Drittmiteinnahmen, einen bis an 80% heranreichenden Overhead aus

diesen Einnahmen sowie Renditen aus Patenten und Lizenzen erbringt (Ginsberg 2011: 179 ff.), mit denen allerlei sündhaft teure Prestigeprojekte sowie alle möglichen Annehmlichkeiten für die Administratoren selbst finanziert werden können: »Generally speaking, faculty research must not only pay for itself, but is expected to produce the handsome surplus needed to pay for administrative salaries and other expenses.« (Ginsberg 2011: 184)

Das geschieht scheinbar zum Besten der Forschung und der Studierenden, untergräbt jedoch systematisch die Bedingungen freier Forschung und akademischer Persönlichkeitsbildung. Forschung dient dann allein der Generierung symbolischer Profite, Lehre der Produktion von ökonomisch verwertbarem Humankapital, in das Studierende zwecks Erzielung größtmöglicher Renditen investieren. Ein Ausflug in die freie Betätigung des kritischen Geistes kann da nur schaden. Unter der Regie der Hochschuladministration sind Forschung und Lehre mit ihren genuin wissenschaftlichen Kriterien nicht mehr das Ziel, sondern das bloße Mittel, um Profit in Gestalt von Drittmitteleinnahmen, Overhead, Patenten, Lizenzen und Studiengebühren zu erzielen.

Mit den stagnierenden und in Relation zu den gewachsenen Studierendenzahlen sogar schrumpfenden Grundmitteln ist die strategische Einwerbung von Drittmitteln in Allianzen und großen Verbundprojekten zum Königsweg des administrativen Erfolgs geworden. In Deutschland wird dieser Trend maßgeblich durch den übergroßen Anteil der sogenannten »Koordinierten Programme« von Forschungszentren, Sonderforschungsbereichen, Graduiertenkollegs und Exzellenzclustern an der Förderung durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) unterstützt. Von der Wissenschaftsforschung wissen wir jedoch längst, dass Innovationen in der Wissenschaft insbesondere von kleinen Forschungsteams zwischen zwei und sechs Personen mit einer guten Grundfinanzierung ohne ständige Beschäftigung mit der Einwerbung von Drittmitteln und von vielen unabhängig an vielen Standorten forschenden jungen Wissenschaftlern zu erwarten sind (Heinze et al. 2009).

Große Bedeutung haben auch die Einnahmen aus Studiengebühren. Mit der Steigerung des Prestiges – das sich an der Zulassungsquote zum Studium bemessen lässt, die in der Spitze bei drei bis vier Prozent liegen kann – können umso höhere, bis jährlich 50.000 \$ reichende Studiengebühren verlangt werden. Viele der Absolventen und Absolventinnen verlassen deshalb das College mit Schulden von 200.000 \$ und mehr, ohne zu

wissen, ob sie überhaupt jemals in der Lage sein werden, die Schulden vollständig abzubezahlen. Auch das ist ein wesentlicher Teil einer mit aller Macht auf die zirkuläre Akkumulation von materiellem und symbolischem Kapital zielenden Bildungsindustrie in den USA.

Das alles geschieht, wenn Forschung und Lehre nicht mehr als Herstellung eines öffentlichen Gutes verstanden werden, sondern nach dem neoliberalen Credo der Public-Choice-Theorie als Privatgut, in das private Akteure, einschließlich der Studierenden, investieren, um größtmögliche Renditen zu erzielen (vgl. Brown 2015a; 2015b: 175 ff.). Passend dazu transformiert die ökonomische Agency-Theorie die akademische Gemeinschaft von Lehrenden, Forschenden und Lernenden, die gemeinsam an der Wissensentwicklung und der Persönlichkeitsbildung arbeiten, in eine lose Ansammlung von Verträgen zwischen einzelnen Individuen, die jeweils ihren eigenen Profit maximieren. Die Studierenden werden in diesem Spiel zu Konsumenten degradiert, die bei der allein auf ihren Konsumentenstatus ausgerichteten zentralen Evaluation der Lehrveranstaltungen zwar ›Likes‹ und ›Dislikes‹ verteilen dürfen, aber kein Wort bei der aktiven Gestaltung des Studiums mitzureden haben. Das ist Performativität der ökonomischen Theorie mit dem Effekt der unschöpferischen Zerstörung der akademischen Lebenswelt mit ihren eigenen, der Wissensproduktion und Persönlichkeitsbildung dienenden Regeln (MacKenzie, Muniesa, Siu 2007).

1.4 Differenzierung in Eliten- und Massenbildung

Eine bessere Grundausstattung der Universitäten würde dafür sorgen, dass endlich den Studierenden diejenige Betreuung gewährt werden kann, die eine Gesellschaft benötigt, die auf die Kreativität jeder neuen Generation in ihrer ganzen Breite angewiesen ist. Der massive Ausbau der Drittmittel an den Universitäten bei gleichzeitiger Stagnation der Grundmittel und wachsender Zahl der Studierenden hat zu einer systematischen Unterfinanzierung der Lehre bei gleichzeitiger Überfinanzierung der Forschung geführt. Der Prestigewettbewerb um die höchstmöglichen Drittmiteleinnahmen wird auf dem Rücken der im überfüllten Hörsaal allein gelassenen Studierenden ausgetragen. Die Studierenden hätten alles Recht auf ihrer Seite, sich dagegen aufzulehnen. Hier ist noch zu berücksichtigen, dass in Deutschland 40% der öffentlichen Forschungsgelder an die außeruniversitären Forschungseinrichtungen fließen, ohne dass davon ein Cent der universitären Lehre zur Verfügung steht. Auf lange Sicht sind jedoch gute Stu-

dienbedingungen viel entscheidender für die Zukunft eines Landes als eine weit überfinanzierte Forschung, die vielfach nur mehr vom Gleichen hervorbringt. Der Qualitätspakt Lehre und der Hochschulpakt von Bund und Ländern sind weit davon entfernt, dieses grundsätzliche Strukturproblem zu lösen. Die etwa 2,3 Milliarden €, die über diese beiden Pakte jährlich in die Hochschulen fließen, bringen wegen der steigenden Zahl von Studierenden keine wirkliche Verbesserung. Die Mittel werden außerdem überwiegend in den Ausbau von Stellen für Lehrkräfte in prekärer Beschäftigung investiert, weil nicht auf Dauer mit ihnen gerechnet werden kann. Die Exzellenzgelder setzen nun der Trennung von Forschung und Lehre zwischen den außeruniversitären Forschungseinrichtungen und den Universitäten noch die Trennung von Forschung und Lehre innerhalb der Universitäten obendrauf. Das ausschließlich in der Forschung beschäftigte Personal fehlt den Universitäten in der Lehre, die in immer größerem Umfang von Teilzeitkräften und Lehrbeauftragten bestritten wird.

Das Universitätsstudium ist durch systematische Unterfinanzierung zusammen mit der Modularisierung und Standardisierung der Bachelorstudiengänge zu einer Massenveranstaltung geworden, die keinen akademischen Ansprüchen mehr genügt. Um dieses selbst geschaffene Problem zu lösen, das es gar nicht geben müsste, wird nun durch die Kür von »Exzellenzuniversitäten« die Ausdifferenzierung eines Premiumsegments der Elitenbildung vorbereitet. Auch hier werden die heranwachsenden Generationen einem akademischen Monopoly-Spiel geopfert, von dem am Ende nur die Reichsten der Reichen profitieren, weil – wie in den USA gut zu beobachten ist – das vom Elternhaus ererbte ökonomische, soziale (Alumni-Privileg) und kulturelle Kapital maßgeblich über den Zugang zum Elitestudium entscheidet.

Das akademische Monopoly-Spiel wird nach der Forschung auch die Lehre erfassen. Dann werden die jetzt unter dem Deckmantel der Forschungsförderung etablierten acht bis elf »Exzellenzuniversitäten« auch die Türen ihrer Hörsäle und Seminarräume nur denjenigen Bewerbern öffnen, die mit genügend ökonomischem, sozialem und kulturellem Kapital ausgestattet sind. »Exzellenzuniversitäten« ohne »exzellente« Studierende sind ein Widerspruch in sich selbst, der zur Auflösung strebt. Michael Hartmann (2006, 2010) hat das klar und deutlich gezeigt. Das heißt aber, dass diese Universitäten zu den zentralen Institutionen der Produktion und Reproduktion einer von der Gesellschaft abgehobenen Elite werden. Dass das nicht im Interesse einer offenen und demokratischen Gesellschaft ist,

können wir schon lange in Frankreich, Großbritannien und den USA beobachten. In allen drei Ländern ist die Herrschaft von Eliten, die maßgeblich von einem unter den Bedingungen des akademischen Shareholder-Kapitalismus noch mehr als zuvor stratifizierten Hochschulsystem produziert und reproduziert werden, längst als ein Problem erkannt worden. Der Reichtum von Harvard & Co. ist nur die andere Seite der Armut in den innerstädtischen Ghettos der USA. Beide gehören zusammen wie zwei Seiten einer Medaille (vgl. Karabel 2005; Goffman 2014). Politiker und Funktionäre haben jetzt in Deutschland nichts Besseres zu tun, als verspätet auf einen Zug aufzuspringen, der uns genau dieselben hoch problematischen Verhältnisse beschert.

Dabei gibt es keine funktionale Notwendigkeit der Differenzierung in Eliten- und Massenbildung für das Prosperieren einer Gesellschaft. Deutschland ist der beste Beweis dafür. Wir können mit Sicherheit sagen, dass ein Absolvent der prestigereichen Stanford University nicht über 39 mal mehr Wissen verfügt als ein Absolvent der Universität Wien, wenn auch das Jahresbudget von Stanford 2012 bei 196.000 € pro Studierendem/Studierender lag und das der Universität Wien bei nur 5.000 €. Auch der MIT-Absolvent weiß nicht sechseinhalb mal mehr als der Absolvent der TU München, wie es der Budget-Unterschied zwischen 211.000 und 32.000 € pro Studierendem/Studierender nahelegt (Schenker-Wicki 2014: 21). Der Budget-Unterschied drückt allerdings einen entsprechenden Unterschied im symbolischen Wert des Diploms aus, woran man wieder erkennen kann, dass es bei diesem Wettbewerb auch bei den Studierenden nicht um die funktionalen Erfordernisse des Kompetenzerwerbs geht, sondern um Distinktionsgewinne, die sich wiederum in materielle Vorteile umsetzen lassen. Auch zwischen den Studierenden erzeugen Rankings einen Aufrüstungswettbewerb, bei dem es weniger um faktische Leistungssteigerung als um symbolische Prestigegewinne geht.

Bildung wird in diesem Wettbewerb verstärkt zu einem Positionsgut, bei dem Unterschiede im Fachwissen nicht die großen Einkommensunterschiede zwischen den Absolventinnen und Absolventen mit Zertifikaten von Universitäten auf unterschiedlichen Rangplätzen erklären können. Dazu gehört auch, dass weniger die bessere Wissensvermittlung durch die Universitäten an der Spitze die höheren Einkommen ihrer Absolventinnen und Absolventen erklärt, sondern die Tatsache, dass sie aufgrund ihrer begehrten Position in der Lage sind, die besten Studienanfänger zu rekrutieren. Diese bringen schon höchste Kompetenzen mit, sodass sie zusammen

mit dem Prestigetitel dieser Universitäten zwangsläufig auch die großen Gewinner auf dem Arbeitsmarkt sind.

Die eigentliche Wissensvermittlung durch die *World Class Faculty*, mit der um die besten Studierenden geworben wird, übt nur einen geringen, das erworbene Prestige jedoch einen sehr großen Effekt auf den beruflichen Erfolg aus. *World Class Faculty* ist auch so ein Begriff aus dem Arsenal des Management-Sprech, der das Akademische seiner Ehrwürdigkeit beraubt und auf die profane Ebene der strategischen »Produktplatzierung« mittels großsprecherischer Marketing-Phrasen herunterzieht. Akademische Distinktion, die keiner eigenen Verlautbarung bedarf, um anerkannt zu werden, sieht sich durch ein profanes Marketing ersetzt, das mit Etiketten operiert, die mehr versprechen, als in ihnen steckt. Im Kampf um Aufmerksamkeit wird stets mehr »World Class« beansprucht, als überhaupt vorhanden sein kann. Der Begriff wird häufiger verwendet als es angemessen ist, nur wenige Mitglieder der *World Class Faculty* gehören zu den 20 Prozent aktivsten und meistzitierten Wissenschaftlerinnen bzw. Wissenschaftlern ihres Faches, nur wenige davon sehen die gewöhnlichen Studierenden regelmäßig im Hörsaal oder Seminarraum, nur wenige haben die Zeit und den Nerv, sich intensiv um sie zu kümmern, und ein nicht geringer Anteil des Lehrbetriebs der *World Class Faculty* wird von Hilfskräften bestritten, die allerdings möglicherweise mit besonderem Engagement mehr zustande bringen als uninteressierte *World Class Faculty*. Der Begriff suggeriert außerdem eine Kunst der Lehre, die es in der beanspruchten Überhöhung überhaupt nicht gibt. Sicherlich kann man mehr oder weniger gut lehren, was aber nicht mit den Forschungserfolgen einhergehen muss und was eben nicht auf einer so großen Spanne variiert, die von Weltklasse bis Kreisklasse reicht. Je mehr die Sprechblasen des Marketings die alten akademischen Hallen in Besitz nehmen, umso weniger wird allerdings ihre Leere erkannt und umso mehr definieren sie die neuen akademischen Spielregeln. Zu diesen gehört inzwischen auch die nach den alten Regeln peinliche Selbstvermarktung mit Balkendiagrammen, die auf der Homepage den aktuellen Stand der Zitationen der eigenen, meist mit vielen anderen zusammen publizierten Fachartikel wiedergeben.

Deutschland gibt mit der Exzellenzstrategie einen in der breiteren Gewährleistung von hoher akademischer Qualität als öffentlichem Gut und in dem Verzicht auf gezielte Elitenbildung liegenden institutionellen Vorteil auf, dem es maßgeblich seine intellektuelle, wissenschaftliche, technologische und wirtschaftliche Innovationskraft verdankt. Ein weiterer institutio-

neller Vorteil Deutschlands ist der föderale Pluralismus, der einer eintönigen Stratifikation in Elite und Masse, Zentrum und Peripherie weichen muss.

2. Zwei Faktoren zur Erklärung der Trends

2.1 Die Narrative der erhöhten Ansprüche an *Accountability* und der Knappheit der öffentlichen Finanzen: Skizze einer Irreführung

Die Protagonisten der skizzierten Programmatik mit ihren fatalen Folgen für Wissenschaft und Hochschulbildung stützen sich insbesondere auf zwei Narrative: 1. erhöhte Ansprüche der Öffentlichkeit auf *Accountability* und 2. die Knappheit der öffentlichen Finanzen. Diese beiden Narrative gilt es zu hinterfragen, statt sie einfach als sakrosankt hinzunehmen. Und es ist zu prüfen, ob sich aus ihnen Maßnahmen ableiten lassen, die für die Wissenschaft ganz offensichtlich weit mehr Schaden als Nutzen bringen. Beide Narrative sind nicht vom Himmel gefallen, sondern Kern der neoliberalen Sicht auf den Staat und die Herstellung öffentlicher Güter.

Wenn der Staat so klein wie möglich gehalten werden soll und wenn dessen Tätigkeit grundsätzlich misstraut wird, dann fehlt ihm hinten und vorne das nötige Geld, sodass man meint, mit gutem Gewissen für eine höchst ungleiche Verteilung der öffentlichen Gelder sorgen zu dürfen, die sich jedoch gar nicht als so effizient darstellt, wie gerne behauptet wird. In den USA müssen außerdem angesichts der Knappheit der öffentlichen Kassen die Phylantro-Kapitalisten einspringen, um fehlende Steuergelder durch privates Sponsoring nach ihren eigenen, öffentlich nicht der Rechtfertigung bedürftigen Vorstellungen zu kompensieren. Und öffentliche Güter müssen so weit wie möglich durch private ersetzt und auf Märkten bzw. Quasi-Märkten gehandelt werden, um direkte *Accountability* herzustellen. Wohin das führt, sehen wir beispielhaft in den USA: zum Triumph des Marktes über die Demokratie und zur Plutokratie (Hacker, Pierson 2011).

Man kann durchaus akzeptieren, dass in Deutschland nicht 100 Universitäten in allen Fächern gleich gut ausgestattet werden können und 2,76 Millionen Studierende im Jahr 2016 viel höhere Kosten verursachen als 1,04 Millionen im Jahr 1980 oder gar nur 245.000 im Jahr 1965. Man kann es auch für richtig halten, dass Universitäten über ihre Leistungen Rechenschaft abzulegen haben. Daraus folgt jedoch noch lange nicht, dass man zu diesem Zweck artifiziell eine scharfe Trennung zwischen Elite und Masse

schaffen und ein Kontrollregime errichten muss, die zusammen Vielfalt und Kreativität ersticken und den Erkenntnisfortschritt blockieren, statt ihn zu fördern.

Das angebliche Problem mangelnder *Accountability* erweist sich bei genauer Betrachtung als eine neoliberale Konstruktion, der entgegenzuhalten ist, dass universitäre Forschung und Lehre im Hinblick auf ihre grundsätzliche Einrichtung und Verteilung auf Standorte der demokratischen Kontrolle bedürfen, im Hinblick auf die Rechtmäßigkeit ihres Betriebes der bürokratischen, im Hinblick auf ihre Inhalte jedoch der professionellen Kontrolle, die durch vermachtete Märkte, betriebswirtschaftliches »Qualitätsmanagement« und Rankings sowie die Errichtung eines akademischen Shareholder-Kapitalismus schlichtweg zerstört wird. Hinter der neuen Programmatik erhöhter *Accountability* steckt das grundsätzliche Misstrauen, dass Professionen ihre Autonomie für ihre eigenen Interessen missbrauchen, auf Kosten ihrer Klienten und des Gemeinwohls. Das stattdessen errichtete Regime externer Kontrollen untergräbt jedoch systematisch die Bedingungen professioneller Arbeit im Dienste der Klienten und des Gemeinwohls. Das Gegenmodell dagegen sind nach wie vor professionelle Gemeinschaften, die das höchstmögliche Maß der Selbstkontrolle nach den Kriterien guter professioneller Arbeit ausüben. In der Wissenschaft ist das die genuine Aufgabe der Fachgesellschaften, die gefordert sind, den wachsenden externen Kontrollen eine effektive Selbstkontrolle entgegenzustellen, um sie mit guten Gründen abwehren zu können. Dagegen ist die wuchernde universitäre Administration der natürliche Träger externer Kontrolle, die jedoch den genuinen Kriterien guter Forschung und Lehre grundsätzlich nicht gerecht werden kann, weil sie nicht nach wissenschaftlichen, sondern nach administrativen Kriterien verfährt. Es zeigt sich darin ein sich zunehmend verschärfender Konflikt zwischen den Fachgesellschaften und den Hochschulleitungen.

Das angebliche Knappheitsproblem ist in Wahrheit ein Verteilungsproblem und wird durch Rankings maßgeblich verschärft. Geld fehlt vor allem für die universitäre Lehre, weil viel zu viel in die Forschung ohne Lehre gesteckt wird. Außerdem sind – bezogen auf die Größenverhältnisse in Deutschland – fünfzig mit der kritischen Masse ausgestattete Fachbereiche insgesamt leistungsfähiger als zehn überfinanzierte und vierzig unterfinanzierte. Ohne Rankings und ihre zwanghaft erzeugte eindimensionale Differenzierung in Ränge, auf die alle wie gelähmt starren, ist auch eine horizontale Differenzierung nach Profilen viel leichter möglich und der Sache angemessener, auch mit mehr oder weniger Gewicht von Forschung und

Lehre. Die Fixierung auf Stratifikation verringert zwangsläufig die horizontale Differenzierung des Hochschulsystems nach Profilen. Beides zusammen – wie es der Wissenschaftsrat gerne haben möchte – steht unter dem Diktat der Stratifikation durch Rankings und macht zwangsläufig minderwertig, was an sich nur anders ist als ein Großstandort der Forschung.

Schon jetzt ist zu beobachten, dass das vielfältige deutsche Hochschulsystem in den letzten zwanzig Jahren an horizontaler Differenzierung verloren hat, und zwar genau deshalb, weil mit dem durch Rankings erzeugten Wettbewerb alle zu demselben Erfolgsmuster streben und dabei die einen eben erfolgreicher sind als die anderen, ganz einfach, weil sie über die bessere Ausstattung für diesen einseitigen Wettbewerb verfügen (Baier 2016). Ohne diese zugleich homogenisierende und stratifizierende Wirkung von Rankings könnten wir wie bisher auch weiterhin ein Hochschulsystem haben, das sehr vielen unterschiedlichen Bedürfnissen dient und unter überhaupt keiner Knappheit leidet, weil nicht für alle Studiengänge und jede Forschung gleich viel Geld gebraucht wird. Wer weniger Geld benötigt, darf dann aber nicht gleich als minderwertiger betrachtet werden als diejenigen, die mehr Geld zur Verfügung haben. Genau diesen fatalen Irrtum begeht jedoch die Orientierung an Rankings, für die eben die Höhe der eingeworbenen Drittmittel ein rangdifferenzierender Indikator ist. Das kann auch von den Erstellern der Rankings noch so oft dementiert und relativiert werden. Sobald der Indikator in der Welt ist, führt er sein Eigenleben und lässt sich durch beschwichtigende Reden nicht mehr aus der Welt schaffen.

Rankings schaffen einen ›Winner-Take-All-Market‹, in dem sich extreme Einkommensunterschiede zwischen den absoluten Top-Positionen und dem Rest bilden, weil nur diese Positionen zählen (Frank, Cook 2010). Es gibt wenige Gewinner und viele Verlierer. Die Gewinner können Monopolrenten erzielen, sodass die Einkommensverteilung für das Gesamtsystem letztlich ineffizient ist. Rankings erzeugen Knappheit, wo ohne sie gar keine vorhanden wäre, schon deshalb, weil sie einen Wettbewerb um knappe Plätze an der Spitze entfesseln. Und weil dieser Wettbewerb letztlich durch verfügbares Kapital entschieden wird, findet eine unablässige finanzielle Aufrüstung statt, die Kapital weit über das funktionale Erfordernis hinaus verschwendet. An der Spitze herrscht fortwährend Knappheit, weil die Konkurrenten dort oben davonzueilen drohen. Der FC Bayern München kann noch so reich sein, er wird angesichts der Aufrüstung von Real Madrid & Co. immer zu wenig reich sein. Und weiter unten wird Eintracht

Frankfurt immer zu wenig haben, um sicher die 1. Liga halten zu können, im Vergleich zum FC Bayern München erst recht.

Auf die Wissenschaft übertragen heißt das, dass Harvard & Co. unablässig aufrüsten müssen, um die Position an der Spitze halten zu können, die UC Berkeley BP braucht, um einigermaßen mithalten zu können, und die staatlichen Universitäten im Mittelfeld Industriegelder benötigen und ihre Studiengebühren erhöhen müssen, damit sie nicht ganz untergehen. Der exorbitant steigende Kapitalbedarf dieses Systems ist *nicht* den funktionalen Erfordernissen von Forschung und Lehre geschuldet, sondern dem durch Rankings ins Unermessliche gesteigerten Aufrüstungswettbewerb. Die Kapitalakkumulation verselbständigt sich – wie schon von Marx (1970: 161 ff.) beschrieben – als ein um seiner selbst willen betriebener Prozess gegenüber der eigentlichen akademischen Tätigkeit, für die ohne den Aufrüstungswettbewerb gar kein so hoher Kapitalbedarf bestünde. Lionel Messi und Cristiano Ronaldo würden für jeweils 250.000 € Jahreseinkommen genauso gut spielen wie für die 75 bzw. 67 Millionen €, die sie im Aufrüstungswettbewerb der Champions League einschließlich Werbegeldern tatsächlich pro Jahr einnehmen.

In den USA klagen die staatlichen Universitäten bis hin zu einer so renommierten Universität wie der University of California in Berkeley heftig darüber, dass ihnen die reichen Privatuniversitäten einen Aufrüstungskampf bei gleichzeitigem Abbau staatlicher Finanzierung aufherrschen, der sie in wachsende Abhängigkeit von privaten Sponsoren treibt, wenn sie dem finanziellen Ruin und dem Versinken in der Bedeutungslosigkeit entgehen wollen. Beim ersten Ranking von *US News & World Report* im Jahre 1987 befanden sich neben 15 privaten immerhin noch fünf staatliche Universitäten unter den ersten 20, davon am besten platziert die UC Berkeley auf Rang 5. Im Jahr 2010 war keine staatliche Universität mehr unter den ersten 20, die UC Berkeley war auf Rang 21 abgerutscht. Deshalb streben die staatlichen Universitäten verstärkt nach steigenden Einnahmen von privater Seite, um die Defizite aufgrund stagnierender oder sogar schrumpfender staatlicher Finanzierung auszugleichen (Archibald, Feldman 2011: 237).

Die UC Berkeley war Ende der 1990er Jahre in der Tat Schauplatz von heftigen Debatten über einen Deal über 25 Millionen \$ mit dem Pharmakonzern Novartis (Washburn 2005), der knapp zehn Jahre später von einem 500 Millionen Deal mit BP weit übertrumpft wurde. Wendy Brown (2009), die Politische Theorie – eine im akademischen Shareholder-Kapitalismus vom Aussterben bedrohte Spezies – an der UC Berkeley lehrt, hat

dieses Dilemma in einer Rede gegen die wachsende Privatisierung ihrer Universität prägnant in zehn Punkten zusammengefasst: Sie beklagt 1. den sich verengenden Zugang zu ihrer Universität für breite Schichten der Bevölkerung infolge erhöhter Studiengebühren, 2. die zunehmende Ungleichheit zwischen Universitäten, Disziplinen und Wissenschaftler*innen, 3. die Ausartung von allem, was sich nicht unternehmerisch verwerten lässt, 4. die Verdrängung der freien Grundlagenforschung durch die ökonomisch verwertbare angewandte Forschung, 5. die Unterwerfung der Forschung unter industrielle Interessen, 6. die Einschränkung der akademischen Freiheit im Interesse der Gewinnung von privaten Sponsoren, 7. die wachsende Ausbeutung akademischer Arbeit im Interesse der Kapitalakkumulation, 8. die Orientierung der Forschung an privaten Interessen statt kollektiv geteilten Werten, 9. die Ersetzung geteilter Governance durch die Macht des Universitätsmanagements und 10. die Verdrängung der Persönlichkeitsbildung durch »efficient instructional delivery systems« zur Generierung von Humankapital.

2.2 Forschungs- und Hochschulpolitik im Zirkel politischer Selbstreferenz

Aus einer konsequent systemtheoretischen Perspektive ist es in einer funktional differenzierten Gesellschaft gar nicht möglich, dass die Politik die Wissenschaft im Sinne der Wissenschaft und ihres Fortschritts steuert (Luhmann 1986). Eingeschlossen in den Zirkel der politischen Selbstreferenz steuert sich die Politik mit der Exzellenzstrategie nur selbst. Das Erfolgskriterium der Politik ist nicht der Fortschritt der Erkenntnis, sondern die mediale Zurechnung gut sichtbarer kurzfristiger Erfolge zwecks Gewinnung der Wählermehrheit. Das gilt selbstverständlich auch für die Exzellenzstrategie. Sie ist Politik für die Politik durch Politik und sendet an das Wissenschaftssystem mit ihrem Geldsegen nur Impulse, die dort auf vorhandene Strukturen treffen. Und solange diese Strukturen so innovationsfeindlich sind, wie es sich angesichts eines Verhältnisses von 85% Mitarbeitern und 15% Professoren an den deutschen Universitäten darstellt, produzieren die jährlich zufließenden 533 Millionen € an Exzellenzgeldern in der Tat nur mehr vom Gleichen, statt Neues hervorbringen.

Wissenschaftlich kann die Exzellenzinitiative deshalb grundsätzlich kein Erfolg sein. Wenn sie von Politikern und Funktionären trotzdem als Erfolg gefeiert wird, dann bringt das nur zum Ausdruck, dass es auch gar nicht um den wissenschaftlichen, sondern um den politischen Erfolg geht. Die

immer wieder betonte Erhöhung der Sichtbarkeit von Spitzenforschung in Deutschland durch die Exzellenzinitiative ist ein politisches und kein wissenschaftliches Erfolgskriterium. Sie bedeutet, dass ausgewählten Universitäten wie im längst von McKinsey für Wirtschaftsunternehmen ausgerufenen »global war for talents« durch erhöhte Sichtbarkeit ein Wettbewerbsvorteil gegeben wird. Dieser Wettbewerb um die »besten Köpfe« ist jedoch die heteronome politische Seite der Wissenschaft, auf der es um die zirkuläre Akkumulation von Geld und Prestige geht (vgl. Bourdieu 1975). Sie dominiert zunehmend über die autonome wissenschaftliche Seite der offenen und uneigennütigen Suche von Forscherinnen und Forschern nach neuen Erkenntnissen. Das ist gut für Harvard & Co., aber nicht für die Wissenschaft, weil eine breitere Streuung der Harvard-Milliarden für mehr Wettbewerb, Offenheit und Produktivität sorgen würde, genauso wie die Spieler auf der Ersatzbank von FC Barcelona, Real Madrid, FC Bayern München & Co. den Fußball auf der ganzen Welt bereichern und dort für mitreißende Spiele sorgen könnten, wenn sie bei anderen Vereinen auf dem Feld stehen würden. Auch die Wissenschaft würde von einer breiteren Streuung der Talente über die Welt und aus deren frühzeitiger Entlassung aus der Gefangenschaft in riesigen Forschungsverbänden profitieren, die von Wissenschaftlern geleitet werden, die zu systematisch Kapital akkumulierenden Forschungsmanagern mutiert sind und für die von Diane Reay (2014) beschriebene wachsende Kluft zwischen Kapital und Arbeit im akademischen Feld sorgen.

Politisch haben die Verantwortlichen für die Exzellenzstrategie jedoch alles richtig gemacht. Internationale Rankings von Universitäten wie das Shanghai-Ranking oder das Times-Higher-Education-Ranking definieren die Situation, an der sich die Hochschul- und Forschungspolitik zu orientieren hat, weil die Medien diese Rankings zum Erfolgsmaßstab gemacht haben. Die Rankings haben einen Prestigekampf etabliert, an dem keine Regierung vorbeikommt (vgl. Heintz, Werron 2011). Der Erfolg der Hochschul- und Forschungspolitik bemisst sich unter dem Regime der Rankings in erster Linie daran, welche Universitäten ganz vorne in diesen Ranglisten stehen. Die deutsche Hochschul- und Forschungspolitik ist dadurch massiv in Bedrängnis geraten. Die Erfolge ihrer vielen außeruniversitären Institute, insbesondere der Max-Planck-Gesellschaft, zählen in diesem Wettbewerb nämlich gar nicht. Deshalb ist man neuerdings sehr darum bemüht, diese Institute mit Universitäten kooperieren zu lassen, damit ihre Publikationen den Universitäten zugerechnet werden können, sodass diese mehr

Punkte für die internationalen Rankings sammeln können. Was jahrzehntelange Kritik an der Trennung der außeruniversitären Forschung von der universitären Lehre nicht bewirken konnte, haben die internationalen Rankings über Nacht ganz nach oben auf die politische Agenda gesetzt. Ihre Definitionsmacht impliziert, dass alle Aufmerksamkeit den Plätzen an der Spitze gehört. Jenseits von Platz 50 befindet man sich schon in der Kategorie der Nachrangigkeit, weil die mediale Aufmerksamkeit wie bei jedem Wettkampf allein den Siegern gehört.

Abgesehen davon, dass die Exzellenzgelder an der Hegemonie von Harvard & Co. nichts ändern und deshalb nicht den erwünschten Erfolg bringen werden, ist das Programm aber auf jeden Fall ein politischer Erfolg, und zwar auch in dem Sinne, dass es die Bedingungen der Aufmerksamkeitserzeugung in der Mediendemokratie in vollem Umfang erfüllt. Für die Medien ist ›Sichtbarkeit‹ der entscheidende Faktor des Erfolgs. Einfach die Grundausstattung der Universitäten zu erhöhen, dafür zu sorgen, dass jedes Fachgebiet an möglichst vielen Standorten mit der materiell erforderlichen kritischen Masse an Grundmitteln ausgestattet wird, und die Oligarchie der Lehrstuhlinhaber durch die Umwandlung von Mitarbeiterstellen in Tenure-Track-Juniorprofessuren zu beseitigen, womit Forschung und Lehre viel mehr als durch die Exzellenzstrategie gedient wäre, bringt keine besondere mediale Aufmerksamkeit. Eine florierende Wissenschaft über die ganze Republik gestreut lässt sich medial nicht so gut verkaufen wie ein Bundesliga-Wettbewerb als Unterbau der vom Shanghai-Ranking organisierten internationalen Champions League.

Allerdings wird es mit dem medialen Interesse bald vorbei sein, wenn Jahr für Jahr dieselben Sieger gekürt werden. Es muss dann der Starkult an die Stelle des Wettbewerbs treten, wie es sich in der Fußball-Champions-League beobachten lässt. Ähnliches gilt für die mediale Inszenierung der Wissenschaft. Sie befeuert einen Starkult, der vollkommen verkennt, dass der Erkenntnisfortschritt aus der fortlaufenden Generierung von Hypothesen und ihrer Verwerfung resultiert, woran eine Vielzahl von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern beteiligt sind, selbst dann, wenn am Ende eine Person mit einem Preis für eine Entdeckung bedacht wird. Dass die Inszenierung des Wettbewerbs um die ›besten Köpfe‹ insbesondere auf Kosten zahlloser Nachwuchswissenschaftler in prekärer Beschäftigung unter der Regie von Managern einer industriellen Massenproduktion und auf Kosten der Erneuerungsfähigkeit der Wissenschaft geschieht, wird im Ne-

bel des Exzellenzhypes nicht bemerkt. Die Medien selbst leben davon und können deshalb kaum noch kritische Distanz dazu wahren.

Dass die Forschungs- und Hochschulpolitik für solche institutionellen Feinheiten blind geworden ist, liegt an der globalen Agenda neoliberaler Gouvernamentalität, die alle Lebensbereiche ein- und demselben Muster unterwirft (Foucault 2006). Politiker und Funktionäre, die diese Agenda umsetzen, tun schlicht das, was politisch opportun ist und von der globalen Agenda das Siegel der Legitimität erhält, unabhängig davon, ob es Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft hilft oder nicht. Sie können nicht anders handeln. Sie sind Gefangene einer globalen Agenda, die weder auf Funktionalitäten noch auf kulturelle Besonderheiten Rücksicht nimmt. Auch darin zeigt sich, dass der Erfolg der Exzellenzinitiative im Sinne der Selbstreferenz des politischen Systems ein politischer ist.

3. Die amerikanische Universität: Entwicklungsdynamik jenseits der Differenzierung in Elite und Masse

Frei nach den von einem ehemaligen Vorstand von General Motors, Charles Erwin Wilson, nicht ganz korrekt kolportierten Worten, handeln die Protagonisten der Exzellenzstrategie nach dem simplen Prinzip »Was für Harvard gut ist, das ist gut für Amerika« bzw. »Was für die TUM gut ist, das ist gut für Deutschland«. Das ist natürlich ein Fehlschluss, weil ein so großer Reichtum einer Universität eine eklatante Überinvestition zu Lasten vieler anderer unterinvestierter Universitäten ist. Was gut ist für die Steigerung des Reichtums und des Prestiges einer Organisation, ist schlecht für die Leistungsfähigkeit des gesamten Systems, letztlich weltweit der Wissenschaft insgesamt, wenn andere Wettbewerber dadurch systematisch benachteiligt werden. Die Exzellenzstrategie von Bund und Ländern hat sich ausgerechnet jene Struktur des amerikanischen Wissenschaftssystems als Vorbild ausgesucht, die gerade nicht dessen Beitrag zur Entwicklungsdynamik der Wissenschaft als globales System ausmacht: die Differenzierung in Elite und Masse, Zentrum und Peripherie. Bis dieses Ziel erreicht ist, muss allerdings noch für längere Zeit mehr Exzellenz beansprucht werden, als wirklich vorhanden ist. Zu einer Eliteeinrichtung wird eine Universität im Laufe von jahrzehntelanger Aufbauarbeit und nicht per Dekret und medialer Inszenierung. Ohne diese in langer Arbeit geschaffene Sub-

stanz wirkt ein »Exzellenz«-Titel auf der Universitäts-Homepage oder auf der Fußleiste einer Powerpoint-Präsentation nur peinlich. Im Fahrwasser dieses Strebens nach »Exzellenz« werden jedoch die eigentlichen Stärken des amerikanischen Wissenschaftssystems systematisch ignoriert, die neben dessen schierer Größe und Hegemonie dessen globale Überlegenheit ausmachen und die schon Joseph Ben-David (1984) identifiziert hat:

(1) Das Department mit 20 bis 40 Professorinnen bzw. Professoren zum Beispiel im Fach Soziologie an den amerikanischen Forschungsuniversitäten mit einem Ph.D. Programm erlaubt es, jede Ausdifferenzierung neuer Forschungsgebiete auf Professorenebene zu institutionalisieren und weiter voranzutreiben und vielfältige Zusammenarbeit in interdisziplinären Forschungszentren zu fördern. Im deutschen Lehrstuhlssystem mit in der Regel fünf bis sechs Professorinnen bzw. Professoren im Fach Soziologie – abgesehen von der Bielefelder Fakultät für Soziologie – haben neue Forschungsgebiete überhaupt keine Chance, sich zu entfalten, weil dafür gar keine Professuren eingerichtet werden können. Bleiben wir bei der Soziologie als Beispiel, so können wir feststellen, dass etwa die Wirtschaftssoziologie, die Wissenschaftssoziologie, die Migrationssoziologie oder die historische Soziologie in den USA prächtig florieren, aber nicht in Deutschland. In den USA gibt es dafür genügend Professorenstellen, in Deutschland nicht. So einfach ist das. Das gilt in gleicher Weise für jede andere wissenschaftliche Disziplin.

(2) Das Graduiertenstudium an jedem Department und nicht nur an ein paar Graduiertenschulen integriert Forschung und Lehre auf dem Niveau, auf dem sich beide wechselseitig befruchten und für die ständige Erneuerung des Wissens sorgen. Die Doktorandinnen und Doktoranden arbeiten selbstständig und sind nicht Diener eines Herrn bzw. einer Herrin. Nur so können sie treibende Kraft der Erneuerung und des Erkenntnisfortschritts sein.

(3) Dazu gehört auch, dass in den USA weit mehr als in Deutschland die Forschung in den Universitäten in enger Verknüpfung mit dem Graduiertenstudium betrieben wird und viel weniger auf außeruniversitäre Forschungsinstitute ausgelagert ist. Das befördert die schnelle Umsetzung der Forschung in Lehre und ihre Weiterführung durch den wissenschaftlichen Nachwuchs, für den das Departmentsystem weit bessere Karrierechancen bietet als das Lehrstuhlssystem und die Trennung von universitärer Lehre und außeruniversitärer Forschung, sodass die von jungen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern eingebrachten Neuerungen auch systematisch Fuß fassen können. Das ist ein gewaltiger Unterschied zu den oligar-

chischen Strukturen des deutschen Lehrstuhlsystems und zur weitgehenden Trennung von Forschung und Lehre zwischen Universitäten und außeruniversitären Forschungsinstituten sowie mit der enorm gewachsenen Drittmittelforschung zunehmend auch innerhalb der Universitäten. Es ist genau der Unterschied, der den Vorteil der USA gegenüber Deutschland ausmacht. Die Oligarchie der Lehrstühle sorgt dagegen in Deutschland dafür, dass die genuin in der Jugend steckende Innovationskraft gar nicht zur Entfaltung gelangen kann, weil der weitaus größte Teil der jungen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler systematisch von der Professur ausgeschlossen wird und die wenigen, die es im viel zu hohen Alter von 41 Jahren und mehr endlich geschafft haben, auf dem Wege dorthin alle Innovationskraft verloren haben.

(4) Ein weiterer struktureller Vorteil der USA ist wie in diesem einen Fall auch in Deutschland der föderale Pluralismus, der gewährleistet, dass trotz aller Stratifikation immer noch 150 sogenannte Forschungsuniversitäten zumindest in einigen Fächern über genügend kritische Masse verfügen, um im Wettbewerb wenigstens einigermaßen mithalten zu können, wenn man einmal die Auflistung unter den ersten 500 Universitäten des Shanghai-Rankings als Maßstab verwenden möchte. Wir wissen, dass ein multipolares System mit einer größeren Zahl gleichrangiger Wettbewerber allemal leistungsfähiger ist als ein unipolares, in Elite und Masse, Zentrum und Peripherie differenziertes System. Das beweist innerhalb Deutschlands schon ein einfacher Vergleich zwischen Baden-Württemberg und Bayern, die über die gleiche Bevölkerungsgröße, die gleiche Zahl an Universitäten und die gleiche Zahl an Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern verfügen. Das historisch bedingt multipolare Baden-Württemberg schneidet gegenüber dem historisch bedingt unipolaren Bayern beim Shanghai-Ranking, bei der Förderung durch die DFG und bei der Exzellenzinitiative deutlich besser ab (Münch 2014: 173 ff.).

Es sind nicht der mangelnde Reichtum und die zu geringe Heraushebung von TUM & Co. aus der Masse der übrigen Universitäten im Vergleich zu MIT & Co., sondern genau diese strukturellen Eigenarten, die neben der schieren Größe und der hegemonialen Stellung die Überlegenheit des amerikanischen Wissenschaftssystems im Vergleich zum deutschen ausmachen. Das wird auch so bleiben, solange Politiker und Funktionäre glauben, mit ein paar Millionen Euro für die akademische Oligarchie den Vorsprung der USA aufholen zu können. Nein, die Exzellenzgelder verfestigen sogar diese Oligarchie massiv und führen zu einer syste-

matischen Verschlechterung der Verhältnisse, statt sie zu verbessern. Geschuldet ist das der fatalen Allianz von New-Public-Management (NPM)-beseelten »Modernisierern« mit der uralten Oligarchie der Lehrstuhlinhaber und Institutsdirektoren und der konzentrierten Macht der Großstandorte und großen außeruniversitären Forschungsgemeinschaften in der Hochschul- und Forschungspolitik. Die Exzellenzstrategie von Bund und Ländern treibt die Oligarchie der Lehrstuhlinhaber noch auf die Spitze, indem ihnen massenhaft weitere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unterstellt werden. Von der flächendeckenden Integration von Forschung und Lehre in einem Graduiertenstudium ist man so weit entfernt wie eh und je. Und dort, wo es punktuell eingeführt wird – zum Beispiel als Graduiertenkolleg oder als Teil eines Exzellenzclusters –, geschieht dies in Angleichung an die tief in der Tradition verwurzelte Oligarchie und mit bürokratischen Kontrollen, die Kreativität nicht fördern, sondern im Keime ersticken. Die einzelnen Kooperationen zwischen Universitäten und außeruniversitären Instituten in Exzellenzclustern heben die weitgehende Trennung von Forschung und Lehre im gesamten System nicht auf. Die wuchernde Drittmittelforschung hat vielmehr die Trennung von Forschung und Lehre in die Universitäten selbst hineingetragen. Und der Föderalismus als die in Deutschland ähnlich wie in den USA Vielfalt und Erneuerungsfähigkeit ermöglichende Struktur wird mit der Exzellenzstrategie ausgehöhlt und in seiner Wirksamkeit eingeschränkt.

Schlussbemerkungen

Von einer Politik, die ihre Legitimität aus der Nachahmung globaler Trends gewinnt und auf mediale Aufmerksamkeitserzeugung zugeschnitten ist, kann man keinen reflektierten Umgang mit den strukturellen Bedingungen des wissenschaftlichen Fortschritts erwarten. Dem Wissenschaftsrat käme jedoch die Aufgabe dieser Reflexion zu. Dass er es nicht tut, ist allerdings auch wieder nicht überraschend, weil er von den Repräsentanten der Großstandorte, großen Forschungsgemeinschaften und der Oligarchie beherrscht wird, die kein Interesse an der Veränderung des status quo, nämlich genau jener Strukturen haben können, deren Profiteure sie selbst sind, dies jedoch auf Kosten der massiven Beeinträchtigung der Leistungsfähigkeit von Forschung und Lehre in Deutschland. Vordergründige »Er-

folge« der erhöhten medialen Sichtbarkeit von »Exzellenz« werden dafür sorgen, dass dieses Spiel so weiter betrieben wird wie bisher. Den Preis dafür zahlen die vielen jungen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die mit den Exzellenzgeldern im Dienste ihrer Herren bzw. Herrinnen ausgebeutet werden, ohne in dem unangetastet belassenen System der Oligarchie eine Karrierechance zu haben, und die in ihrem Fortschritt auf Offenheit, ideale Sprechsituation und frühe Selbständigkeit angewiesene Wissenschaft, wie auch die davon abhängige Wirtschaft und die Gesellschaft insgesamt.

Literatur

- Baier, C. 2016: Reformen in Wissenschaft und Universität in feldtheoretischer Perspektive. Diss. rer. pol. Universität Bamberg.
- Ben-David, J. 1984 [1970]: *The Scientist's Role in Society*. Chicago: University of Chicago Press.
- Bourdieu, P. 1975: The Specificity of the Scientific Field and the Social Conditions of the Progress of Reason. *Social Science Information*, 14. Jg., Heft 6, 19–47.
- Brown, W. 2009: Save the University. www.youtube.com/watch?v=aR4xYBGdQgw, letzter Aufruf 16. Mai 2016.
- Brown, W. 2015a: The End of the Corporate University: What We Are Now. www.youtube.com/watch?v=Z5EWYohECRQ, letzter Aufruf 16. Mai 2016.
- Brown, W. 2015b: *Undoing the Demos. Neoliberalism's Stealth Revolution*. Cambridge, MA: The MIT Press.
- Cooper, M. 2009: Commercialization of the University and Problem Choice by Academic Biological Scientists. *Science, Technology & Human Values*, 34. Jg., Heft 5, 629–653.
- Donoghue, F. 2008: *The Last Professors. The Entrepreneurial University and the Fate of the Humanities*. New York: Fordham University Press.
- Engelen, E., Fernandez, R., Hendrikse, R., 2014: How Finance Penetrates its Other: A Cautionary Tale of the Financialization of a Dutch University. *Antipode. A Radical Journal of Geography*, 46. Jg., Heft 4, 1072–1091.
- Espeland, W.N., Sauder, M. 2007: Rankings and Reactivity. How Public Measures Recreate Social Worlds. *American Journal of Sociology*, 113. Jg., Heft 1, 1–40.
- Feyerabend, P.K. 1993 [1973]: *Against Method*. 3. Aufl. London: Verso.
- Foucault, M. 1977: *Überwachen und Strafen. Die Geburt des Gefängnisses*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Foucault, M. 2006: *Die Geburt der Biopolitik. Geschichte der Gouvernementalität II*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

- Frank, R.H., Cook, P.J. 2010: *The Winner-Take-All Society*. New York: Random House.
- Ginsberg, B. 2011: *The Fall of the Faculty: The Rise of the All-Administrative University and Why It Matters*. New York: Oxford University Press.
- Goffman, A. 2014: *On the Run. Fugitive Live in an American City*. Chicago: University of Chicago Press.
- Goffman, E. 1971 [1959]: *The Presentation of Self in Everyday Life*. Harmondsworth: Penguin Books.
- Habermas, J. 1971: Vorbereitende Bemerkungen zu einer Theorie der kommunikativen Kompetenz. In J. Habermas, N. Luhmann, *Theorie der Gesellschaft oder Sozialtechnologie?* Frankfurt am Main: Suhrkamp, 101–141.
- Hacker, J.S., Pierson, P. 2011: *Winner-Take-All Politics: How Washington Made the Rich Richer – and Turned its Back on the Middle Class*. New York: Simon and Schuster.
- Hartmann, M. 2006: Die Exzellenzinitiative – ein Paradigmenwechsel in der deutschen Hochschulpolitik. *Leviathan*, 34. Jg., Heft 4, 447–465.
- Hartmann, M. 2010: Die Exzellenzinitiative und ihre Folgen. *Leviathan*, 38. Jg., Heft 4, 369–387.
- Heinze, T., Shapira, P., Rogers, J.P., Senker, J.M. 2009: Organizational and Institutional Influences on Creativity in Scientific Research. *Research Policy*, 38. Jg., Heft 4, 610–623.
- Heintz, B., Werron, T. 2011: Wie ist Globalisierung möglich? Zur Entstehung globaler Vergleichshorizonte am Beispiel von Wissenschaft und Sport. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 63. Jg., Heft 3, 359–394.
- Jansen, D., Wald, A., Franke, K., Schmoch, U., Schubert, T. 2007: Drittmittel als Performanzindikator der wissenschaftlichen Forschung. Zum Einfluss von Rahmenbedingungen auf Forschungsleistungen. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 59. Jg., Heft 1, 125–149.
- Karabel, J. 2005: *The Chosen. The Hidden History of Admission and Exclusion at Harvard, Yale and Princeton*. Boston: Houghton Mifflin.
- Luhmann, N. 1986: *Ökologische Kommunikation*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- MacKenzie, D., Muniesa, F., Siu, L. (Hg.) 2007: *Do Economists Make Markets? On the Performativity of Economics*. Princeton: Princeton University Press.
- Marx, K. 1968: *Ökonomisch-philosophische Manuskripte aus dem Jahre 1844*. In *Marx-Engels-Werke, Ergänzungsband, Teil I*. Berlin: Dietz, 465–588.
- Marx, K. 1970 [1867]: *Das Kapital, Bd. 1*. *Marx-Engels-Werke, Bd. 23*. Berlin: Dietz.
- Merton, R.K. 1968: The Matthew-Effect in Science. *Science* 159. Jg., Heft 3810, 56–63.
- Münch, R. 2014: *Academic Capitalism. Universities in the Global Struggle for Excellence*. London, New York: Routledge.
- Reay, D. 2014: *From Academic Freedom to Academic Capitalism*. *Discover Society*. Measured – Factual – Critical. February 15, 2014, www.discoverociety.org, letzter Aufruf 16. Mai 2016.

- Schenker-Wicki, A. 2014: Exzellenz: Institutionelle Konzepte. In Österreichischer Wissenschaftsrat (Hg.), Exzellenz in der Wissenschaft. Österreich im internationalen Vergleich. Wien, 13–29.
- Slaughter, S., Rhoades, G. 2004: Academic Capitalism and the New Economy. Markets, State, and Higher Education. Baltimore, London: Johns Hopkins University Press.
- Tuchman, G. 2009: Wannabe U: Inside the Corporate University. Chicago, London: University of Chicago Press.
- Vallas, S.P., Kleinman, D.L. 2009: Contradiction, Convergence and the Knowledge Economy: The Confluence of Academic and Commercial Biotechnology. *Socio-Economic Review*, 6. Jg., Heft 2, 283–311.
- Washburn, J. 2005: University, Inc.: The Corporate Corruption of American Higher Education. New York: Basic Books.

Eigenverantwortung?

Ethische Aspekte sozialwissenschaftlicher Feldforschung

Ronald Hitzler

Beim DGS-Kongress 2014 in Trier wurde kolportiert, ich habe am von Hella von Unger und Jasmin Siri veranstalteten Roundtable »Forschungsethik« gesagt, der Teufel solle die Ethik-Kommissionen holen. Die Kolportage ist richtig, denn entgegen der funktionalistischen Lesart, in Ethik-Kommissionen werde ein Kommunikationsstil eingeübt, der es ermögliche, Entscheidungen zu rechtfertigen, halte ich Ethik-Kommissionen und Ethik-Deklarationen¹ vor allem für Hilfseinrichtungen zur Flucht aus der Eigenverantwortung sozialwissenschaftliche Feldforschung betreibender Personen. Das Folgende bitte ich als komprimierte basale Erläuterung der meiner Äußerung zugrundeliegenden Überlegungen zu verstehen.

I.

Der Begriff »Morak« bezeichnet normative Vorstellungen, die Personen haben und denen Personen begegnen. Auch (und nicht zum Wenigsten) Personen, die sozialwissenschaftliche Feldforschung betreiben, sind mit solchen (moralischen) *Normen* konfrontiert – einerseits als Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler mit den je aktuellen Normen ihrer Disziplin, andererseits als Bürgerinnen und Bürger mit den je aktuellen Normen ihrer Gesellschaft. Eine »Ethik sozialwissenschaftlicher Feldforschung« hat sich mithin mit der moralischen Verantwortung der forschenden Person für die Ausübung ihres Berufes zu befassen – zum einen bezogen auf ihre Stan-

1 Siehe etwa die sogenannte »Frankfurter Erklärung« zur Ethik in der Ethnologie von 2008 (www.dgv-net.de/tl_files/dokumente/Ethikerklaerung%20_DGV_2009.pdf)

desmoral, zum anderen bezogen auf die in ihrer Gesellschaft bzw. in den für sie wie auch immer relevanten Teilen der Gesellschaft geltenden Moralvorstellungen.

Solche Moralen sind evidentenmaßen empirisch zugänglich und stellen mithin zunächst eine Rekonstruktionsaufgabe dar. Aufgabe des Betreibens von Ethik ist es aber auch, empirisch zugängliche Moralen zu beurteilen und gegebenenfalls zwischen alternativen Moralen zu entscheiden. Ethik macht – neben ihrer primären Aufgabe: zu klären, worüber überhaupt zu verhandeln ist – auf die empirische Relativität moralischer Auffassungen aufmerksam.

Ich schlage also vor, unter Ethik ganz allgemein die *Reflexion* über die kantische Frage »Was sollen wir tun?« *und* über die sozial verfügbaren »Antworten« auf diese Frage, mithin über normative Aussagen, über Verbote, Gebote und Erlaubnisse und über diesen wiederum zugrundeliegende bzw. aus diesen abgeleitete Werturteile zu verstehen. Dementsprechend impliziert gerade eine Ethik sozialwissenschaftlicher Feldforschung zunächst einmal die Reflexion über die Frage, ob wir die Frage »Was sollen wir tun?« überhaupt stellen sollen bzw. ob nicht jede Antwort darauf ohnehin nur eine unter vielen möglichen *Einstellungen* zu einer Sache kundtut – verbunden mit der *Aufforderung* an andere, sich diese Einstellung zu eigen zu machen. Anders gefragt: Können ethische Evaluationen ihrerseits (irgendeine) Verbindlichkeit (für andere) beanspruchen?

II.

Das Problem ethischer Urteile besteht zunächst einmal darin, dass sie nicht auf den Kriterien von wahr und unwahr bzw. von richtig und falsch basieren, sondern auf denen von gut und schlecht bzw. von gut und böse. Das heißt, dass sie eben keine im strengen Sinne *wissenschaftlichen*, sondern (unter bestimmten Umständen hinlänglich konsensfähige) metaphysische Aussagen sind. Zwar lässt sich empirisch belegen, dass Menschen zumindest menschliches Handeln (auch das eigene) immer auch moralisch bewerten. Es lässt sich aber empirisch ebenso belegen, dass alle Werturteile stets kulturell und historisch relativ sind. Ethische Aussagen haben Verabredungscharakter, was aber keineswegs heißt, dass moralische Werte stets oder auch nur in der Regel irgendwie frei vereinbart würden. Moralische Werte lassen sich erfahrungsgemäß auch (und oft) durch geeignete Machtmittel

oktroieren (beginnend mit relativ leichten Sanktionen wie Auslachen über zunehmenden Druck zum Beispiel durch performative Unverständnis- und Unmutsbekundung, Ressourcenentzug, physisches und psychisches Drangsalieren bis hin zur Existenzbedrohung). Die Verbindlichkeit moralischer Werte korreliert durchaus, wie Berger und Luckmann metaphorisch schreiben, mit der Derbheit des Stockes, mit dem sie Menschen eingbläut werden. Noch einfacher gesagt: Furcht (ob begründete oder unbegründete), wovor auch immer, vermag moralische Werte durchzusetzen und nachhaltig zu stabilisieren. Das wusste nicht nur schon Macchiavelli, sondern auch Al Capone: »You can get further with a kind word and a gun than you can with just a kind word.«

Wenn wir Moralen beschreiben, dann müssen wir also immer auch Machtfragen mitbedenken. Und wenn wir Machtfragen bedenken, dann müssen wir dies vor allem mit Blick auf die gängigen, keineswegs immer als solche offensichtlichen Machtmittel »unserer Zeit« tun. Und wenn wir Moralen beurteilen, dann müssen wir natürlich fragen, inwiefern wir deren Befunde selber wiederum als moralisch *verbindlich* verstanden wissen wollen. Wenn *ich* einen bestimmten moralischen Wert positiv bewerte, also anerkenne, beinhaltet dies dann auch, dass ich davon ausgehe, *Du* müsstest diesen Wert ebenfalls anerkennen? Wenn ich dies meine, mit welchen Mitteln bringe ich Dich dann dazu? Wenn ich dies nicht meine, wie gehe ich dann mit der Möglichkeit um, dass Deine und meine Moral bzw. Deine und meine *Beurteilung* von Moralen in einem sich gegenseitig ausschließenden Verhältnis zueinander stehen können? Erst in dem Maße, in dem wir uns solchen Fragen stellen, in dem wir solche Fragen nicht vorschnell beiseite schieben bzw. als ohnehin schon geklärt postulieren, sind Auseinandersetzungen über Moralen mehr und anderes als Betroffenheitsbekundungen.

Nochmals zur Verdeutlichung: Ethisch zu denken, heißt per se durchaus *nicht*, eine bestimmte (wie auch immer geartete) moralische Haltung einzunehmen, sondern vielmehr, divergente und widersprüchliche moralische Konzeptionen auf ihre jeweiligen Begründungen hin zu reflektieren, also zu vergleichen, zu problematisieren und zu beurteilen. Die Aufforderung, ethisch zu denken, ist entweder ein Appell zur Eigenverantwortung oder der soziale Oktroi einer wie auch immer gearteten Moral.

III.

Wenn und insofern man moralisches Handeln als ein Handeln begreift, das von außen auferlegten Gesetzen (im weitesten Sinne) gehorcht, genügt die Übereinstimmung eines Handelns mit diesen Gesetzen, um es moralisch positiv zu bewerten. Das Kriterium für die Beurteilung von Handlungen ist hier dementsprechend, inwiefern sie mit Moralgesetzen übereinstimmen bzw. von ihnen abweichen. Als irrelevant hingegen erscheint unter dieser Prämisse die subjektive Einstellung des Handelnden zu den moralischen Geboten. Moralerziehung hieße demzufolge: Erziehung zur Furcht vor Übertretungen von (im legalistischen Sinne verstandenen) Gesetzen und (im sittlichen Sinne verstandenen) »Gesetzen«.

Nun wird die Gültigkeit der Prämisse apriorisch von außen auferlegter Moralgesetze gerade »heutzutage« jedoch auch nachdrücklich und nachhaltig bestritten. Anders ausgedrückt: In Übereinstimmung mit kulturvergleichenden Forschungen wird von vielen Seiten das Bestehen zeitloser, allgemeiner Normen und Werte in Frage gestellt bzw. verneint. Wenn es nun aber *keine* apriori auferlegten Normen und Werte gibt, dann muss sie jemand erfinden bzw. erfunden haben, denn Moralen sind empirisch nachweisbar und je einige davon sind für jeden einzelnen von uns evident.

Einfach davon auszugehen, dass dem einzelnen Menschen seine Normen und Werte eben von der Gesellschaft auferlegt seien, in der er lebt, ist erkennbar eine zwar probate, zumindest soziologisch gesehen jedoch auch eine viel zu simple Ausflucht vor der Eigenverantwortung. Denn jede (jedenfalls jede moderne) Gesellschaft und jede ihrer Teilgesellschaften stellt Normen und Werte lediglich *bereit* – teils mehr und teils weniger zwanghaft, jedoch niemals so selbstverständlich oder nachdrücklich, dass die einzelne Person dadurch der Entscheidung für oder gegen diese Normen und Werte enthoben wäre. Das heißt, dass, bei allem sozialen Zwang, der mit ihnen einhergeht, Moralen zwar als (kulturell variable) gesellschaftliche Angebote vorhanden sind, dass die tatsächliche Moral einer Person aber letztendlich ihre eigene »Erfindung« ist: Nichts legitimiert oder delegitimiert demnach *an sich* die je individuelle Entscheidung für oder gegen eine Moral – nichts außer der individuellen Akzeptanz »übergeordneter« legitimatorischer Instanzen.

IV.

Damit aber ändert sich natürlich auch die Grundlage der Möglichkeit, das Handeln anderer Personen zu beurteilen: Jede Person hat grundsätzlich und stets zwischen Moralen zu wählen (was immer auch die Möglichkeit einschließt, etwas zu wählen, was gesellschaftlich als »unmoralisch« gilt). Folglich lässt sich das Handeln einer anderen Person zwar *moralisch* qualifizieren – zum Beispiel kann die Feststellung, das Handeln einer anderen Person sei opportunistisch oder defätistisch, sei affirmativ oder subversiv, natürlich nach wie vor und jederzeit getroffen werden. Eine solche moralische Beurteilung ist aber eine unabdingbar *relative* Feststellung – eine Beurteilung eben in Relation zu einem von mir (in der Regel aus einer bestimmten – kurz- oder langfristigen – Sichtweise heraus) selber gewählten Normen- und Wertesystem.

Moralisch bewerten kann man das Handeln einer Person demzufolge zumindest im Hinblick darauf, ob es eigenverantwortlich geschieht, oder ob es im *Verweis* worauf auch immer entschuldigt oder gerechtfertigt wird. Wer immer aber, *wie auch immer*, die Verantwortung für das eigene Handeln übernimmt, kann dem zufolge *ethisch* gesehen damit für sich auch beanspruchen, *moralisch* zu handeln – ob das Handeln nun mit je – relativ »zufällig« – *kulturell* gegebenen moralischen »Gesetzen« übereinstimmt oder nicht. Denn wenn die Bewertung von Zielsetzungen eben soziohistorisch relativ ist, kann sie folgerichtig nicht den *Wert* moralischer Entscheidungen selber bestimmen.

Das heißt, die Frage der sozialen Akzeptanz im Hinblick auf das Kriterium der Eigenverantwortung vermag den moralischen Gehalt entschiedenen Handelns (natürlich) *nicht* zu relativieren. Moralisches Handeln bedarf dieser Auffassung zufolge keiner sozial gewährleisteten Erfolgsgarantie. Im Gegenteil, wie Camus' Sisyphos-Mythos nachgerade exemplarisch zeigt, äußert sich die moralische Entscheidung (für welche Gesinnung auch immer) gerade im Scheitern, im unermüdlichen Anlauf, als eigenständiger Wert. Denn nicht *wofür* ich mich entscheide, ist hier entscheidend, sondern *dass* ich mich entscheide. Dieser – von mir protegierten – Moral(philosophie) zufolge ist jede einzelne Person für ihr Handeln *selber* zuständig. Und jede einzelne Person ist moralisch auch voll und ganz dafür verantwortlich – aber eben ausschließlich *sich selber* gegenüber. (Ob eine solche dezisionistische Eigen-Moral von anderen geteilt, hingenommen oder abgelehnt wird, ist hingegen eine empirische Frage.)

V.

In deskriptiver Hinsicht können wir also eine Vielzahl von Moralien unterscheiden, die sich auch in Relation zu Max Webers Idealtypisierung von *verantwortungsethischem Handeln* einerseits (»Stehe sozial für die *Folgen* Deines Handelns gerade«) und *gesinnungsethischem Handeln* andererseits (»Tue recht, was daraus folgt, liegt nicht in Deiner Macht«) bestimmen lassen. Eine Person aber, die, um es in Weberscher Diktion zu formulieren, Sozialforschung, und vollends als Beruf, betreibt, bewegt sich – weniger hinsichtlich ihrer individuellen als vielmehr hinsichtlich ihrer berufsständischen Moral – nicht zwischen, sondern *jenseits* der damit eröffneten Alternativen: Auch wenn sie versucht, sich an abstrakten, das heißt an religiösen, ideologischen, rechtlichen, professionellen oder anderen ihr zuhandenen Normen und Werten – sei es nun zustimmend oder ablehnend – zu orientieren, entscheidet sie sich für oder gegen diese Normen und Werte. Praktisch enthebt sie somit auch der Entschluss, im positiven oder negativen Rekurs auf bestimmte Normen zu handeln, nicht der Notwendigkeit, in konkreten Situationen individuell konkrete Entscheidungen zu treffen, konkret zwischen – durch solche Normen eben *nicht* vorentschiedenen – Alternativen zu wählen. Um die Entscheidung, und das ist hier das Entscheidende, kommt sie nicht oder jedenfalls nur dann herum, wenn sie ignoriert bzw. leugnet, dass sie sie unweigerlich (eigenverantwortlich) *selber* zu treffen hat.

Um diese Idee der Eigenverantwortung in ein *für mich* wesentliches forschungsethisches Postulat zu fassen: Die sozialwissenschaftliche Feldforschung betreibende Person muss gewärtigen, dass sie, wenn sie sich auf ihr Feld einlässt, auf Menschen trifft, die ihr fremd sind, deren Ansichten sie nicht teilt, deren Verhalten sie als unheimlich, als unangenehm, als abstoßend empfindet. Sie sieht unter Umständen Dinge, vor denen sie die Augen verschließen möchte. Sie hört Sachen, von denen sie mitunter wollte, sie wären ihr nicht zu Ohren gekommen. Sie findet sich in Situationen wieder und macht Erfahrungen, die sie sich möglicherweise lieber erspart hätte.

Gleichwohl weiß die sozialwissenschaftliche Feldforschung betreibende Person, solange sie sich nicht maximal *affirmativ* auf die im jeweiligen Forschungsfeld geltenden Moralvorstellungen eingelassen hat, nicht (oder womöglich gar besser als diese), was für die Menschen, mit denen sie zu tun hat, gut bzw. richtig ist. Die sozialwissenschaftliche Feldforschung betreibende Person soll deshalb ihre eigenen Moralvorstellungen prinzipiell zu Hause lassen – oder spätestens sozusagen an der Garderobe abgeben. Im

Gegenzug zu dieser maximal affirmativen Haltung im Feld gilt es, die qua existenzieller Perspektivenübernahme generierten Daten mit rein theoretischem Interesse (das heißt maximal kühl und distanziert) zu analysieren.

Eine Person, die eigene Moralitäten zeitweilig zu suspendieren und/oder zwischen leidenschaftlicher Teilnahme und leidenschaftsloser Analyse scharf zu trennen, nicht aushalten will oder kann, sollte sich nicht an Ethikkodices klammern und schon gar nicht die Verantwortlichkeit für ihr Tun an die Ratschlüsse von Ethikkommissionen übertragen. Eine Person, die derlei nicht selber verantworten will oder kann, sollte ganz einfach *keine* Feldforschung machen.

»Die Umfrage ist anonym ...«

Zur Formulierung von Datenschutzhinweisen
in wissenschaftlichen Onlineumfragen

Nadine Meidert, Moritz Meidert, Roos Haer

Einleitung

Umfragen gehören zu den wichtigsten Datenerhebungsmethoden in den Sozialwissenschaften. Die Verbreitung des Internets (Schaefer, Dillmann 1998; Cho, LaRose 1999) und die damit verbundenen technischen Möglichkeiten zur einfachen Umsetzung von Onlineumfragen, die dabei helfen, ohne hohen Datenerfassungsaufwand schnell Informationen zu generieren, haben zu einem Anstieg von Onlineumfragen geführt (Vicente, Reiss 2010). Während früher Umfrageinstitute mit der Administration und Durchführung von Befragungen beauftragt wurden, wird dies heute in Forschungsprojekten vom wissenschaftlichen Personal bzw. den Projektmitarbeitenden selbst übernommen. Das führt dazu, dass sich Forschende mit verschiedenen Herausforderungen der Datenerhebungspraxis konfrontiert sehen. Mehrere, teilweise auch sehr praxisnahe Lehrbücher bieten dabei eine gute Hilfestellung (Hinner 2015; Kuckartz et al. 2012). Eine dieser Herausforderungen, die in Lehrbüchern oft zu kurz kommt, ist der Datenschutz. Forschende sind sich in der Regel über dessen Stellenwert bewusst, aber häufig wegen der Komplexität des Themas und uneindeutigen Informationen nicht ausreichend im Bilde.

Grundsätzlich gilt, wie Eberle (1981) bereits ausführt, dass der Datenschutz aus rechtlicher Perspektive kein Hindernis für Datenerhebungen in der Soziologie oder empirischen Sozialforschung darstellt, dass aber be-

stimmte Aspekte zu beachten sind. Welchen Aspekten des Datenschutzes muss bei der Erhebung, Verarbeitung und Nutzung von Daten in sozialwissenschaftlichen Onlineumfragen Rechnung getragen werden? Daraus ergibt sich die ganz konkrete Frage: Was muss bei der Formulierung von Datenschutzhinweisen beachtet werden? Hier setzt der vorliegende Beitrag an. Unter der Berücksichtigung aktueller Forschung zum Thema Datenschutz bei (Online-)umfragen und den in Deutschland gültigen rechtlichen Rahmenbedingungen werden praxisnahe Hinweise zur Formulierung von Datenschutzhinweisen bei wissenschaftlichen Onlineumfragen gegeben. Dabei stellen wir den aktuellen Status Quo dar, der sich insbesondere durch die Anwendung der Europäischen Datenschutz-Grundverordnung ab Mai 2018 (EU-DSGVO) ändern wird.

Wir konzentrieren uns ausschließlich auf die Formulierung von Datenschutzhinweisen bei einer wissenschaftlichen Erhebung in standardisierten Onlineumfragen. Der oben erwähnten Komplexität des Themas wegen, befassen wir uns ganz bewusst nur mit einem kleinen Aspekt, der aus datenschutzrechtlicher Perspektive in der sozialwissenschaftlichen Praxis von Relevanz ist. Forschenden muss aber klar sein, dass die Grundsätze des Datenschutzes auch bei anderen Formen der Datenerhebung zu beachten sind, wobei jede Erhebungsmethode andere Herausforderungen mit sich bringt. Zum Beispiel ergeben sich bei qualitativen Interviews durch die sehr dichten und genauen Daten besondere Herausforderungen hinsichtlich der Sicherstellung der Anonymität. Der Artikel von Gebel et al. (2015) beschäftigt sich mit diesem Aspekt und der Frage, wie eine Einwilligungserklärung bei qualitativen Interviews formuliert werden kann, um die Nutzung, Speicherung und Weitergabe der Interviewdaten zum Beispiel zu Replikationszwecken im Sinne einer guten wissenschaftlichen Praxis zu ermöglichen. Diese Arbeit ist auch deshalb hervorzuheben, weil die Autoren – wie wir – das Ziel haben, sowohl die Forschungspraxis als auch die juristische Seite zu beleuchten, um auf dieser Basis konkrete Handlungsanweisungen für den Forschenden ableiten zu können.

Im folgenden Kapitel geben wir einen Überblick über die wissenschaftliche Literatur und Studien, die sich mit Datenschutz in Umfragen oder verwandten Themen zur Darstellungen von Informationen in Umfragen beschäftigen. Hier wird zunächst den allgemeinen Fragen nachgegangen, ob und warum Datenschutz in Umfragen wichtig ist. In einem weiteren Schritt wird erörtert, welchen Einfluss die Darstellung von Datenschutzhinweisen bzw. unterschiedliche Arten der Darstellungen oder Formulie-

rungen auf die Teilnahmebereitschaft oder das Antwortverhalten haben kann. Anschließend nähern wir uns dem Thema aus der juristischen Perspektive und stellen die rechtlichen Rahmenbedingungen vor. Zum Schluss fassen wir die relevanten Erkenntnisse aus den vorherigen Kapiteln zusammen und geben auf dieser Basis Empfehlungen zur Formulierung und Gestaltung von Datenschutzhinweisen.

Datenschutz in der wissenschaftlichen Literatur

Bedenken hinsichtlich eines Datenmissbrauchs sind unter der Bevölkerung nicht erst seit den Enthüllungen von Edward Snowden verbreitet, wie Arbeiten älteren Datums zeigen (Westin 2003; Katz, Tassone 1990). Dass diese Bedenken möglicherweise die Bereitschaft reduzieren, an einer Umfrage teilzunehmen, scheint eine logische Schlussfolgerung zu sein (Singer, Mathiowetz, Couper 1993: 446). Die Zweifel hinsichtlich eines vertrauensvollen Umgangs mit Daten beeinflussen auch andere Aktivitäten im Internet (Buchanan et al. 2007: 158). Beispiele dafür sind Onlineshopping (Bowie, Jamal 2006) oder die Angabe von persönlichen Daten auf Websites (Cho, LaRose 1999: 421). Daraus lässt sich zusammenfassend ableiten, dass Bedenken hinsichtlich der Einhaltung des Datenschutzes sich negativ auf die individuelle Bereitschaft auswirken, an einer Umfrage teilzunehmen, und dass dieser Effekt bei Onlineumfragen besonders stark ist.

Die Bedenken können einzelne Forschende nicht ändern, aber sie können durch ein entsprechendes Design des Erhebungsinstruments und insbesondere durch (die Gestaltung der) Datenschutzhinweise den Zweifeln der einzelnen Personen aktiv entgegenwirken und diese reduzieren. Einige wenige Studien haben sich daher mit dem Einfluss verschiedener Designvarianten datenschutzrechtlich relevanter Informationen und Aspekte auf die Teilnahmebereitschaft und das Antwortverhalten beschäftigt. Einen detaillierten Überblick bieten Singer, von Thurn und Miller (1995). Allgemein sind die Arbeiten von Singer (unter anderem Singer, Hippler, Schwarz 1992; Singer, Mathiowetz, Couper 1993) für dieses Thema ein guter Einstieg. Nachfolgend sollen einzelne Ergebnisse ausgewählter Studien kurz vorgestellt werden, aus denen sich konkrete Handlungsempfehlungen für die Darstellung der Datenschutzhinweise bei Onlineumfragen ableiten lassen.

Wer an einer Onlineumfrage teilnimmt, muss – zum Beispiel auf der Startseite – auf verschiedene Aspekte der Befragung hingewiesen werden.¹ Die Meinungen hinsichtlich der Frage, wie sich die Präsentation der Datenschutzhinweise auf die Bereitschaft auswirkt, an der Umfrage teilzunehmen, gehen auseinander: Einerseits kann ein negativer Effekt auf die Teilnahmebereitschaft vermutet werden, da zunächst gar nicht vorhandene Befürchtungen möglicherweise mit zu detaillierten Hinweisen geweckt werden. Andererseits könnte es sich auch um einen positiven Effekt handeln, da klar kommuniziert wird, was mit den Daten geschieht (Singer, Hippler, Schwarz 1992). In der US-amerikanischen experimentellen Umfrageforschung wird dieser Aspekt in Studien über den *informed consent* untersucht. *Informed consent* beschreibt die in den USA rechtlich geforderte informierte Einwilligung bei der Datenabgabe. Das heißt, einer Person müssen die nötigen Informationen über Zweck, Verarbeitung und auch Risiken der Datenabgabe zur Verfügung gestellt werden, damit sie auf dieser Basis entscheiden kann (Singer 1993). Studien kommen hierbei zu keinem eindeutigen Ergebnis (Singer 1993; Singer, von Thurn, Miller 1995; Gebel et al. 2015). Es ist davon auszugehen, dass allgemeine Bedenken gegenüber der Datenerhebung oder der erhebenden Institution eher einen negativen Einfluss auf die Teilnahmebereitschaft haben, als die Präsentation der Datenschutzhinweise per se (Singer 1993). Ungeachtet der ethischen und rechtlichen Pflicht spricht von empirischer Seite damit nichts gegen eine detaillierte Information der Befragungsteilnehmenden über den Zweck und die Verarbeitung der Daten.

Folglich stellt sich aber immer noch die Frage, wie die Datenschutzhinweise präsentiert werden sollten. Als Ort bietet sich die Startseite der Umfrage an. Bei Onlineumfragen, zu denen die Personen per E-Mail oder Brief eingeladen werden, ist es denkbar, die Datenschutzhinweise im Einladungsschreiben zu präsentieren. Da es zwar unwahrscheinlich, aber möglich ist, dass eine Person zufällig auf die Seite der Onlineumfrage gelangt, ist es sinnvoll, die Datenschutzhinweise durch ihre Präsentation auf der Startseite direkt mit der Umfrage zu verbinden. Wie wir gezeigt haben, hat eine überfüllte Startseite zwar einen geringen, aber dennoch negativen Einfluss auf die Bereitschaft, an der Umfrage teilzunehmen (Haer, Meidert 2013). Daher sollten die Informationen zum Datenschutz prägnant zusammengefasst werden. Weiterführende und detailliertere Informationen kön-

1 Im nächsten Kapitel werden wir die rechtlichen Grundlagen dafür ausführen und erläutern, über welche Aspekte informiert werden muss.

nen über eine gesonderte Webpage kommuniziert werden, die über einen Link erreichbar ist.

In diesem Zusammenhang gilt allgemein, dass die Datenschutzhinweise in einer Art und Weise präsentiert werden sollten, die von den Befragungsteilnehmenden nicht als zusätzliche Belastung wahrgenommen wird. Crawford, Couper und Lamias (2001) untersuchen, ob Faktoren, die als zusätzliche Last wahrgenommen werden können, wie zum Beispiel eine Passworteingabe bei Start der Onlinebefragung, die Teilnahmebereitschaft reduzieren. Zwar bestätigt sich der vermutete negative Effekt, allerdings ist dieser überwiegend gering, und die Autoren schließen in ihrem Fazit, dass es letztlich nicht auf einzelne Faktoren ankommt, sondern auf deren Kombination. Als eine solche Last könnte auch das Ankreuzen bzw. Anklicken eines Antwortfeldes verstanden werden, um zu bestätigen, dass die Datenschutzhinweise gelesen wurden. Für dieses konkrete Beispiel einer einzelnen zusätzlichen Hürde kann allerdings kein negativer Effekt auf die Teilnahmebereitschaft nachgewiesen werden (Haer, Meidert 2014).

Ein weiterer Aspekt im Zusammenhang mit dem Datenschutz ist der Einfluss, den die Zusicherung von Anonymität auf die Antwortbereitschaft hat. Um den Befragungsteilnehmenden die Sicherheit zu geben, dass mit ihren Daten verantwortungsvoll umgegangen wird, wird in den Datenschutzhinweisen versichert, dass die Umfrage anonym sei. Verschiedene Studien zeigen auch hier wieder kein eindeutiges Ergebnis: Zugesicherte Anonymität führt nicht automatisch zu weniger verzerrten oder ehrlicheren Antworten (O'Malley et al. 2000: 35; Frey 1986: 269). Der Begriff Anonymität wird in der Literatur häufig vereinfacht darüber definiert, ob Namen angegeben werden oder nicht (O'Malley et al. 2000: 35). Im deutschen Gesetzeskontext greift diese einfache Definition aber nicht, wie im Folgenden ausgeführt wird. Daher sollte man vorsichtig mit dem Versprechen von Anonymität in der Umfrage sein.

Rechtliche Rahmenbedingungen

Das Recht auf informationelle Selbstbestimmung ist durch das deutsche Grundgesetz geschützt, womit sich für jeden ein Grundrecht auf Datenschutz ergibt. Für öffentliche Stellen und für die Privatwirtschaft ist in Deutschland das Datenschutzrecht im Bundesdatenschutzgesetz (BDSG)

und für Universitäten und andere öffentliche Stellen der Länder in den Landesdatenschutzgesetzen (LDSG) geregelt.² Bereichsspezifische Spezialgesetze verdrängen das BDSG und LDSG. Grundsätzlich gilt, dass die Erhebung, Verarbeitung und Nutzung von personenbezogenen Daten verboten ist, allerdings gibt es gesetzlich geregelte Ausnahmen (Gebel et al. 2015).

Auf der anderen Seite schützt das Grundgesetz auch Wissenschaft und Forschung, woraus sich viele Freiheiten für die wissenschaftliche Forschung ableiten lassen. Wegen des oben ausgeführten verfassungsrechtlich geschützten Rechts auf informationelle Selbstbestimmung muss der Datenschutz auch im Bereich der wissenschaftlichen Forschung aus juristischer Sicht berücksichtigt werden. Allerdings beinhalten weder das BDSG noch die LDSG Legaldefinitionen für »wissenschaftliche Forschung«. Mit großer Sicherheit ist auch Auftragsforschung, die nach allgemeinen wissenschaftlichen Standards durchgeführt wird, darunter zu fassen, solange die erhobenen Daten nicht auch für wirtschaftliche Zwecke, also zum Beispiel Werbeanschreiben genutzt werden. Wissenschaftliche Zwecke sind in jedem Fall anzunehmen, wenn die Datenerhebung im Rahmen und für Zwecke der Forschungstätigkeit von Hochschulen oder Hochschuleinrichtungen erfolgt. In diesem Artikel beziehen wir uns ausschließlich auf wissenschaftliche Forschung. Bei Onlineumfragen, die andere Zwecke verfolgen, gelten deutlich strengere Regeln.

Auf europäischer Ebene war bis vor kurzem die Europäische Datenschutz-Grundverordnung (EU-DSGVO) im Gesetzgebungsprozess, die am 25. Mai 2016 in Kraft getreten ist. Von da an dauert es 24 Monate, bis die EU-DSGVO zur Anwendung kommt. Auch dann allerdings ist – ein entsprechendes Agieren des deutschen Gesetzgebers vorausgesetzt – nicht mit einschränkenden Auswirkungen auf die Datenerhebung, -verarbeitung und -nutzung für wissenschaftliche Zwecke zu rechnen, da für diese Zwecke der nationale Gesetzgeber die Regelungskompetenz weitgehend behält. Die EU-DSGVO wird in diesem Bereich lediglich Richtlinienwirkung entfalten.

Zuerst muss jeweils geklärt werden, welches Datenschutzgesetz anzuwenden ist. Wenn die Onlineumfrage von einer Hochschule durchgeführt wird, ist das jeweilige LDSG maßgeblich. Da weder das BDSG noch einzelne LDSG explizite Kollisionsnormen, also Regelungen enthalten, welches Ge-

² Zu den Hintergründen für die Datenschutzgesetzgebung siehe ausführliche Informationen in Simitis, Dammann, Arendt (2014).

setz im Zweifel anzuwenden ist, sind beim Zusammenwirken mehrerer Hochschulen aus unterschiedlichen Bundesländern die jeweiligen landesrechtlichen Regelungen anzuwenden. Die einzelnen Landesdatenschutzgesetze unterscheiden sich im Hinblick auf die Regelungen bezüglich wissenschaftlicher Zwecke nicht relevant. Im Folgenden wird auf das baden-württembergische LDSG Bezug genommen. Die Ausführungen sind allerdings auch in den anderen Bundesländern anwendbar.

Weiter muss bei jeder Datenerhebung die Frage gestellt werden, ob personenbezogene Daten erhoben werden, denn nur dann kommen die Datenschutzgesetze zur Anwendung. Handelt es sich um Daten ohne Personenbezug, sind diese also anonym, können sie ohne Berücksichtigung datenschutzrechtlicher Vorgaben erhoben, verarbeitet und genutzt werden (Gebel et al. 2015). Personenbezogene Daten sind »Einzelangaben über persönliche oder sachliche Verhältnisse einer bestimmten oder bestimmbarer natürlichen Person (Betroffener)« (LDSG BW §3 Abs. 1). Interpretiert man *bestimmbar* im engen Sinn, dann sind Daten auch schon dann personenbezogen, wenn es theoretisch möglich ist, eine Person zu bestimmen. Wenn beispielsweise in einer Umfrage als einzige soziodemographische Information das Alter erhoben wird, muss dies per se noch nicht personenbezogen sein. Gibt es in einem Unternehmen, in dem die Befragung durchgeführt wird, allerdings nur eine Person in einem bestimmten Alter, dann wird die Person durch die Angabe des Alters bestimmbar und damit liegt ein Personenbezug vor. In diesem Beispiel sind die Daten aus Sicht der Personalabteilung, die Kenntnis über das Alter der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hat, nicht anonym. Im Fall von Onlineumfragen ist in diesem Zusammenhang das Erfassen von IP-Adressen von Interesse. Diese gelten als personenbezogene Informationen, da Internet-Service-Provider, welche die IP-Adressen vergeben, diese Personen zuordnen können (Dr. Datenschutz 2014; 2016). Das heißt weiter, dass eine Onlineumfrage, bei der die IP-Adressen aufgezeichnet werden, im engen Sinne nicht anonym ist.

Wenn nun geklärt ist, dass es sich um personenbezogene Daten handelt und damit die Datenschutzgesetze zum Tragen kommen, dann ist zu beachten, dass das Gesetz die drei Aspekte Erheben, Verarbeiten und Nutzen von personenbezogenen Daten unterscheidet. Eine Forschungsgruppe, die bei der Durchführung von Onlinebefragungen ein Datenschutzkonzept erstellt, muss diese drei Aspekte berücksichtigen. Das heißt weiter, dass die Befragungsteilnehmenden in den Datenschutzhinweisen auch über diese drei Aspekte informiert werden sollten.

Erhebung: Beim Erheben der Daten ist der »Betroffene« grundsätzlich gemäß dem LDSG darüber zu unterrichten, dass Daten von ihm erhoben werden und um welche Daten es sich dabei handelt.³ Im Falle einer Onlinebefragung ist dies ein wenig problematischer Punkt, da die Personen aktiv auf den Link klicken und die Fragen ausfüllen. Dieser Punkt kommt eher zum Tragen, wenn Daten ohne das Wissen des Betroffenen erhoben werden (zum Beispiel Eyetrackingstudie an öffentlichem Platz), wobei es hier für unabhängige wissenschaftliche Forschung sogar eine gesetzliche Ausnahmeregelung gäbe (LDSG BW §35 Abs. 1). Für wissenschaftliche Zwecke dürfen im Prinzip alle Arten von personenbezogenen Daten erhoben werden. Das gilt auch für sogenannte besondere Daten, die als besonders sensitiv gelten, also »Daten, aus denen die rassische und ethnische Herkunft, politische Meinungen, religiöse oder weltanschauliche Überzeugungen, die Gewerkschaftszugehörigkeit, die Gesundheit oder das Sexualleben hervorgehen« (LDSG BW §33 Abs. 1) können.

Verarbeitung: »Verarbeiten ist das Erheben, Speichern, Verändern, Übermitteln, Nutzen, Sperren und Löschen personenbezogener Daten« (LDSG BW §3 Abs. 2). Für die weitere Verarbeitung der Daten nach der Erhebung ist grundsätzlich die Zustimmung des Betroffenen einzuholen. Der Erhebung hat die Person implizit zugestimmt, indem sie die Daten durch das Ausfüllen zur Verfügung gestellt hat. Damit hat sie aber nicht der weiteren Verarbeitung der Daten zugestimmt, weshalb hier eine gesonderte Einwilligung notwendig wird. Bei Onlineumfragen ist die schriftliche Zustimmung nur schwer umsetzbar. Eine elektronische Erklärung ist allerdings grundsätzlich möglich, wenn sichergestellt wird, dass die Einwilligung nur durch eine eindeutige und bewusste Handlung des Einwilligenden erfolgen kann, sie nicht unerkennbar verändert werden kann, ihr Urheber eindeutig erkannt werden kann und die Einwilligung (Tag, Uhrzeit, Inhalt) protokolliert wird (LSDG BW §4 Abs. 4). Die Einwilligung kann nur unter gleichzeitiger Aufklärung über die beabsichtigte Datenverarbeitung und ihren

3 Zu der Unterrichtung über die Erhebung gehört streng genommen auch, dass die Befragungsteilnehmenden über die Bereiche Verarbeitung und Nutzung der personenbezogenen Daten informiert werden. Dies geschieht unter Angabe der beabsichtigten Datenverarbeitung, dem Zweck der Verarbeitung sowie – bei einer beabsichtigten Übermittlung – auch unter Angabe der Empfänger der Daten oder der Gruppen von Empfängern (LDSG BW § 14 Abs. 1). Diese Punkte werden aber unter dem Punkt Verarbeitung genauer ausgeführt; dabei sind auch weiterreichende Aspekte zu berücksichtigen, denn für das Erheben der Daten alleine ist keine Zustimmung, sondern lediglich die genannte Information bzw. Unterrichtung des Betroffenen nötig.

Zweck erfolgen. Dies umfasst auch bei einer Übermittlung der Daten deren Empfänger (LDSG BW § 4 Abs. 2). Diese Punkte könnten über eine Aufklärung, ein Antwortfeld auf der Startseite sowie die Protokollierung von dessen Ankreuzen erfüllt werden. §4 Absatz 5 des LDSG BW hält hierzu allerdings für die Wissenschaft eine weitere Ausnahmeregelung bereit:

»Im Bereich der wissenschaftlichen Forschung liegt ein besonderer Umstand im Sinne von Absatz 3 Satz 1 auch dann vor, wenn durch die Schriftform der bestimmte Forschungszweck erheblich beeinträchtigt würde. In diesem Fall sind der Hinweis nach Absatz 2, die Gründe, aus denen sich die erhebliche Beeinträchtigung des bestimmten Forschungszwecks ergibt, und die Erteilung der Einwilligung schriftlich festzuhalten.«

Hier könnte argumentiert werden, dass die Person durch die Protokollierung ihre Anonymität gefährdet sieht, was wiederum ihr individuelles Antwortverhalten und damit die Ergebnisse der Studie beeinflussen könnte.

Bei der Verarbeitung der Daten ist – soweit der Forschungszweck dies zulässt – vor allem auf Anonymisierung zu achten (LDSG BW §35 Abs. 2). Darunter ist rechtlich ein solches Verändern der Daten zu verstehen, das bewirkt, dass Einzelangaben nicht oder zumindest nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand einer natürlichen Person zugeordnet werden können. In der Praxis kann das zum Beispiel bedeuten, dass Angaben kategorisiert werden, dass IP-Adressen nicht oder nur getrennt von anderen Daten gespeichert werden bzw. durch einen zufälligen Zahlencode ersetzt werden oder dass im Rahmen von Verlosungen angegebene Emailadressen getrennt von den übrigen Daten gespeichert werden. Ein Ergänzen der in der Umfrage erhobenen Daten um weitere statistische Informationen ist unproblematisch (zum Beispiel könnte im Nachhinein die Angabe zum Bundesland um weitere Informationen wie die Größe des Bundeslandes oder die Regierungszusammensetzung im Bundesland ergänzt werden). Dies gilt, solange dadurch im Einzelfall nicht die Anonymisierung beeinträchtigt wird. Hier ist gegebenenfalls eine Einzelfallbetrachtung erforderlich.

Nutzung: Mit Nutzung ist ganz allgemein die Verwendung der Daten gemeint. Für die Nutzung der Daten sind keine gesonderten Vorschriften zu berücksichtigen. Wichtig ist, dass über die Nutzung der Daten, also über ihre Verwendung als Grundlage für ein bestimmtes Forschungsprojekt informiert werden muss. Diese Information kann aber sehr summarisch erfolgen.

Um die Datenschutzerfordernisse bei Onlineumfragen zu erfüllen, ist also eine Unterrichtung der Teilnehmenden zu Beginn der Befragung über die Datenerhebung, die Datenverarbeitung und ihren Zweck sowie über den

Personenkreis nötig, der Zugang zu den Daten hat. Wie ausgeführt erscheint es notwendig, diese Unterrichtung mit einer anzukreuzenden Checkbox und einem entsprechenden Text zu verknüpfen, damit die Befragten ihre ausdrückliche Zustimmung zur weiteren Datenverarbeitung erklären. Im nächsten Kapitel schlagen wir eine entsprechende Formulierung für wissenschaftliche Onlineumfragen vor, die von einer öffentlichen Landesstelle wie einer staatlichen Hochschule durchgeführt werden. Es bleibt aber zu beachten, dass im Einzelfall eine individuelle Prüfung durch zum Beispiel das Justizariat der Hochschule oder eine zentrale Datenschutzeinrichtung des Landes (wie in Baden-Württemberg die Zentrale Datenschutzstelle der baden-württembergischen Universitäten ZENDAS, www.zendas.de) anzuraten ist.

Schluss

Datenschutzhinweise gehören zu jeder guten Umfrage. Allerdings gibt es viele Aspekte, die bei der Formulierung und der Darstellung zu beachten sind. Wir haben ausgeführt, welche Erkenntnisse es aus der Umfrageforschung gibt und welche rechtlichen Rahmenbedingungen zu beachten sind. Daraus lassen sich die folgenden Empfehlungen zur Gestaltung der Datenschutzhinweise ableiten.⁴

Die Datenschutzhinweise sollten auf der Startseite der Umfrage stehen. Dabei sollte jedoch darauf geachtet werden, dass die Startseite übersichtlich gestaltet ist und nicht überfrachtet wirkt. Das heißt zum Beispiel, dass weiterführende Informationen auf einer gesonderten Seite über einen Link zugänglich sein können oder dass ausführliche Datenschutzhinweise in ein Scroll-Down-Feld eingebunden werden. Um sicherzustellen, dass die teilnehmende Person auch der weiteren Verarbeitung der Daten zustimmt, sollte sie erst zu der Befragung gelangen können, wenn durch das Ankreuzen eines Antwortfeldes der Verarbeitung der Daten zugestimmt wurde. Die Formulierung für einen den Datenschutzbestimmungen entsprechenden Hinweis auf der Startseite einer Onlineumfrage könnte wie folgt lauten:

⁴ Cho und LaRose (1999) haben noch weitere Empfehlungen zur Umsetzung von Datenschutz Umfragen zusammengestellt, die über den Aspekt der Darstellung und Formulierung der Datenschutzhinweise hinausgehen.

Hinweise zum Datenschutz*

»Die Daten werden von der [Hochschule, Forschungseinrichtung] im Rahmen des [Forschungsprojekts ...]⁵ erhoben. [Zweck] Die Daten werden ausschließlich für Lehr- und wissenschaftliche Zwecke genutzt. [Zweck und Öffnung auch für andere wissenschaftliche Forschungsprojekte. Hier ist zu beachten, dass strengere Datenschutzhinweise gelten, wenn die Daten auch für nichtwissenschaftliche Zwecke genutzt werden sollen.] Die Daten aus dieser Onlinebefragung werden nach der Erhebung von unserem Projektteam anonymisiert durch [Datenverarbeitung, Beschreibung der Anonymisierungsmaßnahmen:] Trennung und Löschung von personenbezogenen Daten von den anderen Daten, Bildung von Antwortkategorien ... Ein Rückschluss auf einzelne Personen wird dann durch die oben genannten Anonymisierungsmaßnahmen nicht mehr möglich sein. Der vollständige und nicht-anonymisierte Datensatz wird anschließend gelöscht. [Wenn dies nicht der Fall ist, sollten hier Informationen zur Datenspeicherung unter Berücksichtigung der Zugangskontrolle ausgeführt werden.] In anonymisierter Form können die Daten auch öffentlich zum Download zur Verfügung gestellt werden. [Nach Anonymisierung können Daten frei zur Verfügung gestellt werden, da sie nicht mehr personenbezogen sind.]

Zugang zum vollständigen und nicht-anonymisierten Datensatz haben ausschließlich Mitglieder des Projektteams. [Gruppe der Empfänger, hier kann auch eine andere Empfängergruppe definiert werden, eine sehr weite Empfängergruppe könnte wie folgt definiert werden:] Die Daten werden an weitere Dritte ausschließlich zu wissenschaftlichen Zwecken weitergegeben, die ebenfalls an die vorgegebenen datenschutzrechtlichen Bestimmungen gebunden sind. [Hiervon ist grundsätzlich abzuraten und es empfiehlt sich, lediglich eine anonymisierte Version des Fragebogens einer größeren Empfängergruppe zur Verfügung zu stellen; in der Regel ist dies für wissenschaftliche Zwecke auch ausreichend.] Diese Daten werden ausschließlich auf Datenträgern der [Hochschule, Forschungseinrichtung] bearbeitet. [Speicherung]

Die Daten werden statistisch ausgewertet und die Ergebnisse in aggregierter Form in wissenschaftlichen Publikationen präsentiert. [weitere Information zur Datenverarbeitung]

[Checkbox, die nicht bereits vorausgewählt ist] Die Informationen zum Datenschutz habe ich gelesen und verstanden. Mit der Verarbeitung meiner Daten in der beschriebenen Weise bin ich ausdrücklich einverstanden.

Für diese Einverständniserklärung werden gemäß den gesetzlichen Bestimmungen Ihre IP-Adresse sowie Datum, Zeitpunkt, Inhalt der Erklärung und Ihre ausdrückliche Zustimmung gespeichert. Die Speicherung erfolgt getrennt von den übrigen Daten. [Sollte dies technisch nicht möglich sein, diesen Satz entsprechend streichen oder modifizieren.]

* *Ann. der Redaktion:* Unter www.soziologie.de/de/die-dgs/zeitschrift.html → Heft 4-2016 können Sie den Entwurf dieser Datenschutzhinweise herunterladen und den Text Ihren Zwecken anpassen.

5 In eckigen Klammern finden sich jeweils Formulierungen, die individuell anzupassen sind. Erläuterungen sind in kursiver Schrift dargestellt.

Literatur

- Bowie, N.E., Jamal, K. 2006: Privacy Rights on the Internet: Self-Regulation or Government Regulations? *Business Ethics Quarterly*, 16. Jg., Heft 3, 323–342.
- Buchanan, T., Paine, C., Joinson, A.N., Reips, U. 2007: Development of Measures of Online Privacy Concern and Protection for Use on the Internet. *Journal of the American Society for Information Science and Technology*, 58. Jg., Heft 2, 157–165.
- Cho, H., LaRose, R. 1999: Privacy Issues in Internet Surveys. *Social Science Computer Review*, 17. Jg., Heft 4, 421–434.
- Crawford, S., Couper, M.P., Lamias, M.J. 2001: Web Surveys: Perceptions of Burden. *Social Science Computer Review*, 19. Jg., Heft 2, 146–162.
- Dr. Datenschutz 2014: IP-Adressen – personenbezogene Daten. www.datenschutzbeauftragter-info.de/ip-adressen-personenbezogene-daten/, letzter Aufruf 15. Mai 2016.
- Dr. Datenschutz 2016: EuGH entscheidet, ob IP-Adressen personenbezogen sind. www.datenschutzbeauftragter-info.de/eugh-entscheidet-ob-ip-adressen-personenbezogen-sind/, letzter Aufruf 15. Mai 2016.
- Eberle, C. 1981: Implikationen des Datenschutzes für die empirische Sozialforschung. *Zeitschrift für Soziologie*, 10. Jg., Heft 2, 196–211.
- Frey, J.H. 1986: An Experiment with a Confidentiality Reminder in a Telephone Survey. *Public Opinion Quarterly*, 50. Jg., Heft 2, 267–269.
- Gebel, T., Grenzer, M., Kreuzsch, J., Liebig, S., Schuster, H., Tschwerwinka, R., Watteler, O., Witzel, A. 2015: Verboten ist, was nicht ausdrücklich erlaubt ist: Datenschutz in qualitativen Interviews. *Forum Qualitative Sozialforschung*, 16. Jg., Heft 2, Art. 27.
- Haer, R., Meidert, N. 2013: Does the first impression count? Examining the effect of the welcome screen design on the response rate. *Survey Methodology*, 39. Jg., Heft 2, 419–434.
- Haer, R., Meidert, N. 2014: Undisclosed privacy. The Effect of Privacy Rights Design on Response Rates. *Survey Practice*, 7. Jg., Heft 2, 1–10.
- Hinner, K. 2015: Online-Umfragen: Einführung in Technik, Gestaltung und Auswertung von WWW-Umfragen. Norderstedt: Books on Demand.
- Katz, J.E., Tassone, A.R. 1990: A Report: Public Opinion Trends: Privacy and Information Technology. *Public Opinion Quarterly*, 54. Jg., Heft 1, 125–143.
- Kuckartz, U., Ebert, T., Rädiker, S., Stefer, C. 2012: Evaluation online. Internetgestützte Befragung in der Praxis. Wiesbaden: VS.
- O'Malley, P.M., Johnston, L.D., Bachman, J.G., Schulenberg, J. 2000: A comparison of Confidential versus Anonymous Survey Procedures: Effects on Reporting of Drug Use and Related Attitudes and Beliefs in a National Study of Students. *Journal of Drug Issues*, 30. Jg., Heft 1, 35–54.

- Schaefer, D.R., Dillman, D.A. 1998: Development of a Standard E-Mail Methodology: Results from an Experiment. *Public Opinion Quarterly*, 62. Jg., Heft 3, 378–397.
- Simitis, S., Dammann, U., Arendt, A. (Hg.) 2014: *Bundesdatenschutzgesetz*. Baden-Baden: Nomos.
- Singer, E. 1993: Informed Consent and Survey Response: A Summary of the Empirical Literature. *Journal of Official Statistics*, 9. Jg., Heft 2, 361–375.
- Singer, E., Hippler, H., Schwarz, N. 1992: Confidentiality Assurances in Surveys: Reassurances or Threat? *International Journal of Public Opinion Research*, 4. Jg., Heft 3, 256–268.
- Singer, E., Mathiowetz, N.A., Couper, M.P. 1993: The Impact of Privacy and Confidentiality Concern on Survey Participation. The Case of the 1990 U.S. Census. *Public Opinion Quarterly*, 57. Jg., Heft 4, 465–482.
- Singer, E., von Thurn, D.R., Miller, E.R. 1995: Confidentiality Assurances and Response. A Quantitative Review of the Experimental Literature. *Public Opinion Quarterly*, 59. Jg., Heft 1, 66–77.
- Vicente, P., Reis, E. 2010: Using Questionnaire Design to Fight Nonresponse Bias in Web Surveys. *Social Science Computer Review*, 28. Jg., Heft 2, 251–267.
- Westin, A.F. 2003: Social and Political Dimensions of Privacy. *Journal of Social Issues*, 59. Jg., Heft 2, 431–453.

Lösungen zu den Mathematikaufgaben für Soziologiestudierende

Ivo Windrich

Im vorigen Heft der SOZIOLOGIE wurden die Ergebnisse eines mehrfach mit Soziologiestudierenden durchgeführten Mathematiktests präsentiert (Windrich 2016). Für Interessierte sind in den folgenden beiden Tabellen die Lösungen zu den Rechenaufgaben mit einige Anmerkungen zu den Lösungswegen dargestellt.

Tabelle 1: Lösungen zu den Aufgaben 1 bis 10

Aufgabe	Lösung	Aufgabe	Lösung		
Bitte lösen Sie die folgenden Rechenaufgaben:					
1.	$17 + 29 + 4 =$	50	3.	$3 * 12 * 4 =$	144
	$20 - (9 + 7) =$	4		$15 * (16 : 8) =$	30
2.	$13 + 6x + 7 =$	$20 + 6x$	4.	$7 * 6x : 3 =$	$14x$
	$18x - (13 + 6x) =$	$12x - 13$		$12x * 4 : 8x =$	6
5.	$12 * (4 + 5) =$	108	7.	$6^2 =$	36
	$(6 * 7) - 19 =$	23		$(4 - 9)^2 =$	25
6.	$a + 3 + a + a + 2 =$	$3a + 5$	8.	$(x - 3)^2 =$	$x^2 - 6x + 9$
	$a * b * a * a * 4 =$	$4a^3b$		$(x - 0,5x)^2 =$	$x^2 / 4$
Schreiben Sie als Dezimalzahlen:			Schreiben Sie als Prozentzahlen:		
9.	$3 / 5 =$	0,6	10.	$0,74 =$	74%
	$1 / 9 =$	$0,\bar{1}$		$0,13 =$	13%

Zunächst sollten Terme zusammengefasst werden (Aufgaben 1 bis 8). Bei den Aufgaben 1.2, 3.2, 5.2 und 7.2 ist es sinnvoll zuerst den Ausdruck in den Klammern zu berechnen. Bei Aufgabe 4.2 kürzt sich das x weg. Bei Aufgabe 8 muss die zweite binomische Formel angewendet werden. Eine Anmerkung zu Aufgabe 8.2: Im Anhang von Windrich (2016: 316) hatte leider das zweite x gefehlt. Im Mathetest wurde die Aufgabe so gestellt wie hier, also: $(x - 0,5x)^2 =$. Die zweite binomische Formel angewendet ergibt: $x^2 - 2 \cdot 0,5x^2 + 0,5^2 \cdot x^2 = 0,25x^2$.

Tabelle 2: Lösungen zu den Aufgaben 11 und 12

Aufgabe	Lösung
11. Lösen Sie die folgenden Textaufgaben:	
Im Berichtsjahr sind 35.000 Menschen arbeitslos. Im Vorjahr waren es nur 20.000. Um wie viel Prozent hat sich die Zahl der Arbeitslosen erhöht?	75 %
Angesichts der starken Erhöhung werden Maßnahmen beschlossen, die die Zahl der Arbeitslosen (35.000) um 20% senken sollen. Wie viele Personen wären dann noch arbeitslos?	28.000
Die Zahl der Arbeitslosen hat sich um 15% erhöht: jetzt beträgt sie 23.000. Wie hoch war sie vorher?	20.000
Angesichts der schlechten Auftragslage wird in einem Betrieb vereinbart, sämtliche Löhne und Gehälter im Folgejahr um 5% zu senken, sie im Ausgleich dafür aber im übernächsten Jahr wieder um 5% anzuheben. Wie viel Prozent ihres ursprünglichen Lohnes oder Gehaltes erhalten die Mitarbeiter dann?	99,75%
12. Betrachten Sie die folgende Menge von $n = 6$ Zahlen x_i : $\{8;4;2;6;3;7\}$ Berechnen Sie:	
für $i=1$ bis n : $\sum x_i =$	30
für $i=1$ bis n : $\sum (x_i)^2 =$	178
für $i=1$ bis n : $\sum (x_i - 6)^2 =$	34
für $i=1$ bis n : $(\sum x_i)^2 =$	900

In Tabelle 2 sind die Lösungen zu den Textaufgaben und die Aufgabe mit Summenzeichen dargestellt. Bei Aufgabe 11.1 muss der Dreisatz angewendet werden. Hier entsprechen 20.000 gleich 100%, demnach muss $35.000 * 100\% / 20.000$ gerechnet werden. Das sind 350% durch 2, also 175%. Die Zahl der Arbeitslosen hat sich folglich um 75% erhöht.

Bei Aufgabe 11.2 müssen 20% von 35.000 abgezogen werden. 10% von 35.000 sind 3.500, demnach entsprechen 20% gleich 7.000. Diese von 35.000 abgezogen ergibt 28.000.

Aufgabe 11.3 wird ebenfalls über den Dreisatz gelöst. 23.000 entsprechen hier 115%, gesucht ist die Arbeitslosenzahl, die 100% darstellt. Es muss demnach $23.000 * 100\% / 115\%$ gerechnet werden. Da 230 das Doppelte von 115 ist, ergibt sich als Lösung 20.000.

Bei Aufgabe 11.4 muss 95% mal 1,05 gerechnet werden, also 95 plus die Hälfte von 9,5 gleich 4,75. Bei dieser Aufgabe sollten die Studierenden vor allem erkennen, dass sich der Grundwert ändert, so dass am Ende nicht wieder 100% rauskommt.

Bei Aufgabe 12.1 werden die 6 Zahlen addiert. Bei Aufgabe 12.2 werden sie erst quadriert und dann addiert, also $64 + 16 + 4 + 36 + 9 + 49 = 178$. Bei Aufgabe 12.3 wird vor dem Quadrieren noch 6 abgezogen, so dass hier $4 + 4 + 16 + 0 + 9 + 1 = 34$ gerechnet wird. Und für Aufgabe 12.4 schließlich erhalten wir einfach die Quadratzahl der Lösung von Aufgabe 12.1, also $30^2 = 900$.

Literatur

Windrich, I. 2016: Mathematikkenntnisse von Soziologiestudierenden. *Soziologie*, 45. Jg., Heft 3, 294–317.

Veränderungen in der Mitgliedschaft

Neue Mitglieder

David Adler, Oldenburg
Carolin Amlinger, M.A., Darmstadt
Auke Aplowski, M.A., Magdeburg
Eva Bahl, M.A., Göttingen
Gabriele Beckmann, Berlin
Prof. Dr. Martina Brandt, Dortmund
Nicoletta Eunicke, M.A., Frankfurt am Main
Dipl. Sozialpäd. Lena M. Friedrich, Koblenz
Jördis Grabow, Hannover
Adrian Max Jakob, Frankfurt am Main
Roman Kiefer, Freiburg im Breisgau
Lucia Killius, Gröbenzell
Dr. Katharina Kinder-Kurlanda, Köln
Prof. Dr. Andrea Knierim, Stuttgart
Mag. Raphaela Kogler, M.A., Wien
Dr. Marian Krawietz, Berlin
Dr. Martin Kuhlmann, Göttingen
Katharina Legantke, M.A., Göttingen
Eryk Noji, M.A., Hagen
Maria Prilutskaya, M.A., Jena
Dr. Andreas Pudlat, Hildesheim
Dr. Malte Reichelt, Nürnberg
Lisanne Riedel, M.A., Bonn
Eva-Maria Schultze, M.A., Halle an der Saale
Dipl. Soz. Bernd Sengemann, München
Jan-Philip Steinmann, M.A., Göttingen
Gesine Tuitjer, M.A., Braunschweig
Theresa Vollmer, Berlin
Annika Weinert, M.A., Lüneburg
Christian Woithe, M.Sc., Saarbrücken

Neue studentische Mitglieder

Alexander Bendel, Bochum
Robert Dorschel, Kiel
Niklas Haarbush, Münster

Christian Hammermann, Hamburg
Aris Harkat, Bückeberg
Lukas Heider, Münster
Kerstin Jürgehake, Lippstadt
Alexandra Melmer, Seiersberg-Pirka
Philipp Neubert, Bielefeld
Alexandra Seehaus, Stendal

Austritte

Dr. Hüseyin Akpınar, Frankfurt am Main
Dr. Dominic Akyel, Köln
Benjamin Brake, Berlin
Emel Cetin, Bochum
Dr. Alma Mira Demszky, München
Barbara Dippelhofer-Stiem, Magdeburg
Bernhard Forchtner, Berlin
Dr. phil. Jonas Grauel, Hamburg
Petra Gryksa, Altomünster
Bernhard Jaeck, Braunschweig
Krishantha Kamaladiwala, Bremen
Oliver Komorek, Dresden
Dr. Rainer Lichte, Dortmund
Dr. Diana Lindner, Jena
Rainald Manthe, Bielefeld
Prof. Dr. Klaus Merten, Münster
Dr. Björn Pfadenhauer, Herne
Niels Remwolt, Wolfsburg
Prof. Dr. Mike S. Schäfer, Zürich
Ekkehard Thümler, Heidelberg
Dr. Sabine Weiland, Hamburg
Laura Wiesböck, Wien
Daniel Winter, Leipzig

Verstorben

Dr. rer. pol. Rainer Stierand, Schwepnitz

Sektion Arbeits- und Industriesoziologie

Frühjahrstagung »Selbstständiges Arbeiten – Chancen und Risiken marktnaher Tätigkeiten«

Die Frühjahrstagung der Sektion fand am 28. und 29. April 2016 als gemeinsame Veranstaltung zusammen mit dem Arbeitskreis »Die Arbeit der Selbstständigen« am Internationalen Begegnungszentrum der Wissenschaft in München statt.

Selbstständiges Arbeiten kann Unterschiedliches bedeuten: Im engeren Sinne ist damit die berufliche Selbstständigkeit in Abgrenzung zur abhängigen Beschäftigung gemeint – dies steht im Mittelpunkt der Aktivitäten des Arbeitskreises »Die Arbeit der Selbstständigen«. Im weiteren Sinn lässt sich darunter generell die eigenständige Planung und Ausführung von Arbeitstätigkeiten fassen – dies ist ein Thema, das in verschiedenen Untersuchungsbereichen der Arbeits- und Industriesoziologie eine Rolle spielt. Die Sektionstagung widmete sich beiden Formen selbstständigen Arbeitens als besonders relevanten Tendenzen im Wandel der Arbeit – und betrachtete sie in ihren vielfältigen Ausprägungen, aber auch in ihren Wechselwirkungen.

Am ersten Tag wurde der Fokus auf die Arbeit von Selbstständigen gelegt. *Birgit Apitzsch*, *Caroline Ruiner* und *Maximiliane Wilkesmann* (Duisburg-Essen, Dortmund) betrachteten unter dem Titel »Solo-Selbstständige zwischen Kooperation und Konkurrenz« kollektive Handlungsstrategien und Optionen der Interessenvertretung von hochqualifizierten Solo-Selbstständigen im Vergleich der Berufsfelder Filmwirtschaft, IT-Dienstleistungen und Medizin. Trotz der Heterogenität der Markt- und Erwerbsbedingungen spielen in allen drei Branchen intermediäre Akteure wie Berufsverbände und Agenturen eine wichtige Rolle bei der Vernetzung der Akteure, aber auch in wirtschaftlichen Fragen wie der Vertragsgestaltung.

Felix Bebling (Maynooth, Irland) erörterte mit der Frage »Eine riskante Chance?« die institutionellen Bedingungen für Selbstständigkeit in Deutschland und zeigte auf der Basis von Experteninterviews, dass diese in engem Zusammenhang stehen mit den Bedingungen abhängiger Beschäftigung und mit gesellschaftlichen Vorstellungen vom Normalarbeitsverhältnis.

Laura Hanemann (München) untersuchte in ihrem Beitrag »Solo-Selbstständigkeit und »der Markt: Zwischen Marktanpassung, Marktambivalenz und Solidarität« aus einer akteurs-zentrierten Perspektive, welche Auswirkungen direkt marktvermittelte Tätigkeit für die Arbeits- und Lebenswirklichkeit von Selbstständigen und für das Verhältnis von Kollegialität und

Konkurrenz zwischen den Selbstständigen hat. Dabei greift sie auf Ergebnisse einer qualitativen Studie im Bereich der Kulturberufe zurück.

Mit dem abschließenden Beitrag des ersten Tages wurde ein Perspektivwechsel vorgenommen, der sich als äußerst anregend erwies: *Andreas Bücker* (Wismar) beleuchtete als Arbeitsrechtler Befunde aus der Arbeits- und Industriosozilogie und sorgte damit für eine spannende interdisziplinäre Diskussion. Im Mittelpunkt seines Beitrags »Rechtliche Autonomiegewährleistung in marktorientierten multipolaren Arbeitskontexten« stand die Frage, ob und inwieweit das (Arbeits-)Recht Arbeitskräfte vor einer intensivierte Steuerung und Kontrolle in marktorientierten Arbeitskontexten schützt und Autonomieinteressen der Arbeitskräfte anerkennt und rechtlich absichert. Er kommt zu dem Schluss, dass das Arbeitsrecht erheblich weiter entwickelt werden muss, um auch Selbstständigen hinreichend Schutz zu gewähren.

Am zweiten Tag wurde die Perspektive auf die Arbeit der Selbstständigen ergänzt durch Überlegungen zur selbstständigen Arbeit im Rahmen abhängiger Beschäftigung. Die ersten beiden Beiträge befassten sich mit der Arbeit im Gesundheitssektor. Dabei richtete *Friederike Hardering* (Frankfurt am Main) mit ihrem Beitrag »Man macht Dinge, wo klar ist, das macht man nur wegen Geld, ja. Markterfordernisse und Aushandlungen von Handlungsautonomie im Gesundheitssektor« den Blick auf eine wenig untersuchte Berufsgruppe, nämlich auf KlinikärztInnen in Führungspositionen. In ihrer qualitativen Untersuchung arbeitet sie heraus, welche Praktiken von dieser Berufsgruppe genutzt werden, um die eigene Handlungsautonomie aufrechtzuerhalten und subjektive Ansprüche an die Arbeit, insbesondere auch an die Qualität der Arbeit, zu verteidigen. Dabei wird deutlich, dass die ÄrztInnen durchaus in der Lage sind, auch gegen das Unternehmensinteresse ihre Ansprüche durchzusetzen.

Lena Schürmann (Berlin) widmete sich in ihrem Beitrag der anderen wichtigen Berufsgruppe im Gesundheitswesen, der Pflege. Mit ihrem Thema »Entwicklungsdynamiken von Selbstständigkeit in der ambulanten Pflege: Heterogenität und Marktregulierung« stellte sie die Marktsituation privater Pflegedienste in den Mittelpunkt. Selbstständigkeit muss sich hier in einem besonderen, hoch regulierten Markt behaupten und kann, wie die Beispiele aus der hier vorgestellten qualitativen Studie zeigen, durchaus auch scheitern.

Die letzten beiden Beiträge der Tagung verließen den Gesundheitssektor und wandten sich anderen Berufsfeldern zu. *Carolin Freier*, *Peter Kupka* und *Monika Senghaas* (Nürnberg) arbeiteten in ihrem Beitrag »Was manch-

mal Kleinigkeiten ausmachen, die schon eine Erleichterung sein können. Mitgestaltende Aktivfachkräfte in der Arbeitsverwaltung« heraus, in welcher Weise sich neue Autonomiespielräume in der Vermittlungs- und Beratungsarbeit in Arbeitsagenturen entwickeln. Ihr Untersuchungsgegenstand ist ein Modellprojekt, in dem ein partizipativer Ansatz verfolgt wird: Mitarbeiter werden an der Arbeitsgestaltung beteiligt.

Den Abschluss der Tagung bildete der Beitrag von *Petra Schütt* (München): »Migrantisches Unternehmertum. Herausforderung Systemwissen und die Bedeutung von kulturellen und institutionellen Prägungen«. Sie hat untersucht, auf welche Probleme UnternehmensgründerInnen stoßen, die aus der Migration kommen. Eine erste Hürde besteht darin, das Funktionieren deutscher Systeme zu verstehen. Eine zweite Hürde kann darin bestehen, dass kulturelle und institutionelle Prägungen durch die Herkunftsländer auch in der Unternehmensgründung handlungsleitend bleiben. Damit adressierte Petra Schütt Themen, die mit der Flüchtlingsproblematik der jüngeren Vergangenheit an Relevanz noch weiter zugenommen haben.

Insgesamt betrachtet wurden vielfältige Parallelen zwischen formal abhängiger und selbstständiger Erwerbsarbeit im Hinblick auf Chancen und Risiken marktnaher Tätigkeiten erkennbar. Denn es finden sich nicht nur zahlreiche Hinweise auf Annäherungen zwischen den unterschiedlichen Erwerbsfeldern (z.B. im Hinblick auf Motivation, Belastung, Arbeitszeit), sondern auch die Übergänge zwischen ihnen geraten zunehmend in den Fokus. Auch wenn die Ursachen dieser Wandlungen in Zukunft noch genauer zu untersuchen sein werden, hat sich die Relevanz eines umfassenden Blicks auf die Vielfalt der Arbeitsformen nachdrücklich bestätigt.

Wolfgang Dunkel, Hans Pongratz

Sektion Kultursoziologie

Tagung »Ästhetischer Widerstand gegen Zerstörung und Selbstzerstörung«
16. bis 18. Juni 2016 an der Friedrich Alexander Universität, Erlangen-Nürnberg

Warum halten wir wider alle Schrecken daran fest, dass das Leben und die Welt schön sind, und wie erneuern wir den unzerstörten Blick aufs Kaputte? Was ist das Besondere des ästhetischen Widerstands? Ist er genuin nicht-antagonistisch, intrinsisch und gewaltfrei, als »Schönheitstrieb« (Schiller)

universell und von Kindheit an Ausdruck von Lebenslust und »World-making«? Können deshalb Künste, Literatur und Ästhetik der Engführung des sozialen und individuellen Lebens zwischen Schrecken und Sicherheit besser widerstehen als politischer, religiöser, moralischer oder ökonomischer Widerstand?

Ist mithin die umfassende Ästhetisierung der Gesellschaft ein neuer »Quellcode der Vergesellschaftung« (Joachim Fischer) und werden Kunstsoziologie und Ästhetik zu neuen Schlüsseldisziplinen der Gesellschaftsanalyse? Oder ist Ästhetisierung vor allem Motor und Zwang postindustrieller »Prosumer«-Ökonomie, mit dem »schönen Widerstand« diverser Gegenkulturen (Christine Magerski) als Trendsettern?

In einer Reihe von Beiträgen wurde das Verhältnis der Künste zu Gewalt und Krieg auf der von der Sektion Kultursoziologie gemeinsam mit dem AK Soziologie der Künste der Deutschen Gesellschaft für Ästhetik e.V. und dem Interdisziplinären Zentrum für Ästhetische Bildung veranstalteten Tagung thematisiert. Die Anfänge ästhetischen Widerstands am Umschlag von Mythos in Geschichte vergegenwärtigte *Irene Tobben* (Berlin) am Beispiel des Schildes des Achill, den der Schmiedegott Hephaistos mit »Visionen eines schöneren, friedlichen Lebens« bemalte. Ein Antikriegsbild im Krieg erörterte auch *Hans Dickel* (Erlangen) in einer tiefen Erinnerung an die spannungsreiche Geschichte von Picassos »Guernica«. Ähnlich ikonisch gehörte Géricaults »Floß der Medusa« zum Tagungsthema, an dessen anhaltender Wirkungsmacht *Martin Jürgens* (Berlin) die Schwächen postmoderner Präsenzfaszination darlegte. *Ralf Frisch* (Erlangen) präsentierte Beispiele bildender Kunst als Versuche mimetischer »Wiederholung und Überbietung« des Schreckens. Auch hier wurde deutlich, dass es weniger um Verarbeitung als um Faszination geht, während die, die wirklichen Schrecken überlebt haben, von ihm immer wieder eingeholt werden. Das zeigte *Erik Porath* (Berlin) in seinem Vortrag über die »Gewalt der Darstellung« und künstlerische Verarbeitung des Schreckens im Werk von William Kentridge. Auch der Betrachter müsse sich daran abarbeiten und die ästhetische Distanz zur Gewalt selbst herstellen.

Christa Karpenstein-Eßbach (Mannheim) sprach über Textformen ästhetischen Widerstands in der literarischen Verarbeitung von Kriegen und erläuterte die je spezifischen Möglichkeiten von Roman, Lyrik und Drama. *Anton Sterbling* (Görlitz), Mitbegründer der »Aktionsgruppe Banat« 1975 in

Temesvar, berichtete von den Stärken und Schwächen literarischen Widerstands in einer Diktatur.

In dem Podiumsgespräch zwischen *Christoph Menke* (Frankfurt am Main) und *Hermann Pfütze* (Berlin) zum Thema »Die Kunst braucht keine Feinde« ging es ebenfalls um deren nicht-antagonistische Qualität. Kunst verbreite keine Schrecken, sondern könne sie darstellen, mache das Grauen nicht (wieder)erlebbar, sondern erschließbar. Das verbünde Kunst mit Demokratie, die ein Leben ohne Angst und Schrecken ermöglichen müsse.

Mit drei Beispielen übte *Wolfgang Ullrich* (Leipzig) deutliche Kritik an moralisch-ästhetischer Selbstprofilierung mittels Flüchtlingshilfe: Olafur Eliassons »Greenlight«-Produktion, Ai Wei Weis Pose als totes Kind am Strand und die Aktion »Die Toten kommen« des Zentrums für politische Schönheit seien emotionale Ausbeutung und Mitmachkunst, kurz »Artivismus«. Solche Unternehmen mißachten den »strukturell bedingten Graben« zwischen Kunst und Politik, wie *Jens Kastner* (Wien) in seinem Vortrag »Ästhetischer Widerstand zwischen post-konzeptueller Kunst und sozialen Bewegungen« deutlich machte.

Wie schwierig es ist, die »Modi Operandi ästhetischen Widerstands« auseinander- und einzuhalten, legte *Peter Foos* (Köln) dar in einem präzisen theoretischen Exkurs zu »Artikulation, Korrelation, Konkretion« des Widerständigen. *Martin Niederauer* (Würzburg, Schweinfurt) erörterte die »Perspektive Kritischer Theorie« und »adäquaten Hörens« in Adornos Musikästhetik auf ihre heutige Geltung. Der beiläufige Befund, dass »die Dinge ohne Angst verschieden sein können«, ist in einer Welt zwischen Schrecken und Sicherheit nicht hoch genug zu schätzen. Die Bilder allgemein verständlich und ohne Angst vor der Obrigkeit öffentlich zu zeigen, war schon Dürers Anliegen, so *Lutz Hieber* (Hannover) über dessen »Revolution der grafischen Künste« (Panofsky).

Christine Magerski (Berlin, Zagreb) zeigte an der Geschichte der Bohème des 20. Jahrhunderts exemplarisch die Verwandlung von Widerstand in Lifestyle. Die Frage sozialen oder ästhetischen Risikos untersuchten in ihren Beiträgen auch *Karolina Kempa* (Hannover) über die »Ästhetisierungspraktiken der Schwarzen Szene« und *Sebastian Kleele* (München) über »Graffiti«. *Marija Stanisavljevic* (Landau) zeigte in ihrem scharfsinnigen Vortrag die Vorteile »ästhetischer Formung« politischer Proteste am Beispiel der russischen Performancegruppe Pussy Riot.

Jörn Ahrens (Gießen) verhandelte am Beispiel des Spielfilms »Messer im Kopf« von Reinhard Hauff 1978 ein ähnliches Problem wie *Mark Emmerich*

(Jena) in seinem Vortrag »Die Politisierung des Schönen in E.T.A. Hoffmanns »Fräulein von Scudéri«: nämlich den Zwiespalt zwischen der Ordnung der Außenwelt durch Staat und Polizei und der diesen Instanzen unzugänglichen, romantisch-utopischen Seelenwelt der Akteure.

An prominenten Beispielen zeigte *Annette Geiger* (Bremen), dass anspruchsvolles Design gerade nicht *form follows function* ist, sondern sich wie die Kunst als ästhetischer Widerstand gegen soziale Funktion und Zweckrationalität versteht. Zur Frage, wie der normativen Ästhetisierung darüber hinaus zu entkommen sei, war *Lambert Wiesings* (Jena) Thema anregend: »Luxus – (sei) der Dadaismus des Besitzens« von etwas aller Vernunft und jedem Zweck und Nutzen Spottenden. Dieser Aspekt wäre geeignet, *Joachim Fischers* (Dresden) Entwurf einer empirisch fundierten Kunst- und Ästhetik-Soziologie als neuer »Schlüsseldisziplin« der Gesellschaftsanalyse zur kritischen Theorie auszubauen. Seine kühne These wird sich erproben müssen nicht nur an Künsten und Kunstwissenschaften, sondern auch an ökonomischen Fragen. Funktioniert z.B. Verschuldung, das Lebenselixier kapitalistischer Ökonomie, auch ästhetisch, mit Krediten auf Schönes und Schulden auf Verbrauchtes?

Rüdiger Zill (Potsdam) versteht ästhetischen Widerstand als »zentrales Konstituens von Kunst« in der Auseinandersetzung mit ihren Sujets und ihrer Geschichte. So werde jedes alternde Werk im Lauf wechselnder Interaktionen und Diskurse, wie Ruinen, zu *Second Art*. *Aida Bosch* und *Markus Promberger* (Erlangen, Nürnberg) fanden in ihrem europäischen Forschungsprojekt »Ästhetischer Eigensinn und Resilienz in vulnerablen Lebenszusammenhängen« heraus, dass ästhetische Praktiken und ästhetischer Eigensinn konstitutiv sind für Eigenlogik und Selbstwert auch in widrigen, prekären Lebensverhältnissen. *Rainer E. Zimmermann* (München, Cambridge) befasste sich in seinem Vortrag über »Kreativität und Widerständigkeit der Materie« ebenfalls mit Resilienz, jedoch verstanden als Systemeigenschaft: als »strategisches Prinzip« der »Erhaltung« natürlicher und sozialer Systeme und ihrer »Vielfalt emergenter Strukturen«.

Die Tagung zeichnete sich aus durch die Vielfalt der Beiträge aus Soziologie, Ästhetik und Kunstwissenschaften. Als interdisziplinäre Neugier war Theorie zwischen allen Beiträgen auf dezente Weise präsent, in der Anschauung des Besonderen und im Überblick des Allgemeinen. Ein Tagungsband ist geplant.

Hermann Pfützte, Aida Bosch

Sektionen Politische Soziologie und Rechtssoziologie

Frühjahrstagung »Soziologie der Parlamente?« am 10. und 11. Juni 2016 im Forum Internationale Wissenschaft, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn

Parlamente sind Schlüsselinstitutionen moderner politischer Systeme, die im Schnittpunkt entgegengesetzter Tendenzen stehen: Auf der einen Seite stellen sie zentrale Mechanismen der Formulierung und Bearbeitung gesellschaftlicher Problemlagen bereit, auf der anderen Seite aber deuten Postdemokratie-Diagnosen gerade auf ihren Bedeutungsverlust hin. Die zentrale Frage, die sich die Frühjahrstagung der Sektionen Politische Soziologie und Rechtssoziologie vor diesem Hintergrund gestellt hatte war daher: Welchen Beitrag kann die explizit soziologisch angeleitete Perspektive zur Analyse der gesellschaftlichen Stellung von Parlamenten leisten?

Am Anfang der Debatte stand die historische Kontextualisierung der Institution Parlament. In seiner Eröffnungsrede verfolgte *Rudolf Stichweh* (Bonn) dessen Genese – vom vormodernen, kirchlich geprägten Interaktionssetting über die Integration in den monarchischen Regierungsapparat bis zum nationalen Repräsentationsorgan seit dem 18. Jahrhundert. *Adrian Itschert* (Luzern) befasste sich mit der historischen Emergenz des amerikanischen Kongresses durch die Loslösung föderaler Abgeordneter von lokalen Repräsentationsbezügen. *Philipp Rückebim* (Bonn) analysierte die Rolle der Formierung politischer Öffentlichkeit vor dem Hintergrund der schottischen Sezessionsbewegung. Alle drei Vorträge machten zum einen die Kontingenz der modernen Institution Parlament, zum anderen aber auch die enorme Anpassungsfähigkeit jener historisch so erstaunlich erfolgreichen Institution erkennbar.

Viele der folgenden Beiträge befassten sich mit Parlamenten aus einer Binnenperspektive und rückten dabei erstens die Binnenordnung, zweitens das Plenum und drittens die professionalisierten Abgeordneten in den Fokus. Mit der Binnenordnung befassten sich zunächst *Ulf Bohmann* und *Henning Laux* (Bremen), die Zeit als Schlüsseldimension der Ordnungsbildung in Parlamenten herausarbeiten konnten und so Herausforderungen und Handlungsspielräume zeigten, die sich bei der Synchronisierung parlamentarischer Binnenstrukturen beobachten lassen. *Sebastian Bukow* (Düsseldorf) stellte einen Vergleich der Binnenstrukturen deutscher Landtage und deren unterschiedlicher Organisationsweisen vor. *Mannuel Rivera* und *Claudia Saalbach* (Potsdam) fokussierten auf die Abgeordnetenbüros des deutschen

Bundestags und inwiefern sich diese als reflexive soziale Entitäten beschreiben lassen. *Michael Edinger* (Jena) befasste sich mit fraktionsinternen Dynamiken der Bindung und der Disziplinierung von Abgeordneten und zeigte, wie diese Dynamiken den Wettbewerb im Parlament und in der Politik mitbestimmen. *Annika Ostendorf* (Bonn) untersuchte die in parlamentarischen Binnenstrukturen erwachsenden Führungschancen.

Dem zentralen parlamentarischen Kontext Plenum widmeten sich *Sophie Schäfer* (Frankfurt am Main) sowie *Raphael Heiberger* und *Christian Koss* (Bremen). Schäfer stellte eine ethnomethodologische Analyse von Plenardebatten zum Thema »Islam/Muslime« vor, in der sie zeigen konnte, wie Redner mithilfe sprachlicher »Manöver« Bedeutungsverschiebungen hinsichtlich jener umkämpften Kategorien zu erzielen versuchen. Heiberger und Koss machten auf eine potente Methode zur Analyse der Datenberge aufmerksam, die in den digitalen Archiven der Parlamente lagern – moderne »Topic Modeling«-Algorithmen (*Latent Dirichlet Allocation*) machen die Klassifikation großer Textkorpora möglich.

Auf der Basis von Abgeordnetenbefragungen geriet die Professionalisierung von Abgeordneten in den Blick. *Steffen Amling* und *Alexander Geimer* (Hamburg) zeigten, wie Abgeordnete Authentizitätsnormen entwickeln, die als idealisierte Selbstbilder der Orientierung und Strukturierung ihres professionellen Handelns dienen. *Marion Reiser* (Lüneburg) analysierte Prozesse der doppelten Entkopplung zwischen Abgeordneten und Wählerschaft, die durch die berufsbedingte Absonderung der Abgeordneten und deren »Sonderbehandlung« durch die Bürgerschaft bedingt sind. *Lars Vogel* (Jena) machte deutlich, dass mit zunehmender Professionalisierung die Distanz zwischen Abgeordneten und Bevölkerung wächst – allerdings nicht in inhaltlicher Hinsicht, sondern vor allem in Hinsicht auf die beruflichen Erwartungen an Abgeordnetenaufgaben. *Karsten Mause* (Münster) diskutierte Zusammenhänge zwischen Selbstwahrnehmung und Fremdwahrnehmung der »politischen Klasse« Deutschlands.

Eine zweite Gruppe an Vorträgen widmete sich dem Verhältnis von Parlamenten und ihrer Umwelt. Zum einen in Bezug auf das Verhältnis zu anderen politischen Institutionen: *Uwe Kranenpohl* (Nürnberg) untersuchte den Einfluss des deutschen Bundesverfassungsgerichts auf die Gesetzgebung im Bundestag. *Florian Spobr* (Bochum) zeigte, wie verschiedene Interessengruppen im Rahmen öffentlicher Anhörungen vor parlamentarischen Ausschüssen mobilisiert werden. In einer Studie zum Verhältnis zwischen Bundestag und Deutschem Ethikrat untersuchte *Gordian Ezazi* (Duisburg-

Essen) den Einfluss von Moral auf parlamentarische Entscheidungsprozesse. *Elena Semenova* (Berlin) gelangte auf der Basis einer international vergleichenden Längsschnittstudie zu der überraschenden Einsicht, dass der Demokratisierungsgrad eines Landes wenig bis keinen Einfluss auf das Ausmaß des Personalaustauschs in Parlamenten nach Wahlen zu haben scheint.

Zum anderen in Bezug auf das Verhältnis von Parlamenten und Medien: *Stefan Laube* (Frankfurt am Main) arbeitete heraus, wie neue Medien die Notwendigkeit zur immer differenzierteren medienspezifischen Positionierung erzeugen. *Damir Babic* und *Björn Klein* (Düsseldorf) konnten unter Nutzung von Paneldaten aus den EU-15-Staaten zeigen, dass das Lesen von Zeitungen länderübergreifend mit einem relativ hohen Maß an Vertrauen in Parlamente korreliert. *Julia Schwanbolz* und *Andreas Busch* (Göttingen) präsentierten eine Kompletterhebung der Ausstattung aller Parlamente der EU-28 mit »social media tools«. *Peter Gladitz*, *Olaf Jandura* und *Cordula Nitsch* (Düsseldorf) setzten sich auf der Basis quantitativer Inhaltsanalysen mit fiktionalen Politikserien auseinander, denen sie ähnliche politikvermittelnde Funktionen wie journalistischen Formaten attestieren.

Die konzeptionelle Verortung einer »Soziologie der Parlamente« unternahmen schließlich *Helmar Schöne* (Schwäbisch Gmünd) und *Jens Borchert* (Frankfurt am Main), die auf der einen Seite den soziologischen Ursprung moderner Parlamentarismusforschung in Auseinandersetzung mit rollentheoretischen Zugängen betonten, auf der anderen Seite aber als Zukunftsperspektive auf die Notwendigkeit der verstärkten Orientierung an den (mikro-)theoretischen Konzepten der Soziologie verwiesen. Zum Teil kamen diese bereits auf der Tagung zum Einsatz und konnten helfen zu zeigen, dass Parlamente nach wie vor gesellschaftlich eingebettete Institutionen sind. Gerade aber für die Frage nach der Bedeutung von Parlamenten für die gegenwärtige Konstitution von Gesellschaften werden zunehmend auch makrotheoretische Perspektiven – von Systemtheorie (Laux, Bohmann) bis Diskurstheorie (Amling, Geimer) – relevant. Die zukünftigen Entwicklungen einer stärker interdisziplinär ausgerichteten Parlamentsforschung sind daher mit Spannung zu erwarten.

Jenni Brichzin, Damien Krichewsky, Leopold Ringel und Jan Schank

Sektion Religionssoziologie

Tagung »Religionssoziologie und soziologische Theoriebildung« am 15. und 16. April 2016 im Lichtenberg-Kolleg, Göttingen

Welche Paradigmen dominieren gegenwärtig den Theoriediskurs der Religionssoziologie? Wo hat sich die Theoriedebatte festgefahren? Wo könnten Theorieanstöße aus der allgemeinen Soziologie der Religionssoziologie weiterhelfen? Wo könnten deren Einsichten ihrerseits die allgemeine Soziologie befruchten? Diesen grundlegenden Fragen stellte sich die hochkarätig besetzte und verhandelnde Jahrestagung 2016 der Sektion Religionssoziologie, die von Marc Breuer, Uta Karstein und Matthias Koenig im Lichtenberg-Kolleg der Universität Göttingen organisiert wurde.

Auf der Suche nach neuen Theorieimpulsen kehrten *Hartmann Tyrell* (Bielefeld) und *Levant Tezcan* (Bochum) im ersten Panel zunächst zu den Anfängen der Religionssoziologie zurück. Tyrell setzte bei Max Webers »Problem der Theodizee« an, dessen intellektuelle Bewältigung aus Webers Sicht wesentlich für die Entwicklungen der Religionen und ihrer jeweiligen Ethik war. Intellektuelle Sinnsuche als religiöses Movens wird, so Tyrell, in der Religionssoziologie gegenwärtig so gut wie gar nicht thematisiert, könne die religionssoziologische Theoriebildung jedoch innovativ vorantreiben. Tezcan ging von Webers Konzept der Lebensführung aus und legte dar, warum die Kontrolle über den weiblichen Körper im Salafismus eine so wichtige Rolle einnimmt. Tezcan resümierte, dass der Islam Affekte vor allem durch das Verschließen aller Wege zum Verbotenen reguliere. Dadurch halte er im Typus des »gereizten Salafisten« eine kulturelle Disposition bereit, die es ermögliche, angesichts unzähliger Verführungen in der globalisierten Welt eine Lebensführung mit strengem Affektregime zu entwickeln. *Wolfgang Eßbach* (Freiburg im Breisgau) fragte, warum Religion in der soziologischen Theorie gegenwärtig kaum mehr eine Rolle spiele. Der Grund liegt für Eßbach in der Verengung des Religionsbegriffs, der Aspekte wie »Weltanschauung« und »Werte« nicht mehr enthalte. Würde Religion wieder so weit gefasst, dass auch diese beiden Kategorien darunter fielen, würde die Religionssoziologie vom Rand wieder ins Zentrum des Faches rücken, so Eßbach.

Das Konzept der »populären Religion«, das *Hubert Knoblauch* (Berlin) im zweiten Panel vorstellte, konzentriert sich auf die Bedeutung des Religiösen in der Kommunikationsgesellschaft. Es handelt sich laut Knoblauch dabei um ein spezifisches modernes Phänomen, bei dem die Grenzen zwi-

schen Religiösem und Nicht-Religiösem verschwimmen. Erklärungsansätze, die entweder von einem Bedeutungsverlust oder einer Vitalisierung der Religion ausgingen, könnten die Spezifik dieses Phänomens nicht erfassen, so Knoblauch kritisch. *Detlef Pollack* (Münster) setzte sich in seinem Vortrag mit der Säkularisierungsdebatte auseinander, die ihm zufolge in eine Sackgasse geraten sei, weil sie zu stark auf die Erklärung rückläufiger Religiosität fokussiere. Die Religionssoziologie benötige einen flexibleren theoretischen Rahmen. Drei Achsen schlug Pollack für eine solche »multi-paradigmatische Theorie« vor: a) funktionale Differenzierung und Diffusion; b) religiöse Individualisierung und Vergemeinschaftung; c) religiöse Pluralisierung und Homogenisierung. *Udo Kelle* (Hamburg) diskutierte die drei dominanten religionssoziologischen Modelle – Säkularisierungs-, Individualisierungs- und Marktmodell – vor dem Hintergrund methodischer und methodologischer Fragen. Am Ende seiner kritischen Bestandsaufnahme plädierte er dafür, die Erklärungsansprüche auf Aussagen begrenzter Reichweite zurückzuschrauben und die Modelle vor allem als Heuristiken zu nutzen.

In seinem öffentlichen Abendvortrag über die (impliziten) Gemeinsamkeiten zwischen dem theologischen Programm Blaise Pascals (1623–1662) und Pierre Bourdieus arbeitete *Philip Gorski* (New Haven) bemerkenswerte Charakteristika des französischen Soziologen heraus: Er kennzeichnete sie mit Hilfe der (englischen) Formel »TULIP«, deren Initialen sich als »totales Selbstinteresse, unbewusste Wahl, limitierte Rationalität, unwiderstehlicher (»irresistible«) Determinismus sowie dauerhaftes Prägevermögen des Sozialen« übersetzen lassen. In Bourdieus Werk zeige sich demnach eine überwiegend negative Konzeption menschlicher Freiheit; ihr räume er lediglich in den Sphären der Wissenschaft und Kunst positives Potential ein.

Thomas Schwinn (Heidelberg) erläuterte zu Beginn des dritten Panels die Vorteile, die es hätte, wenn die Religionssoziologie den aktuellen Stand differenzierungstheoretischer Debatten berücksichtigen würde. In einem solchen Dialog könnten religionssoziologische Theoriewerkzeuge geschärft und begriffliche Unklarheiten behoben werden. Umgekehrt stelle die Kritik am Säkularisierungstheorem, die in der Religionssoziologie inzwischen gängig sei, grundlegende Annahmen der Differenzierungstheorie in Frage. Ein verstärkter wechselseitiger Dialog wäre also für beide Seiten sehr gewinnbringend. Anschließend diskutierte *Martin Petzke* (Luzern) in seinem Vortrag das unterstützende Potential visuellen Materials in Differenzierungsprozessen. Am Beispiel kartographischen Materials evangelikaler Missionsbewegungen im 19. Jahrhundert zeigte er beispielhaft, wie ein sich ausdiffe-

renzierender Sinnzusammenhang im Bildlichen ein besonderes Substrat findet, um Eigengesetzlichkeit verdichtend zu veranschaulichen und sinn-spezifischen Dynamiken Anschlag zu verleihen. *Silke Gülker* (Berlin) präsentierte Ergebnisse einer Studie zu Unsicherheit verarbeitenden Transzendenzkonstruktionen von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern in der Stammzellforschung. Differenzierungstheoretisch interessant ist die Frage nach den Transzendenzkonstruktionen nicht zuletzt deswegen, weil sie auch die Frage nach dem Verhältnis von Wissenschaft und Religion berührt.

Der Zusammenhang zwischen Staat, Nation und Religion stand im vierten Panel im Vordergrund. *Insa Pruisken* (Chemnitz) erschloss hier mit der Nutzung von Governance- und Ordnungs(bildungs)theorien ein noch weitgehend ungenutztes Analyse- und Erklärungspotenzial für die Untersuchung religiöser Organisationen. Mit Blick auf den zwischen Nation und Religion existierenden Problemzusammenhang und mit dem Anliegen, die Rolle von Akteuren wiederzubeleben, präsentierte *Annette Schnabel* (Düsseldorf) ein erweitertes Rational-Choice-Modell individueller Akteure. Der Theoriekette »Situation – Frameselection – Scriptselection – Handlungsselection« stellte sie einen als »Hintergrund« benannten »Raum der überhaupt jeweils zur Verfügung stehenden Frames« voran.

Im fünften Panel wurde über die Vielfalt der Moderne und die sich daraus ergebenden Folgerungen für den Umgang mit der Säkularisierungstheorie diskutiert. *Monika Wohlrab-Sabr* (Leipzig) präsentierte in diesem Kontext das von ihr und Marian Burchardt entwickelte Konzept der »multiple secularities«. Gemeint sind damit die werthaft aufgeladenen, von bestimmten Leitideen angestoßenen und gesellschaftlich um- bzw. erstrittenen »institutionellen und kulturell-symbolischen Formen der Unterscheidung bzw. Grenzziehung zwischen der Religion und dem ihr Anderen, das damit als säkular gekennzeichnet wird«. *Mirjam Künkler* (Göttingen) präsentierte Auszüge aus ihrem theoretischen und empirischen Forschungsprogramm »Secular Age beyond the West«. Mit Jay Demirath fragte Künkler nach den Akteuren, die säkularistische Gehalte in gesellschaftliche Debatten einbringen, und nach der Weise ihres Agierens.

Im sechsten Panel plädierte *Heidemarie Winkel* (Bielefeld) sowohl für eine stärkere Nutzung der Kategorie Geschlecht/gender als auch eine verstärkte Hinwendung zu nichtwestlichen Gesellschaften und stellte die Frage, wie sich eine gendersensitive, globale Religionssoziologie konturieren lässt, die ihre epistemischen Grundlagen, ihre Seh- und Erkenntnisgewohnheiten systematisch mitbedenkt. *Peter Isenböck* (Münster) ging in sei-

nem Vortrag von der Beobachtung aus, dass die Figur des rationalen Subjektes, wie sie beispielsweise auch Webers Soziologie zugrunde lag, heute zunehmend infrage gestellt und durch Konzeptionen ersetzt wird, die vorintentionale, vorreflexive und körperliche Aspekte des Handelns betonen. Isenböck stellte in diesem Zusammenhang die These auf, dass diese verstärkte Hinwendung auch etwas mit der erstaunlichen Persistenz religiöser Phänomene zu tun haben könnte, da sich vor allem hier Facetten des Sozialen studieren lassen, die jenseits des Rationalen liegen (bspw. Kulturelle oder rituelle Praktiken).

Melanie Reddig, Michael Hainz und Uta Karstein

Sektion Wissenssoziologie

Jahrestagung »(Digitale) Medien und Gedächtnis« des Arbeitskreises Soziales Gedächtnis-Erinnern-Vergessen am 17. und 18. März 2016 in Erlangen

Medialität und Gedächtnis sind konstitutive Aspekte für Weltzugänge. Unterbestimmt bleiben in den Untersuchungen dieses Wechselverhältnisses dabei sowohl die Beziehung zwischen Gedächtnis und Medialität in den sozial und medial hochdifferenzierten Gesellschaften der Gegenwart als auch dessen Spezifik für und in digitalen Medien.

Gerd Sebald (Erlangen) verwies in der Eröffnungsrede auf die Notwendigkeit, angesichts der Digitalisierung und des Wandels an Speichermöglichkeiten, das Verständnis von Gedächtnis zu überdenken und begrifflich von Speicher- und Containermetaphern bzw. -modellen zu lösen und stattdessen Gedächtnisvollzüge als prozesshafte und gegenwärtige Rekonstruktionen zu fassen.

Im ersten Panel, »Social Media«, ging *Christofer Jost* (Freiburg) in seinem Vortrag »Gedächtnisproduktion als webbasierte Aneignungspraxis: Populäre Songs und ihre Neuinterpretation auf Youtube« der These nach, dass Musik zwar Marktlogiken unterliege, dennoch aber ein wichtiges Element der sozialen Gedächtnisproduktion sei und der Integration von Gesellschaften diene. Zur Illustration verwies er auf die Kanonisierung von Musik durch »Experten« (Bestenlisten, Evergreens u. ä.) einerseits und die Reproduktionen von populären Songs durch Amateure andererseits, wie sie auf Social Network Sites präsentiert werden.

Im Doppelvortrag von *Laura Vorberg* und *Anna Zeitler* (Erlangen) »Mediated Memories. Digital Discourses of Politics and Catastrophes« wurde die Gedächtniswirkung der Kurznachrichtenplattform Twitter untersucht. Ihrer Leitthese zufolge verändert Twitter aufgrund der potentiellen Responsivität, der Dynamik und der verkürzten Reaktionszeiten die funktionale Logik der Massenmedien sowie die Wissenszirkulation und übt damit einen Einfluss auf das Gedächtnis der Öffentlichkeit aus. Das zeigten sie anhand von empirischem Material aus dem amerikanischen Wahlkampf und von den Anschlägen in Paris.

Anna Readings (London) Keynote-Vortrag »Gender and Memory in the Global Age« beleuchtete Veränderungen im Umgang mit Vergangenheit und der Konstruktion von Geschlecht, die mit neuen materiell-medialen Assemblagen assoziiert sind. Hierfür führte sie sechs »global trajectories« ((trans)mediality, velocity, extensity, modality, valency, viscosity) ein, die sich aus dem Verhältnis von Medialität zu »memory agents« und »memory capital« ergeben. Diese global trajectories, so Readings Argument, können als methodische Sonden Untersuchungen von Phänomenen des medialen und gedächtnisbezogenen Wandels anleiten, wie sie durch ihre Überlegungen zu den existentiellen Phänomenen Geburt, Leben und Tod illustrierte.

Das zweite Panel, »Movie(ng) Images«, begann mit einem Vortrag von *Marie-Kristin Döbler* (Erlangen) zum Thema »Film as Frame«. Rahmen wurden von ihr als Teil sozialer Gedächtnisse und Produkt kondensierter Erfahrungen verstanden und in Anlehnung an Halbwachs als Erinnerungs- und Referenzrahmen, in Anlehnung an Goffman als für Handlungen und Kommunikation relevante Interaktionsrahmen konzeptionalisiert. Am Beispiel Film wurde illustriert, wie Rahmen kollektive Erfahrungen ermöglichen, Erinnerungsprozesse anleiten und Gedächtnisse strukturieren.

Sigrun Lehnert (Hamburg) analysierte in ihrem Vortrag »Die Kino-Wochenschau als Quelle der Erinnerung« west- und ostdeutsche Kino-Wochenschauen aus den 1950er und 1960er Jahren, die zeitweise zur Re-education, zeitweise zur politischen Positionierung und Inszenierung genutzt wurden. Im Analysefokus standen die spezifischen Selektivitäten der Beiträge und ihre je besondere Sequentialität. Solche Dramaturgien, so die These, leiten Erinnern und Vergessen an und strukturieren dadurch das kollektive Gedächtnis.

Oliver Dimbath (Augsburg) fragte, ob »Spielfilme als soziales Gedächtnis« verstanden werden könnten. Während Dokumentarfilme explizit als relevant für soziale Gedächtnisse erschienen, seien fiktionale Filme nur im-

plizite Vergangenheitsreferenzen, die insbesondere durch ihren Produktionskontext als Dokumente einer gesellschaftlichen Vergangenheit angesehen werden können. Auch wenn Filme kein eigenständiges soziales Gedächtnis seien, dienten sie doch als Erinnerungsstimulus und prägten kollektive Gedächtnisse durch fiktional-überformte Präsentationen vergangener Verhaltensweisen und Interaktionsordnungen.

Kristina Chmelar (Erlangen) eröffnete mit dem Vortrag »Historisches im Bild« das Panel »Image Memory«. Von der Darstellung des derzeitigen Stands der theoretischen und empirischen Auseinandersetzung mit Bildern und Fotos ausgehend, verfolgte die Referentin die Frage, wie Fotografien dazu benutzt werden, eine historische Wirklichkeit zu konstruieren und somit Gedächtnisse zu strukturieren. Illustriert wurden diese Überlegungen durch die Analysen der Ausstellung des IFZ zur Aufarbeitung der SED-Diktatur. In konkreten Bildanalysen wurden bildhafte Sinnkonstruktionen und ihre das Verstehen bahnenden Wirkungen rekonstruiert.

Thorsten Benkel (Passau) stellte in seinem Vortrag »Digitaler Schmerz: Mediale Lebensweltreize und virtuelle Erinnerungsrituale bei Todesfällen« an Luhmann anschließend Gedächtnisse als Selektionsinstrumente dar und argumentierte, der Tod käme einer Kommunikationsunterbrechung gleich. Auf interpersoneller Ebene entstünden dadurch strukturelle Veränderungen, die Erinnerungs- und Gedächtnisarbeit in Gang setzen und die sich immer öfter medial oder mit Bezug auf digitale Medien zeigen.

In »You'll never walk alone« – Kollektive Gedächtnisrahmungen am Beispiel der Inszenierungen von Choreographien durch Fußballfans« analysierte *Michael Wetzels* (Berlin) anhand videographischer Daten und unter Rückgriff auf Halbwachs und Goffman, welche Formen kollektiver Erinnerung für die Selbstorganisation und Identitätsfindung von Fußballfans im Stadion grundlegend sind. Eine Gruppe von Fans aus dem Ultra-Milieu aktualisierte in ihren performativen Praktiken das relevante kollektive Gedächtnis einer Fan-Freundschaft mit einem anderen Verein.

Mit ihrem Vortrag »Schulische Medien und soziales Gedächtnis – Die Rolle der Materialität« leitete *Johanna Ahlrichs* (Braunschweig) das letzte Tagungspanel, »(Media) Materialities and Memory«, ein. Ahlrichs postulierte auf Basis ihrer Analyse ethnographischer Beobachtungen in einer Schulklasse einen Zusammenhang zwischen sozialen Gedächtnissen und der medialen Materialität von Schulbüchern. Sie zeigte, wie der Aufbau von Geschichtsbüchern bei Schüler_innen in der schulischen Praxis eine Vor-

stellung von Linearität, eine bestimmte Ereignisabfolge und spezifische inhaltliche und kausale Zusammenhänge hergestellt hat.

Die Bedeutung von Materialität wurde auch von *Jasmin Pfeiffer* (Erlangen) herausgearbeitet. In ihrem Vortrag »Textuelle Rahmungen von Erinnerung: Zur Metapher der Schwelle« ging es um die Erörterung der Anwendbarkeit literaturwissenschaftlicher Konzepte für die Analyse digitaler Medien. Ihres Erachtens wiesen die aus der Bearbeitung von Büchern entwickelten Konzepte spezifische Stärken, aber eben auch zentrale Schwächen und Reichweitenprobleme auf, wenn man versucht, sie auf Online-Angebote oder digitale Darbietungen mit ihrer Dynamik und Nicht-Linearität anzuwenden.

Uta Brettschneider (Dresden) beschäftigte sich im Abschlussvortrag der Tagung mit dem »Grenzraum im Netz. Virtualisierte Geschichtsbilder im deutsch-tschechisch-polnischen Grenzgebiet«. Ihres Erachtens liege eine Interdependenz zwischen verschiedenen Materialisierungen von Geschichte vor, weshalb etwa nationalstaatliche Grenzen und (digitale) Netzwerke der Geschichtsschreibung als interagierend und sich wechselseitig beeinflussend betrachtet werden müssten.

Marie-Kristin Döbler, Gerd Sebald

Tagung »Hybridisierung inszenierter Ereignisse. Zur Diskussion zeitgeistiger Veranstaltungen« am 8. und 9. April 2016 am Institut für Soziologie der Technische Universität Dortmund

Schnippeldiskos, Kopfhörerpartys, Star Wars-Gottesdienste: Die letzten Jahre haben eine Vielzahl neuer Eventformen hervorgebracht. Der Wettbewerb um Aufmerksamkeit, unvorhergesehene gesellschaftliche Ereignisse wie Terroranschläge oder der sozio-technologische Wandel erfordern es – schon historisch –, dass Organisierende von Events regelmäßig neue Akzente und Anreize setzen. Merkmal solcher neuen Ereignisformate ist oftmals eine gezielte Kombination und Durchmischung von Ereignissen verschiedener kultureller Bereiche. Im Fokus standen solche »hybriden« Events im Rahmen der von Gregor J. Betz, Ronald Hitzler und Arne Niederbacher veranstalteten Tagung.

»Über die Definition von hybriden Events herrscht kein Konsens«, hatte Gregor Betz noch in seinem Eröffnungsvortrag betont – eine Erkenntnis, die sich in der Ambivalenz der wissenschaftlichen Diskurse widerspie-

gelte. »Ein Hybrid ist etwas, das seinem eigenen Gegenteil entspricht«, befand *Thomas Kron* (Aachen). In Ermangelung eines geeigneten Werkzeugs zur Darstellung von Hybriden wären Theoretiker lange Zeit einer klar kategorisierenden Dichotomisierungslogik gefolgt. *Nicole Burzan* (Dortmund) verdeutlichte ihre begrifflichen und konzeptuellen Überlegungen zu Hybridisierung am Beispiel der Eventisierung im Museum. Sie verwies dabei auf die zeitlichen Dynamiken: »Hybride erfahren entweder eine Stabilität oder aber erweisen sich als Phänomen von begrenzter Dauer.«

Stefan Brandt (Rostock) widmete sich als Beispiel für »Hybridisierung in (Jugend)Szenen« der Symbiose aus Sozialform Kneipe und der Technoszene als posttraditionale Gemeinschaft. Die kreativen Potentiale in der Metal- und Hardcore-Szene betrachtete *Peter Hinrichs* (Kiel) und verdeutlichte am Beispiel des Schleswig-Holsteiner Heavy-Metal-Festivals »Wacken Open Air« die Entstehung einer Hybridisierung. *Markus Tauschek* (Freiburg) konstatierte bei seinen Ausführungen zu dem Wave Gotik Treffen in Leipzig Hybridität auch mikroperspektivisch: Anhand des Tanzens deutete er Hybridisierung als Basis für einen Konflikt, der sich zum Beispiel dann materialisiert, wenn Nicht-Tänzer und Tänzer aufeinandertreffen.

In der Session zu »Kopräsenz und virtueller Raum« fokussierte *Francis Müller* (Zürich) die eventspezifische Identitätskonstruktion in digitalen Sphären am Beispiel von Partyfotos. Einen Einblick in den Bereich der Popkultur gewährten *Paul Eisenwicht*, *Julia Wustmann* und *Christin Scheurer* (Dortmund). Sie analysierten den »Soundclash«, bei dem sich die Deutschrapper Sido und Haftbefehl im Dezember 2015 ein musikalisches Duell lieferten. Das Event präsentierte sich als Hybrid aus einer Veranstaltung mit Zuschauern in der Halle und einem Medienevent über Livestream im Internet – wobei Zuschauer vor Ort die Veranstaltung als fragmentiert vernahmten. *Janine Klemmt* (Hamburg) erläuterte das Konzept der BarCamps, einer neuen Form der Konferenz mit einer ganz eigenen kommunikativen Architektur. Die Übertragung der hierarchiefachen, partizipatorischen Strukturen aus dem internetbasierten Raum der online communities in einen kopräsenten Raum bildet in dieser Form ein Hybrid auf der Mikroebene. Bei der Quantified-Self-Bewegung, die *Andreas Hepp* (Bremen) in den Fokus rückte, kommt Kopräsenz ebenfalls eine essentielle Bedeutung zu. Die Anhänger dieser Pioniergemeinschaft haben sich der Datenerhebung der eigenen Körperwerte verschrieben. Hepp berichtete über deren jährliche Konferenz in Amsterdam mit ihrer hybriden Akteurskonstellation.

Winfried Gebhardt (Koblenz) konzentrierte sich auf das »Management der Gefühle in hybriden Events«. Feste erfüllen seit jeher eine Ventilfunktion, indem sie das Ausleben von Gefühlen legitimieren, wobei durch Prozesse der Eventisierung der Exzess nicht mehr erwünscht sei. Gebhardt verortete dies als soziales Problem. Dass sich Hybridität indes nicht nur bei unterhaltsamen Veranstaltungen, sondern durchaus auch bei Gewalt- und Terrorereignissen finden lässt, zeigte *Manfred Prisching* (Graz). Für seine Analyse der »Rituellen Bewältigung schrecklicher Ereignisse« zeigte er anhand einer Amokfahrt in Graz das Typisierungsproblem von Behörden (als Terrorakt oder als Folge einer Psychose). »Die einfache Typisierung wischt die Hybridität der Tat vom Tisch«, hob Prisching hervor.

Die Hybridität von religiösen Ereignissen rückte *Monika Salzbrunn* (Lausanne) in den Fokus. Schon auf den Ankündigungsplakaten der untersuchten Feste südafrikanischer Sufi-Bruderschaften stellte sie Hybridität fest: Diese zierten die Schweizer Flagge, ebenso wie Minarette der Moscheen der senegalesischen Stadt Touba und das Konterfei des Bruderschafts-Gründers. *Ruth Conrad* (Tübingen) nutzte das Reformationsjubiläum 2017 für ihre Überlegungen. »Der Akteur Kirche lässt sich als Hybrid lesen, in dem sich unterschiedliche Idealbilder, Sozialformen und Akteure begegnen, die miteinander um die Handlungs- und Deutungslogik konkurrieren«, erläuterte sie. Die Hybridisierung religiöser Rituale und Anlässe fokussierten *Meike Haken* und *Michael Wetzel*s (Berlin). Sie analysierten mediatisierte Großveranstaltungen, in denen zwei kulturelle Bereiche aufeinandertreffen, beispielsweise Religion und Kultfilm in »Star Wars-Gottesdiensten« sowie einem ökumenischen Gottesdienst zum Saisonauftakt von Borussia Dortmund.

Die beiden Referenten der Session »Volkskultur und politische Instrumentalisierung« demonstrierten indes, dass hybride Phänomene aus historischer Perspektive kein Novum sind. *Nikola Baković* (Gießen) betrachtete mit dem Staffellauf die Eventisierung politischer Feste im sozialistischen Jugoslawien. Einem Beispiel für Hybridisierung im 19. und 20. Jahrhundert widmete sich *Gunther Schendel* (Hannover) mit dem jährlichen Hermannsbürger Missionsfest. Ein Verbot des Festes während der NS-Zeit änderte die etablierte Jahresstruktur der Missionsanstalt und löste eine vorübergehende Hybridisierung der Großveranstaltung aus.

Bernd Schnettler und *Bernd Rebstein* (Bayreuth) gingen der Frage nach, was Überlegungen zu Hybridität für zeitgeistige Veranstaltungen leisten können. »Um eine Hybridveranstaltung zu charakterisieren, ist es unerlässlich, deren Werdegang zu reflektieren«, lautete Rebsteins Urteil. *Werner Binder*

(Masaryk, Tschechien) und *Nils Meise* (Konstanz) hatten mit dem »Konstanzer Gedenkwochenende für Jan Hus« ein durch multiple Hybridisierung gekennzeichnetes Ereignis ausgewählt (Sprache, Funktionslogiken, Referenzbereiche etc.).

Der Frage, inwiefern positiv konnotierte Emotionen nachhaltige Handlungen fördern können, ging *Julia-Lena Reiner mann* (Essen) nach. Sie wählte das »Festival N.A.T.U.R.« in Bochum als Beispiel für ein Hybrid von städtischem Protest und Event, bei dem Akteure aus der Umweltszene, der Politik und aus dem Bereich Kunst aufeinander treffen. Eine Vermittlungsfunktion attestierte auch *Henning Mohr* (Berlin) bestimmten Kunstereignissen. Die untersuchten »Urbane Künste Ruhr« vereinen Projekte, bei denen künstlerische Praktiken ausgerichtet sind auf die Gestaltung des Sozialen.

Zum Abschluss der Tagung wandte sich *Hans-Georg Soeffner* (Essen, Konstanz) einem Wahlplakat der polnischen Gewerkschaft *Solidarność* zu. Hier, so Soeffner, wurde der Held eines Filmklassikers zu Wahlwerbezwecken entfremdet – eine Hybridisierung, bei der mit Western und Wahl zwei nicht zusammengehörige Thematiken aufeinander stoßen.

Jasmin Wittkowski, Friederike Windhofer und Lisa Schäfer

Habilitationen

Jun.-Prof. Dr. Anna Amelina hat sich am 3. Februar 2016 an der Universität Bielefeld habilitiert. Die Habilitationsschrift trägt den Titel »Transnationalization Inequalities in Europe: Sociocultural Boundaries, Assemblages and Regimes of Intersection«. Die *venia legendi* lautet Soziologie.

Dr. Nadine Schöneck-Voß hat sich am 13. April 2016 an der Universität Bremen habilitiert. Die Habilitationsschrift trägt den Titel »Soziologische Analysen zu sozialer Ungleichheit, Wohlfahrtsstaatlichkeit im Wandel sowie Fragen der Zeitwahrnehmung und Zeitverwendung«. Die *venia legendi* lautet Soziologie.

Dr. Oliver Schmidtke hat sich am 13. Juli 2016 an der Philosophischen Fakultät der Universität Siegen habilitiert. Die Habilitationsschrift trägt den Titel »Staatlichkeit, Deliberation und Facework in der Begegnung zwischen Bürgern und Mitarbeitenden der öffentlichen Verwaltung«. Die *venia legendi* lautet Soziologie.

Call for Papers

Vergangene Vertrautheit?

Soziale Gedächtnisse des Ankommens, Aufnehmens und Abweisens

Tagung des Arbeitskreises Soziales Gedächtnis, Erinnern und Vergessen am 9. und 10. März 2017 im Wissenschaftszentrum Umwelt der Universität Augsburg

Befremden entsteht durch die Irritation des Vertrauten. Die Konfrontation europäischer Gesellschaften mit Flucht und Migration sowie die (un-)mittelbare Begegnung mit Geflüchteten und Migrierten führen mitunter zur Erörterung der Frage, worin denn im Angesicht des Fremden das Eigene besteht. Sowohl innerhalb der zivilgesellschaftlichen Debatte als auch in politischen und medialen Öffentlichkeiten innerhalb und an den Außengrenzen Europas befeuert die Unterscheidung von Gleichheit und Verschiedenheit sowie von Öffnung und Schließung entsprechende Diskurse über kulturelle, nationale und damit kollektive Identitäten.

Dabei ist die Situation des Ankommens keineswegs bloße Irritation eines Common Sense der aufnehmenden Gesellschaft, sondern auch eine Verunsicherung des jeweils mitgebrachten Wissensbestandes. Ankommen aktiviert Gedächtnisstrukturen: das Bewahren eigener oder die Anpassung an fremde Identitäten sowie eine Kontinuierung personaler und gruppenbezogener Erinnerungen oder ein erwünschtes bzw. geduldetes Vergessen. Klar ist, dass es sich nicht um ein kurzfristig lösbares Problem handelt, denn selbst weitgehende Assimilation muss nicht mit Amnesie einhergehen. Im Mittelpunkt steht somit die Frage, wie sich solche Aushandlungsprozesse ausgestalten und welche Erinnerungen bei welcher Gruppe gedächtniswirksam werden oder bleiben.

Die zentralen Elemente aktueller wie auch zurückliegender Identitätsdiskurse lassen sich demnach in Vergangenheitsbezügen finden. Diese werden einerseits anhand etablierter Selektionsmuster von Sozialgedächtnissen und andererseits in problemspezifischen Erinnerungszusammenhängen erkennbar. Klassische soziologische Unterscheidungen zwischen dem Gast und dem Fremden (Simmel), dem Etablierten und dem Außenseiter (Elias) ebenso wie die Reflexion über Randseitigkeit (Park) oder die Irritation eingelebter Erfahrungszusammenhänge im Moment des Fremdseins (Schütz), stellen geeignete Interpretationsvorlagen bereit.

Die Begriffe des Aufnehmens und Abweisens beziehen sich nicht auf die Frage, ob »das Boot voll ist«, sondern darauf, ob und inwieweit Gruppen bzw. Individuen bereit sind, etwas von anderen »anzunehmen«. Zunächst sind es vergangenheits- und damit gedächtnisbezogene Diskussionen über soziokulturelle Konsonanz und ihre Voraussetzungen. Diese können eine wechselseitige Modifikation sozialer Gedächtnisse entlang von Fragen der Distinktion und Assimilation nach sich ziehen. Flankiert werden diese Vorgänge aber durch eine fortlaufende (mediale) Kommentierung, die selektiv auf spezifische (historische) Erinnerungen zurückgreift und innerhalb derer gelegentlich Schweigen und Vergessen gefordert werden.

Der Arbeitskreis Soziales Gedächtnis, Erinnern und Vergessen der Sektion Wissenssoziologie möchte im Rahmen einer Tagung theoretische Überlegungen und empirische Befunde zum Thema Vergangene Vertrautheit im Zusammenhang mit Migration zur Diskussion stellen. Dabei können unter anderem die folgenden Fragen erörtert werden:

- Welchen Stellenwert messen Migrant(inn)en und Geflüchtete ihrer Vergangenheit bei? Wie und unter welchen situativen Umständen erinnern sie und was wollen sie vergessen?
- Wie gehen Angekommene mit Hinweisen auf die ihnen fremden kollektiven Identitäten um?
- Welche Bedeutung messen aufnehmende und abweisende Gesellschaften den individuellen Vergangenheiten der Migrant(inn)en und Geflüchteten bei?
- Welche Vergangenheiten werden in den Diskursen der offenen und geschlossenen Gesellschaften konstruiert und welche Funktion haben sie für die jeweiligen Sprecher(innen)positionen? Dazu gehören nicht nur die »Alteingesessenen«, sondern auch schon früher Eingewanderte oder »Transmigrant(inn)en«.

- Welche Rolle spielen vergangene Diskurse um Migration und Flucht sowie die kollektiven Gedächtnisse der unterschiedlichen Gruppierungen in aktuellen Diskussionen und für das Handeln der Einzelnen?

Beitragsvorschläge (ca. 3.000 Zeichen inkl. Leerzeichen) werden bis spätestens 15. Oktober an die Tagungsorganisator(inn)en erbeten:

Oliver Dimbath, Universität Augsburg

E-Mail: oliver.dimbath@phil.uni-augsburg.de

Anja Kinzler, Ludwig-Maximilians-Universität München

E-Mail: anja.kinzler@soziologie.uni-muenchen.de

Katinka Meyer, Georg-August-Universität Göttingen,

E-Mail: katinka.meyer@sowi.uni-goettingen.de

Ute Volkmann

Soziologieverlage im Zeitalter der Digitalisierung

Die Digitalisierung setzt Wissenschaftsverlage unter massiven Veränderungsdruck. Der Beitrag beschäftigt sich mit den Effekten, die die Digitalisierung wissenschaftlichen Publizierens im Feld der deutschen Soziologieverlage erzeugt. Auf Basis qualitativer Interviewdaten aus einem DFG-Projekt zu verlegerischem Entscheidungshandeln werden dazu drei Thesen diskutiert. Vermutet wird erstens, dass Digitalisierung Verlage verstärkt unter Ökonomisierungsdruck setzt, dass sie zweitens eine technische Gelegenheitsstruktur für die Modifikation des bis dato im Verlagsfeld vorherrschenden traditionellen Geschäftsmodells darstellt, und dass sie drittens im Zusammenwirken mit dem neuen Geschäftsmodell zu einem Konzentrationsprozess im Verlagsfeld führt. Abschließend wird danach gefragt, was das für die wissenschaftlichen Kommunikationserfordernisse der Scientific Community der deutschen Soziologie bedeuten kann.

Digitalization puts scientific publishers under great pressure to change. This article deals with the effects of the digitalization of academic publishing in the field of German sociology publishing houses. Based on qualitative interviews from a DFG-funded research project on decision making in academic publishing houses the article discusses three theses. The first hypothesis is that digitalization brings about an increase in economization. Secondly, digitalization is a technical opportunity structure for modifying the publishers' traditional business model, and thirdly, the result of digitalization combined with the new business model will be a concentration process in the publishing field. This raises the question, what these changes might mean for the communication requirements of the scientific community of German sociologists.

Peter Ullrich

Prekäre Wissensarbeit im akademischen Kapitalismus

Die Beschäftigungssituation des nicht-professoralen wissenschaftlichen Personals ist hochgradig prekär, die beruflichen Perspektiven sind extrem unsicher und doch sind die »Betroffenen«, die mit Leib und Seele Wissenschaft betreiben (wollen), mit hohem Engagement und Begeisterung forschend und lehrend tätig. Die paradoxe Situation dieser oft pauschal als Nachwuchs infantilisierten prekär-mobilen Wissens- und Bildungs-arbeiter_innen spitzt sich durch die Ökonomisierung der Hochschulen im akademischen Kapitalismus zu. Diese medial und im innerwissenschaftlichen Diskurs weithin als problematisch wahrgenommene Lage wird im Aufsatz umrissen und hinsichtlich der Auswirkungen auf Beschäftigte und die Wissenschaft befragt. Auf der Grundlage dieser Analyse wird erörtert, welche Möglichkeiten und Grenzen für die Erringung von Handlungsmacht für den akademischen

Mittelbau bestehen. Als schwierige Herausforderungen für kollektive Interessensartikulation der Forscher_innen erweisen sich insbesondere ihre geringe Konfliktfähigkeit und die Gewöhnung an niedrige Beschäftigungsstandards. Am Beispiel von Initiativen, insbesondere innerhalb der wissenschaftlichen Fachgesellschaften wie der DGS, wird dargestellt, wie Organisationsansätze sich der beschriebenen Ausgangssituation stellen, mithin: wie sich das akademische Prekariat unter widrigen Umständen organisieren kann.

The employment conditions and career perspectives of non-professorial researchers in Germany are highly precarious but also characterised by the extraordinary commitment and enthusiasm of this group often infantilised as »juniors«. Commodification in academic capitalism worsens this paradox condition of the precarious-mobile knowledge workers. The paper analyses this situation, which is widely considered problematic (in the media and in academia itself), as well as its effects on research and researchers. On the basis of this analysis the article discusses opportunities and limits for this group to achieve capacity for collective action. This workforce is challenging to organise because of its restricted agency and its tendency to easily accept low employment standards. The article then examines organising approaches which reflect the outlined structural situation of the academic precariat with a special focus on initiatives within scientific associations.

Richard Münch

Kapital und Arbeit im akademischen Shareholder-Kapitalismus

Die Exzellenzstrategie von Bund und Ländern zur Förderung der Spitzenforschung an den deutschen Hochschulen wird als Teil einer globalen Transformation des akademischen Feldes hin zu einem Shareholder-Kapitalismus interpretiert. Die USA setzen dafür die Maßstäbe und dienen deshalb als Modell der Analyse. Einen entscheidenden Einfluss auf diese Entwicklung üben internationale Hochschulrankings aus. Sie haben eine Art Champions League der Wissenschaft errichtet, deren Gesetzmäßigkeiten anhand der europäischen Champions League im Fußball erfasst werden können. Es werden vier Entwicklungstrends identifiziert, die kontraproduktiv auf die Offenheit und Dynamik der Wissensrevolution wirken. Warum sich der akademische Shareholder-Kapitalismus trotzdem weiter ausbreitet, wird durch zwei wirksame Faktoren erklärt. Zum Schluss wird gezeigt, dass die Fixierung des Blicks auf die amerikanischen Eliteuniversitäten ein für die Offenheit und Dynamik der Wissenschaft hinderliches Strukturmerkmal des amerikanischen Wissenschaftssystems zum Vorbild nimmt und dessen förderliche Strukturmerkmale ignoriert. Das ist einer fatalen Allianz der Kräfte der Modernisierung mit den Kräften der Beharrung zu verdanken. Opfer dieser fatalen Allianz sind die jungen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler und mit ihnen die auf ihre Erneuerungskraft angewiesene Wissenschaft insgesamt.

The strategy of excellence of the federal and state governments for advancing cutting edge research at German universities is interpreted as part of a global transformation of the academic field towards an academic shareholder capitalism. The USA are defining the benchmark in this respect and serve therefore as model for the analysis. International rankings exert a crucial influence on this development. They have established a kind of champions league of science, the laws of which can be discovered with the model of the European Champions League in soccer. Four developmental trends are identified, which exert counter-productive effects on the openness and dynamics of the evolution of knowledge. Why academic shareholder capitalism is nevertheless progressing is explained by two factors. Finally it is demonstrated that fixing the gaze on the American elite universities takes as role model a structural element of the American science system which is a barrier to the openness and dynamics of science while its supportive structural elements are ignored. This is due to a fatal alliance of the powers of modernization with the powers of persistence. The victims of this fatal alliance are the young scientists and with them science in general which depends on their power of renewal.

Ronald Hitzler **Eigenverantwortung?**

Eine »Ethik sozialwissenschaftlicher Feldforschung« impliziert, über die Frage zu reflektieren, ob ethische Entscheidungen Verbindlichkeit für andere beanspruchen können. Die in dem Beitrag gegebene Antwort lautet, dass die Aufforderung, das, was man tut, ethisch zu reflektieren, entweder als Appell zur Eigenverantwortung oder als sozialer Oktroy einer wie auch immer gearteten Moral zu verstehen ist. Die Entscheidung für das eine oder das andere allerdings ist unweigerlich selber zu treffen. Daraus resultiert ein (lediglich) für den Verfasser wesentliches forschungsethisches Postulat.

Ethics of sociological field research implies reflecting upon the question, whether ethical decisions can demand obligation for others. The answer is that requesting to ethically reflect upon actions either can be understood as an appeal for individual responsibility or as a social imposition of any natured morality. However, deciding in favour of the one or the other has to be done by oneself. The outcome of this is a fundamental research-ethical postulate (only) for the author.

Nadine Meidert, Moritz Meidert, Roos Haer**»Die Umfrage ist anonym ...«**

Onlineumfragen sind in den Sozialwissenschaften eine weit verbreitete Methode zur Datenerhebung. Eine Herausforderung, die bei der Umsetzung zu beachten ist, ist der Datenschutz. Bei der Formulierung der Datenschutzhinweise sind verschiedene Aspekte zu berücksichtigen. Der Beitrag erörtert im ersten Teil, welchen Einfluss die Präsentation von Datenschutzhinweisen bzw. unterschiedliche Darstellungen oder Formulierungen auf die Teilnahmebereitschaft oder das Antwortverhalten der Befragungsteilnehmenden haben. Im zweiten Teil werden die rechtlichen Rahmenbedingungen vorgestellt. Darauf basierend werden Empfehlungen zur Formulierung und Gestaltung von Datenschutzhinweisen in wissenschaftlichen Onlineumfragen gegeben.

Online surveys are a popular method for data collection in social sciences. A challenge every researcher should pay attention to is the protection of data privacy. Different aspects need to be considered while formulating a data protection notice. We discuss how the presentation of data protection notices and different layouts of the presentation influence the willingness to participate in the survey or the response behaviour. Secondly, the regulatory framework is presented. Finally we give recommendations how to phrase and present a data protection notice for scientific online surveys.

Jahresinhaltsverzeichnis 2016

Soziologie in der Öffentlichkeit

Michael Reif	Soziologie als öffentliche Soziologie	7–23
Peter Bescherer, Dietmar Wetzl	Öffentlicher Raum braucht öffentliche Soziologie	255–266
Stefan Hirschauer	Toilettenikonografie. Eine Bildbeschreibung der Gesellschaft der DGS	267–270
Gerd Arntz	Otto Neurath, ich und die Bildstatistik	365–370

Identität und Interdisziplinarität

Bernhard Schäfers	DGS und GfS: Die Gesellschaften für Soziologie im Vereinigungsprozess	24–32
Michael Opielka	Soziale Nachhaltigkeit aus soziologischer Sicht ..	33–46
Jörg Potthast	Luftraumsoziologie. Flughäfen als Heraus- forderung für eine Theorie sozialer Praktiken	127–147
Peter L. Berger	Im Strudel der Flüchtlingskrise	271–278
Jan-Felix Schrape	Soziologie als »Marke«	279–293
Ute Volkmann	Soziologieverlage im Zeitalter der Digitalisierung	371–387

Forschen, Lehren, Lernen

Ivar Krumpal, Julia Jerke, Thomas Voss	Copy & Paste. Gedanken und empirische Befunde zu Plagiaten an Universitäten	148–160
Daniela Schiek, Carsten G. Ullrich	Online-Erhebungen. Chancen und Herausforderungen für die interpretative Sozialforschung	161–181
Ivo Windrich	Mathematikkenntnisse von Soziologiestudierenden	294–317 461–463
Peter Ullrich	Prekäre Wissensarbeit im akademischen Kapitalismus	388–411
Richard Münch	Kapital und Arbeit im akademischen Shareholder-Kapitalismus	412–440
Ronald Hitzler	Eigenverantwortung? Ethische Aspekte sozialwissenschaftlicher Feldforschung	441–447
Nadine Meidert, Moritz Meidert, Roos Haer	»Die Umfrage ist anonym ...«	448–460

DGS-Nachrichten

Geschlossene Gesellschaften Call zu den Plenarveranstaltungen auf dem 38. Kongress der DGS 2016 in Bamberg	47–56
Ausgeschriebene Preise	57–59
Stellungnahme der DGS zum »Kerndatensatz Forschung« des Wissenschaftsrats	182–185
Stellungnahme der DGS »Für eine breite sozialwissenschaftlich fundierte Schulbildung«	186–188
Stellungnahme der DGS zu Beschäftigungs- verhältnissen in der Wissenschaft	189–191

Berichte aus den Sektionen und Arbeitsgruppen

<i>Sektion</i> Alter(n) und Gesellschaft	64–66
<i>Sektion</i> Arbeits- und Industriesoziologie	67–69
.....	194–196
.....	466–468
<i>Sektion</i> Bildung und Erziehung	70–72
<i>Sektion</i> Familiensoziologie	73–75
.....	325–328
<i>Sektion</i> Kulturosoziologie	468–471
<i>Sektion</i> Land- und Agrarsoziologie	197–199
<i>Sektion</i> Methoden der qualitativen Sozialforschung	75–78
.....	78–81
<i>Sektion</i> Migration und ethnische Minderheiten	200–202
<i>Sektion</i> Organisationssoziologie	203–205
.....	328–331
<i>Sektion</i> Politische Soziologie	472–474
<i>Sektion</i> Rechtssoziologie	472–474
<i>Sektion</i> Religionssoziologie	205–208
.....	475–478
<i>Sektion</i> Soziale Ungleichheit und Sozialstrukturanalyse	331–334
<i>Sektion</i> Soziologie des Körpers und des Sports	78–81

<i>Sektion</i> Soziologische Netzwerkforschung	208–211
<i>Sektion</i> Stadt- und Regionalsoziologie	81–86
<i>Sektion</i> Umweltsoziologie	212–215
<i>Sektion</i> Wissenschafts- und Technikforschung	215–218
<i>Sektion</i> Wissenssoziologie	87–89
.....	478–484

Nachrichten aus der Soziologie

	Habilitationen	103 224 485
Andreas Langenohl	In memoriam Helmut Dubiel	90–93
	Sonderforschungsbereich »Affective Societies. Dynamiken des Zusammenlebens in bewegten Welten« an der Freien Universität Berlin	94–101
	Nachwuchspreis Bildungssoziologie 2016	102
Andrea Maurer, Stephan Moebius, Gabriele Siegert	In memoriam Peter Atteslander	222–224
Alexander Lenger	DFG-Netzwerk »Soziologie ökonomischen Denkens«	225–229
Hubert Knoblauch	In memoriam Thomas Luckmann	335–341
Rolf G. Heinze	In memoriam Thomas Olk	342–345

Autorinnen- und Autorenverzeichnis

Arntz, Gerd	365–370	Langenohl, Andreas	90–93
Arránz Becker, Oliver	73–75	Laudel, Grit	215–218
.....	325–328	Lehmann, Matthias	331–334
Ayaß, Ruth	75–81	Lenger, Alexander	225–229
Becker, Karina	194–196	Lux, Thomas	64–66
Berger, Peter L.	271–278	Maurer, Andrea	222–224
Bescherer, Peter	255–266	Mayer-Ahuja, Nicole	67–69
Boscardin, Livia	212–215	Meidert, Moritz	448–460
Bosch, Aida	468–471	Meidert, Nadine	448–460
Brichzin, Jennifer	472–474	Meyer, Uli	203–205
Büchner, Stefanie	328–331	Moebius, Stephan	222–224
Cyrus, Norbert	200–202	Möller, Christina	70–72
Döbler, Marie-Kristin	478–481	Münch, Richard	412–440
Dunkel, Wolfgang	67–69	Nisic, Natascha	81–86
.....	194–196	Onnen, Corinna	325–328
.....	466–468	Opielka, Michael	33–46
Eicher, Debora	331–334	Otte, Gunnar	331–334
Franzen, Martina	215–218	Pfütze, Hermann	468–471
Fuhse, Jan	208–211	Plümecke, Tino	200–202
Gamper, Markus	208–211	Pollmann-Schult, Matthias	73–75
Gärtner, Christel	205–208	325–328
Gerhards, Jürgen	94–101	Pongratz, Hans	466–468
Glück, Sarah	212–215	Potthast, Jörg	127–147
Gugutzer, Robert	78–81	Rebstein, Bernd	87–89
Haer, Roos	448–460	Reddig, Melanie	475–478
Hagemann, Steffen	64–66	Reif, Michael	7–23
Hainz, Michael	475–478	Ringel, Leopold	472–474
Heinze, Rolf G.	342–345	Schäfer, Lisa	481–484
Herrmann, Heike	81–86	Schäfers, Bernhard	24–32
Hirschauer, Stefan	267–270	Schank, Jan	472–474
Hitzler, Ronald	441–447	Scherger, Simone	64–66
Jerke, Julia	148–160	Schiek, Daniela	161–181
Joller, Stefan	218–221	Schrabe, Jan-Felix	279–293
Karstein, Uta	475–478	Sebald, Gerd	478–481
Kleemann, Frank	67–69	Seha, Esther	197–199
.....	194–196	Siegert, Gabriele	222–224
Kley, Stefanie	81–86	Spellerberg, Annette	81–86
Knoblauch, Hubert	335–341	Stanisavljevic, Marija	218–221
Krichewsky, Damien	472–474	Stauder, Johannes	73–75
Krumpal, Ivar	148–160	325–328
Kuhnt, Anne-Kristin	325–328	Steinbach, Anja	325–328
Kunißen, Katharina	331–334	Szydlik, Thorsten	87–89

Tezcan, Levent	205–208
Ullrich, Carsten G.	161–181
Ullrich, Peter	388–411
Volkman, Ute	371–387
Voss, Thomas	148–160
Wetzel, Dietmar	255–266
Windhofer, Friederike.....	481–484
Windrich, Ivo	294–317
.....	461–463
Winkel, Heidemarie	205–208
Wittkowski, Jasmin	481–484

Bitte berücksichtigen Sie bei der Fertigstellung Ihres Manuskriptes folgende Hinweise zur Textgestaltung. Bitte verwenden Sie die neue deutsche Rechtschreibung, verzichten Sie möglichst auf Abkürzungen und formulieren Sie Ihren Beitrag in einer geschlechtergerechten Sprache.

Fußnoten nur für inhaltliche Kommentare, nicht für bibliographische Angaben benutzen.

Literaturhinweise im Text durch Nennung des Autorennamens, des Erscheinungsjahres und ggf. der Seitenzahl in Klammern. Zum Beispiel: (König 1962: 17).

Bei *zwei AutorInnen* beide Namen angeben und durch Komma trennen, bei *drei und mehr AutorInnen* nach dem ersten Namen »et al.« hinzufügen.

Mehrere Titel pro AutorIn und Erscheinungsjahr durch Hinzufügung von a, b, c ... kenntlich machen: (König 1962a, 1962b).

Mehrere aufeinander folgende Literaturhinweise durch Semikolon trennen: (König 1962: 64; Berger, Luckmann 1974: 137)

Literaturliste am Schluss des Manuskriptes: Alle zitierten Titel alphabetisch nach Autorennamen und je AutorIn nach Erscheinungsjahr (aufsteigend) geordnet in einem gesonderten Anhang aufführen. Hier bei mehreren AutorInnen alle namentlich, durch Kommata getrennt, nennen. Verlagsort und Verlag angeben.

Bücher: Luhmann, N. 1984: Soziale Systeme. Grundriss einer allgemeinen Theorie. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Zeitschriftenbeiträge: Müller-Benedict, V. 2003: Modellierung in der Soziologie – heutige Fragestellungen und Perspektiven. Soziologie, 32. Jg., Heft 1, 21–36.

Beiträge aus Sammelbänden: Lehn, D. von, Heath, Ch. 2003: Das Museum als Lern- und Erlebnisraum. In J. Allmendinger (Hg.), Entstaatlichung und soziale Sicherheit. Opladen: Leske + Budrich, 902–914.

Im Literaturverwaltungsprogramm **Citavi** können Sie unseren **Zitationsstil** »Soziologie – Forum der Deutschen Gesellschaft für Soziologie« nutzen.

Fügen Sie Ihrem Manuskript bitte eine deutsche und eine englische **Zusammenfassung von maximal je 15 Zeilen**, sowie **Name, Titel und Korrespondenzadresse** bei. Schicken Sie Ihren Text bitte als .doc oder .docx **per e-mail** an die Redaktion der Soziologie.

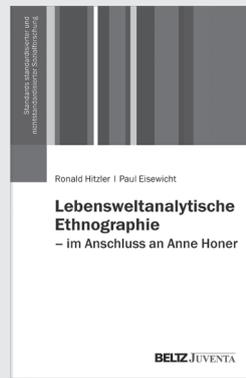
Für **Sektionsberichte** beachten Sie bitte, dass einzelne Tagungsberichte 7.500 Zeichen (inkl. Leerzeichen) nicht überschreiten sollten. Für Jahresberichte stehen max. 15.000 Zeichen zur Verfügung.

Standards standardisierter und nichtstandardisierter Sozialforschung,

hrg. von Nicole Burzan, Paul Eisewicht und Ronald Hitzler



2016, 116 Seiten, broschiert,
€ 14,95; ISBN 978-3-7799-3427-1
Auch als **E-Book** erhältlich



2016, 150 Seiten, broschiert,
€ 14,95; ISBN 978-3-7799-3426-4
Auch als **E-Book** erhältlich

Weitere Titel sind in Vorbereitung

- Manfred Prisching: Zeitdiagnose: Methoden, Modelle, Motive
- Achim Brosziewski/Christoph Maeder: Ethnographische Semantik
- Ulrike Froschauer/Manfred Lueger: Standards der Artefaktanalyse
- Michael R. Müller: Standards figurativer Hermeneutik in technisch-mediatisierten Feldern
- Michaela Pfadenhauer: Experteninterviews – Gespräche auf Augenhöhe
- Dirk vom Lehn: Standards ethnomethodologischer Forschung im 21. Jahrhundert
- Tobias Wolbring: Evaluation als Wirkungsanalyse. Grundlagen, Standards, Beispiele

www.juventa.de

BELTZ JUVENTA

RatSWD ■

Rat für Sozial- und
Wirtschaftsdaten

Wahl der Berufungsvorschläge

der wissenschaftlichen Vertreterinnen
und Vertreter für die 6. Beru-
fungsperiode des RatSWD.

Jetzt registrieren:

www.ratswd.de/7kswd/wahl

7|KSWD

Konferenz für Sozial- und Wirtschaftsdaten

Forschung. Daten. Infrastruktur.

8.–9. Februar 2017
in Berlin

Die **7. Konferenz für Sozial- und Wirtschaftsdaten (7|KSWD)** initiiert einen offenen multidisziplinären Austausch zwischen Wissenschaft, Politik und Datenproduktion.

Schwerpunkte der Konferenz:
Migrationsdaten, Digitalisierung, EU-Datenschutzreform, Zensus 2021, Forschungsethik und Forschungsdatenmanagement in den Sozial-, Verhaltens- und Wirtschaftswissenschaften sowie Panelsurveys in Deutschland.

Jetzt anmelden:

www.ratswd.de/7kswd

Aktuelle Neuerscheinungen

Thomas Bedorf,
Steffen Herrmann (Hg.).

Das soziale Band

Geschichte und Gegenwart
eines sozialtheoretischen
Grundbegriffs

2016. 406 Seiten. € 39,95
ISBN 978-3-593-50631-9

Vom »sozialen Band« spricht man in Alltags- und Wissenschaftssprache gerne, wenn es darum geht, eine Krise des Sozialen zu diagnostizieren. Was aber ist das soziale Band? Zwischen wem ist es wie geknüpft? Und wann droht es zu reißen? Das Buch arbeitet erstmals systematisch und interdisziplinär diesen sozialtheoretischen Grundbegriff auf. Mit Beiträgen u.a. von Ulrich Bröckling, Marcel Hénaff, Frank Hillebrandt, Isabell Lorey, Dirk Quadflieg, Juliane Spitta und Gesa Ziemer.

Oliver Schmidtke
**Ideal und Ironie der
Gesellschaft**

Die »Utopia« des
Thomas Morus

2016. 333 Seiten. € 39,95
ISBN 978-3-593-50649-4

Am Vorabend der Reformation, genau vor 500 Jahren, veröffentlichte Thomas Morus ein Buch, das die Sprache um ein neues Wort bereicherte: »Utopia«. Berühmt ist der Autor für seine darin entworfene Idealgesellschaft, weniger bekannt jedoch für die satirische Qualität des Werks. In einer Sequenzanalyse entwickelt Oliver Schmidtke eine neue Deutung: Es ist nicht bloß ein utopischer Entwurf einer Idealgesellschaft, sondern eine frühe Soziologie der Aporien des intellektuellen Denkens.



campus.de

campus

Frankfurt. New York